

Stenographischer Bericht

3. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 19. Dezember 2000

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Mag. Bleckmann, Abg. Kaufmann, Abg. Mag. Zitz.

1. Mitteilungen:

2. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1/1, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter: Abg. Majcen.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 3.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter: Abg. Macjen).

Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3: Abg. Majcen, Abg. Lafer, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Hagenauer, Abg. Gennaro, Abg. Riebenbauer, Abg. Gennaro, Abg. Straßberger.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 10/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 1999 des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds.

Berichterstatter: Abg. Mag. Erlitz.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 9/1, betreffend die Ermächtigung der Landesregierung zur Fortführung des Landeshaushaltes im Rahmen des Voranschlages 2000 für den Zeitraum vom 1. Jänner 2001 bis 30. April 2001.

Berichterstatter: Abg. Straßberger.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 3/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2000 (fünfter Bericht für das Rechnungsjahr 2000).

Berichterstatter: Abg. Straßberger.

Redner zu den Tagesordnungspunkten 5 und 6: Abg. Straßberger, Abg. Gennaro, Abg. Mag. Koller, Abg. Wiedner, Abg. Hagenauer, Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl, Abg. Hagenauer.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 8/1, betreffend die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 5,760.000 Schilling als erste Rate und die Sicherstellung weiterer neun Jahresraten in gleicher Höhe in den Jahren 2001 bis 2009 an die Steirische WirtschaftsförderungsgmbH. zur Finanzierung eines Förderungsbeitrages von 57,600.000 Schilling an die Firma AT&S für das Projekt „Integration neuer Materialien und neuer Prozesse in der Leiterplattenproduktion“.

Berichterstatter: Abg. Kasic.

Redner: Abg. Kreisl (74), Abg. Prattes.

Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 4/1, betreffend den Verkauf der ²⁹/₁₁₁₈-Anteile an der EZ. 535, KG. Geidorf, verbunden mit der Dachgeschosßfläche von 285 Quadratmeter TOP 11 des Objektes Graz, Heinrichstraße 41 an die Firma Schreiner Immobilien GmbH. Graz, Triester Straße 414 zum Preis von 2,600.000 Schilling.

Berichterstatter: Abg. Bittmann.

Beschlussfassung.

9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 5/1, betreffend den Erwerb von Räumlichkeiten durch Mag. Erwin Dorfer im Objekt 8010 Graz, Gartengasse 7 zu einem Kaufpreis von 650.000 Schilling.

Berichterstatter: Abg. Kasic.

Beschlussfassung.

10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 7/1, zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages Nr. 344 vom 15. Mai 1984 sowie zum Antrag der damaligen Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Kohlmann und Prof. Dr. Eichinger, Einl.-Zahl 686/1-1984, jeweils betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes.
Berichterstatter: Abg. Gödl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 12.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 11/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Rieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 12/1, betreffend den Bodenschutzbericht 1999.
Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Wöhry.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 10 bis 12: Abg. Gödl, Abg. Halper, Abg. Dietrich, Abg. Dirnberger, Abg. Graf, Abg. Gangl, Abg. Rieser, Abg. Stöhrmann, Abg. Hagenauer, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung.
13. Wahl des Leiters des Landesrechnungshofes.
Redner: Abg. Dr. Lopatka, Abg. Schrittwieser, Abg. Lafer, Abg. Lechner-Sonnek, Präsident Purr, Abg. Schrittwieser, Präsident Purr, Abg. Schrittwieser, Abg. Lafer, Abg. Dr. Lopatka, Präsident Purr, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Schrittwieser, Abg. Lafer, Präsident Pur.
Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die dritte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Nachnominierung in die Landtagsklubs:

Der Landtagsklub der ÖVP teilte mit Schreiben vom 4. Dezember 2000 mit, dass mit Wirkung vom 28. November 2000 auch Landtagsabgeordneter Gregor Hammerl Mitglied dieses Landtagsklubs ist.

Der Landtagsklub der SPÖ teilte mit Schreiben vom 30. November 2000 mit, dass Landtagsabgeordneter Mag. Wolfgang Erlitz, Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber, Landtagsabgeordnete Michela Halper als Mitglieder und Landtagsabgeordnete Barbara Gross als stellvertretende geschäftsführende Klubobfrau nachnominiert wurden.

Gleichzeitig teilt der SPÖ-Landtagsklub mit, dass die Mitglieder des Bundesrates Theodor Binna, Horst Freiberger, Günther Kaltenbacher und Johanna Schicker auch Mitglieder des SPÖ-Landtagsklubs sind.

Mitteilungen nach dem Unvereinbarkeitsgesetz:

Gemäß Paragraph 7 Absatz 1 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983 bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Verfassungs- und Verwaltungsreform in seiner Sitzung am 12. Dezember 2000

die Anzeige Unv 1/1 des Herrn Landeshauptmannstellvertreters DDr. Peter Schachner-Blazizek,

die Anzeige Unv 2/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Eduard Hamedl,

die Anzeige Unv 3/1 des Herrn Landtagsabgeordnete Kurt List,

die Anzeige Unv 4/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Josef Straßberger,

die Anzeige Unv 5/1 der Frau Landtagsabgeordneten Walburga Beutl,

die Anzeige Unv 6/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Heinz Grabner,

die Anzeigen Unv 7/1 und 12/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Franz Majcen,

die Anzeige Unv 8/1 der Frau Landtagsabgeordneten Hermine Pußwald,

die Anzeige Unv 9/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Dr. Wolf Rauch,

die Anzeige Unv 10/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Odo Wöhry,

die Anzeige Unv 16/1 der Frau Landtagsabgeordneten Mag. Ursula Lackner,

die Anzeige Unv 17/1 der Frau Zweiten Landtagspräsidentin Dr. Anna Rieder,

die Anzeige Unv 18/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Hans-Helmut Forenbacher,

die Anzeige Unv 19/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Erich Prattes,
die Anzeige Unv 11/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Detlef Gruber,
die Anzeige Unv 13/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Peter Rieser,
die Anzeige Unv 14/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Siegfried Schrittwieser,
die Anzeige Unv 15/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Bernd Stöhrmann und
die Anzeige Unv 21/1 der Frau Landtagsabgeordneten Dr. Ilse Reinprecht
beraten und genehmigend beschlossen hat.

Auflagen und Zuweisungen:

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Schriftliche Anfragen gemäß Paragraph 66 GeoLT:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass fünf schriftliche Anfragen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Beantwortung aus der Fragestunde gemäß Paragraph 69 GeoLT.:

Herr Landesrat Erich Pörtl hat die Anfrage Nr. 24 der Frau Landtagsabgeordneten Waltraud Dietrich, betreffend zusätzlich anfallende Untersuchungskosten für die steirischen Bauern, schriftlich beantwortet.

Weiters hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schöggel die

Anfrage Nr. 7 der Frau Landtagsabgeordneten Walburga Beutl, betreffend Park-and-ride-Parkplatz in Wünschendorf,

Anfrage Nr. 8 des Herrn Landtagsabgeordneten Erwin Dimberger, betreffend Verkauf der Graz-Köflach-Eisenbahn,

Anfrage Nr. 9 des Herrn Landtagsabgeordneten Anton Gangl, betreffend Verkehrsanbindung des Bezirkes Radkersburg an die A 9,

Anfrage Nr. 10 des Herrn Landtagsabgeordneten Ernst Gödl, betreffend Umfahrung Hausmannstätten,

Anfrage Nr. 28 des Herrn Landtagsabgeordneten Peter Hagenauer, betreffend die Planung von Schlüsselprojekten im Bahnbereich,

Anfrage Nr. 11 des Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Hans Kinsky, betreffend Dringlichkeitskonzept über den Ausbau des steirischen Straßennetzes,

Anfrage Nr. 12 des Herrn Landtagsabgeordneten Friedrich Kreisl, betreffend Umfahrung Vordernberg,

Anfrage Nr. 13 des Herrn Landtagsabgeordneten Franz Majcen, betreffend Umfahrung Großwilfersdorf,

Anfrage Nr. 14 des Herrn Landtagsabgeordneten Franz Riebenbauer, betreffend Umfahrung Hartberg,

Anfrage Nr. 15 des Herrn Landtagsabgeordneten Peter Rieser, betreffend Ausbau der B 317,

Anfrage Nr. 16 des Herrn Landtagsabgeordneten Josef Straßberger, betreffend Landesstraßen-Sonderbauprogramm,

Anfrage Nr. 17 des Herrn Landtagsabgeordneten Peter Tschernko, betreffend zweigleisiger Ausbau der ÖBB-Strecke Graz-Spielfeld,

Anfrage Nr. 25 des Herrn Landtagsabgeordneten Karl Wiedner, betreffend Umsetzung von größeren Vorhaben aus dem Ressortbereich von Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schöggel und die

Anfrage Nr. 18 des Herrn Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Odo Wöhry, betreffend Mautgebühren im Bosrucktunnel

schriftlich beantwortet.

Die schriftlichen Antworten sind auch in der heutigen Auflage enthalten.

Tagesordnung:

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über:

Bei den Tagesordnungspunkten 2 und 3 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

2. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1/1, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (10.12 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es liegt Ihnen die Regierungsvorlage, betreffend den dritten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration, vor und ich bitte um Annahme! (10.12 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

3. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (10.13 Uhr): Meine Damen und Herren!

Auch hier liegt Ihnen eine Regierungsvorlage, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration, vor. Er ist in derselben Weise gegliedert wie der erste Antrag und ich stelle den Antrag auf Annahme. (10.13 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Bitte!

Abg. Majcen: (10.13 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegen uns heute diese zwei Vierteljahresberichte über den Stand der Europäischen Integration vor. Zuerst der dritte Vierteljahresbericht und dann der zweite Vierteljahresbericht. Beide haben etwas gemeinsam. Sie sind eigentlich schon alt. Durch die Landtagswahl und alles, was wir hier schon gehabt haben in den letzten Wochen, Monaten sind wir etwas in Verzug geraten.

Ich möchte aber trotzdem feststellen, dass ich glaube, dass diese Berichte sehr informativ sind, sehr gut recherchiert sind, sehr gut zusammengefasst sind. Und wer sich für die Europäische Integration und für Probleme der Europapolitik, auch in der Steiermark, interessiert, der kann hier eine reiche Fundgrube finden. Es sind umfangreiche Berichte und ich möchte im Detail nicht darauf eingehen. Sie sind alle nach demselben Prinzip gegliedert, nämlich erstens der Stand der Rechtsanpassung. Zweitens berichten sie über wichtige Maßnahmen und Ereignisse seit April beziehungsweise seit Juli bis Oktober 2000. Und sie berichten über die Auswirkungen der EU-Strukturpolitik auf Österreich und auf die Steiermark.

Interessant ist in diesem Zusammenhang – und das wird sicher noch zu diskutieren sein – im zweiten Bericht die Stellungnahme des EU-Kommissars Verheugen über die Erweiterung und alles, was damit im Zusammenhang steht, eine Materie, die uns ganz sicher noch in vielfacher Weise befassen wird und wo es, glaube ich, auch heute Anträge geben wird zu diesem Thema – Entschließungsanträge und dann später wahrscheinlich auch sonstige Anträge für den Ausschuss für Europäische Integration.

In diesem Bericht Verheugen fällt eines auf beziehungsweise ist eines besonders interessant, nämlich dass er von der Geschwindigkeit und der Qualität spricht. Das erscheint mir sehr wichtig zu sein, weil Geschwindigkeit alleine kann es nicht sein und Qualität alleine ohne irgendeine zeitliche Zielsetzung kann es auch nicht sein.

Wir müssen dieses Problem ernst nehmen und wir werden es ernst nehmen, weil es für unser Land von besonderer Bedeutung ist.

Auch über den Ausschuss der Europäischen Regionen, über die Rolle der Regionen im europäischen Aufbauwerk wird berichtet. Hier ist insbesondere zu verweisen auf das Referat von Herrn Michel Barnier, ein zuständiges Mitglied für Regionalpolitik, wo er seine Standpunkte darlegt, die dann auch später in einer Diskussion sehr zerplückt wurden und trotzdem letztendlich gleich geblieben sind.

Auch ist enthalten die Deklaration der Landeshauptmänner vom 17. Mai 2000.

Im dritten Bericht, ebenfalls Stand der Rechtsanpassung insbesondere, ist enthalten die Aufhebung der EU-Sanktionen, das heißt nicht der Sanktionen, sondern der besonderen Maßnahmen vom 12. September 2000. Der Inhalt ist allen bekannt und damit ist auch sozusagen ein großes Kapitel in dieser europäischen Geschichte im Zusammenhang mit Österreich zu Ende.

Meine Damen und Herren, der Ausschuss für Europäische Integration hat sich neu konstituiert und ich habe als Vorsitzender dieses Ausschusses vor, diesen Ausschuss sehr intensiv zu befassen und alles, was wir zugewiesen kriegen und auch das was wir für wichtig halten ausführlich zu diskutieren. Ich plane eine Informationsveranstaltung für die Mitglieder, eine Information – das habe ich bereits mit den wichtigen Funktionären dieses Ausschusses auch besprochen – vor Ort, um wirklich auch den vielen neuen Mitgliedern im Landtag die Möglichkeit zu geben, in diese Materie in einer Form einzudringen, die uns hilft, dieses Problem „Europäische Integration“ in guter Zusammenarbeit zu regeln, denn ich sage das, was ich schon so oft gesagt habe, die EU-Politik mit ihren Auswirkungen auf unser Land sollte nicht parteipolitischer Spielball werden. Wir sollten uns dort gemeinsam – nach Diskussion selbstverständlich – zu Maßnahmen bekennen und sie durchtragen. Ich werde daher

mit der zuständigen politischen Referentin Frau Landeshauptmann Klasnic, der zuständigen Europaabteilung und der EU-Koordinationsstelle versuchen, eine so gut wie möglich vorbereitete Diskussion und Information zu führen.

Zur EU-Regionalpolitik zum Ziel 2 liegt ein endgültiger Beschluss vor. INTERREG steht vor der Beschlussfassung, LEADER knapp vor der Beschlussfassung beziehungsweise schon in der Phase Beschlussfassung, die Genehmigung steht aus. Programm EQAL ist eingereicht, URBAN – Stadt Wien und Graz haben eingereicht – Annahme ist offen. Die ländliche Entwicklung wurde mit 14. Juli beschlossen und ist bereits auf der operativen Ebene. Ich verweise in dem Zusammenhang auf eine sehr informative Broschüre, die vor kurzem herausgegeben wurde, sie heißt „Steiermark in der Europäischen Union von 2000 bis 2006“. Hier ist sehr knapp und präzise zusammengefasst alles, was für uns und Interessierte wichtig ist.

Ein weiterer Punkt, über den ich kurz berichten möchte, ist, in der Steiermark eine EUREGIO zu gründen. Die EUREGIO, das heißt also eine Initiative in der Zusammenarbeit mit Slowenien, wird erstmals ein Gebiet umfassen mit den Bezirken Graz, Graz-Umgebung, Voitsberg, Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Feldbach, Fürstenfeld, Hartberg und Weiz – ist also ein großes Gebilde – und wir werden, nachdem diese EUREGIO auf der steirischen Seite schon operativ tätig ist und im Jänner die Gründungsversammlung stattfinden wird, auch schauen, dass wir in Slowenien so weit kommen, dass Slowenien dort hinkommt, wo wir schon sind, wobei wir zugeben müssen, dass das bei uns leichter ist, weil ganz einfach die Strukturen besser vorhanden sind und weil derzeit in Slowenien nur eine Entwicklungsagentur daran arbeitet.

Es gibt für die EU-Erweiterung eine ganze Reihe von interessanten Tabellen. Es wäre, wie gesagt, nicht dem heutigen Tag angepasst, wenn man darüber ausführlich reden würde. Aber es ist schon sehr interessant, mit welchen Ländern in welchen Punkten schon Einigkeit besteht und mit welchen Ländern und bei welchen Ländern noch gravierende Unterschiede in der Auffassung bestehen. Ich denke, es wird noch ein hartes Stück Arbeit werden, bis man dort so weit kommt.

Es gibt auf jeden Fall eine gemeinsame österreichische Länderposition zum Thema Erweiterung und es ist festzustellen, dass dieses Papier mit allen Ländern akkordiert und von der Konferenz der Landesamtsdirektoren bereits angenommen wurde. Es kommen noch ein paar kleine Ergänzungen dazu.

Ich möchte auch sagen, dass ich im Hinblick auf die Tätigkeit dieses Ausschusses und dieses Landtages in der nächsten Periode eine Reihe von Dingen mit initiieren möchte oder ihnen besondere Beachtung schenken möchte.

Erstens: Die nationalen Fördermöglichkeiten. Wir wissen, dass die jetzige Förderperiode 2006 auslaufen wird. Wir haben jetzt einmal einen Rahmen, in dem wir arbeiten können, auf den wir uns gut vorbereitet haben. Aber 2006 wird alles anders werden. Möglicherweise gibt es keine Strukturprogramme mehr in dieser Form und möglicherweise ist durch Erweiterungen unsere Situation eine völlig andere.

Und es werden andere die Förderungen bekommen, um dorthin aufzuholen, wo wir heute schon sind. Wir sollten uns also schon bald gemeinsam überlegen, welche Eckpunkte wir für die Förderperiode nach 2006 anstreben, was wir wollen und wir müssen das relativ frühzeitig tun, weil bis diese Programme dorthin kommen, wo sie bei der Beschlussfassung sein müssen, geht viel Zeit vorbei. Ich glaube, dass wir das Jahr 2002, spätestens Anfang 2003 als den Zeitpunkt sehen müssen, wo wir schon einigermaßen präzise Vorstellungen haben, wie es weitergeht. Wir müssen über die nationalen Möglichkeiten reden, über die territoriale Zuordnung von Sektorförderungen der EU, zum Beispiel im Bereich Forschung und Umwelt. Wir müssen schauen – auch etwas, was ich sehr anstrebe und wo ich alle um Mithilfe bitte –, dass der Informationsfluss verbessert wird. Das, was derzeit an Information auf uns einströmt, ist kein Informationsfluss, sondern ist eine Informationsflut. Es ist unmöglich für einen „nicht hauptamtlich“ tätigen EU-Experten alles das an Papier zu lesen und zu strukturieren, was ins Haus kommt und daher halte ich es für notwendig und ich werde mich sehr bemühen – und diese Vierteljahresberichte sind ja schon ein Schritt dazu – einen strukturierten Informationsfluss zustande zu bringen, dass man kurz zusammengefasst die wesentlichen Punkte hat.

In Bezug auf die EU-Erweiterung warne ich vor falschen Darstellungen und vor dem Schüren von Ängsten. Damit ist uns allen nicht gedient oder wäre uns allen nicht gedient. Ich bitte daher, mit diesem Themenbereich sehr vorsichtig umzugehen und ihn nicht – so wie ich am Anfang schon gesagt habe – zum parteipolitischen Spielball zu machen, wobei ich aber trotzdem sage, alles, was mit EU-Erweiterung zu tun hat, sollten wir uns sehr genau, auch von den Risiken her, überlegen. Ich möchte aber nur verweisen auf etwas, was zufällig hierher passt.

Bei den Konjunkturgesprächen des heurigen Jahres hat der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, Kramer, gesagt, die Erweiterung ist für die Steiermark ein Glücksfall nach allen derzeit vorliegenden Eckpunkten. Und jetzt müssen wir schauen, wie wir diese vorliegenden Eckpunkte so ausgestalten, dass der Glücksfall weiter aufrecht bleibt und ein Glücksfall bleibt und nicht zum Problemfall wird, weil ganz ohne ist die Angelegenheit ja nicht. Wir müssten also für die EU-Erweiterung zu einem Argumentarium mit Steiermarkbezug kommen und das halte ich für sehr, sehr wichtig und ich glaube, dass die zuständigen Abteilungen und das zuständige Regierungsmitglied dort schon sehr viel Arbeit geleistet haben. Aber es liegt noch viel Arbeit vor uns.

Ein Problem, das wir in diesem Zusammenhang auch immer wieder ansprechen müssen, ist die Klärung Ennstal. Diese Situation muss mit der Europäischen Kommission geklärt werden und es wird notwendig sein, dort neue Vorschläge und neue Ideen aufzugreifen. In der Landwirtschaft – auch das wird näher ausgeführt werden – gehen die WTO-Verhandlungen weiter und die Frage ist, welche Auswirkungen gibt es von diesen WTO-Verhandlungen. Wir brauchen dort frühzeitige Informationen über die Veränderungen und wir brauchen Abschätzungen der Auswirkung der Erweiterung aller Fördermöglichkeiten in diesem Bereich.

Und letztendlich glaube ich, dass es wichtig wäre, auch für die Steiermark und besonders für die Steiermark so etwas Ähnliches wie eine „Balkanstrategie“ zu entwickeln. Das ist jetzt ein Wort, das nicht ganz herpasst, aber es wird nicht lange dauern, wird Kroatien nach Slowenien vor der Türe stehen. Und wir können uns eigentlich aus vielfacher Hinsicht nicht leisten, diese Länder fernzuhalten, sondern wir müssen schauen, dass wir sie zu uns herbekommen und dass wir ihnen helfen, sonst sind die vielen Worte, die wir oft gesprochen haben, eigentlich falsche Worte. Wir müssen aktiv tätig werden und schauen, dass wir so viel wie möglich in diese Richtung unternehmen können. Wir müssen schauen, nachdem von Kroatien der Beitrittsantrag für 2001 angekündigt wurde, wo es langfristige Umsetzungsmöglichkeiten des Konzeptes für die Zukunftsregion Süd-Ost gibt, wo wir im Herzen dieser Zukunftsregion Süd-Ost sein können und müssen. Das muss unser Bestreben sein, eine Chance für unsere Region! Chancen für steirische Unternehmen und wir müssen schauen, welche EU-Förderungen, die wir heute noch nicht kennen, es für diese Vorbereitungsphase beziehungsweise für diese Vorbeitrittsphase geben wird. Das heißt, wir haben viel, viel Arbeit vor uns und ich bitte alle in diesem Haus, diese Arbeit anzunehmen, weil sie zu unserer Aufgabe gehört und mit viel Kraft und Energie an diese heranzugehen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 10.30 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer.

Abg. Lafer (10.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Den Ausführungen des Kollegen Majcen muss ich Recht geben. Zum Einen handelt es sich um ein altes Papier, das ist vollkommen richtig. Auch ist es verständlich, dass auf Grund der Regierungsumbildung, der Neuwahlen dieses Papier etwas länger als notwendig gelagert wurde. Was mich aber gewundert hat und wo ich ihm auch zustimmen kann, betrifft vor allem die Geschwindigkeit. Die Geschwindigkeit, wie sie jetzt auch in Nizza angesprochen wurde mit all ihren Erscheinungsformen ist nicht mehr nachvollziehbar. Mit dieser Geschwindigkeit wird es auch möglich sein, dass Fehler unterlaufen und solche Fehler sollte man grundsätzlich vermeiden.

Der Beitritt – wie angesprochen – von Slowenien, Kroatien und anderen Mitgliedsländern muss natürlich vorher überprüft werden. Es müssen Kriterien enthalten und abgestimmt sein, die den EU-Staaten entsprechen, wie etwa im Bereich von Finanzen, Wirtschaft, Soziales; vor allem aber muss auch der Umweltaspekt beachtet werden. Es müssen die Menschenrechte gewährleistet sein und vor allem, was auch uns Freiheitlichen ein besonderes Anliegen ist, der Bereich der Sicherheit ist zu beachten. Gerade in den EU-Oststaaten gibt es in jenem Bereich Vorgangsweisen, mit denen wir nicht einverstanden sind und daran muss noch gearbeitet werden.

Ein weiterer Punkt, der angesprochen worden ist, ist die Informationsflut. Eine Informationsflut, die bei Gott nicht mehr übersehbar ist. Man hat schon Schwierigkeiten sich zu orientieren. Eine Strukturierung dieser Information mit einer geordneten Reihenfolge hat sehr viel Sinn, dem kann man nur beipflichten. Aber gerade was die Steiermark in Bezug auf EU betrifft, so wurde hier schon sehr viel geleistet. Wenn ich hier alleine zurückblicke auf den regionalen Planungsbeirat, muss man sagen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir Freiheitlichen wollen das weiterhin unterstützen und werden uns auch dafür einsetzen, dass wir für unsere Bevölkerung sehr viel Positives erreichen. Das ist für uns etwas unbedingt Notwendiges und zu dem stehen wir auch.

Wenn man jetzt zu Nizza zurückgeht, was ja auch lange und breit in den Medien diskutiert worden ist, so muss man sagen, dass es nicht der große Wurf in der Geschichte der EU war. Die Nachwehen werden noch lange anhalten. Hier wurde nicht nach Stimmenanzahl gewichtet, sondern es wurde nach dem gewissen Bazarprinzip verteilt. Das war für uns nicht ganz in Ordnung, denn die groß angekündigten Reformen sind in Wahrheit ausgeblieben. Das Ergebnis der Beschlüsse von Nizza ist eher als kleinster gemeinsamer Nenner der EU-Staaten zu sehen.

Die wichtigsten Ergebnisse für Österreich sind, dass wir in Fragen wie Wasserbewirtschaftung, Raumordnung, Naturschutz, Energiepolitik, Asyl- und Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik das Einstimmigkeitsprinzip der EU aufrechterhalten konnten. Das ist für uns ein ganz besonders wichtiger Punkt, denn gerade mit diesem Prinzip ist es uns möglich, auch die Rechte der Österreicherinnen und Österreicher aufrechtzuerhalten.

Weiters konnte sichergestellt werden, dass die Österreicher zumindest bis 2010 mit einem Kommissär vertreten sind, was ja auch nicht unwichtig ist.

Im Bereich der Mitbestimmung musste Österreich Einbußen in Kauf nehmen. Im Parlament werden statt 21 Stimmen nur mehr 17 sein. Wir haben zwar bei der EU-Osterweiterung von vier auf nunmehr zehn Stimmen erhöht. Bei künftig 27 Mitgliedsstaaten und den damit verbundenen 345 Stimmen im Ministerrat ist das jedoch ein Prozentsatz von 2,9 anstatt von bisher 4,6.

Zu diesem Bericht bringen wir natürlich auch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag ein, wobei es vorwiegend auch um die Themen geht, die in Nizza besprochen wurden; vorwiegend auch um den Beitritt der bevorstehenden Länder, das heißt Slowenien, Ungarn, Polen, Tschechien, Estland, Zypern und in weiterer Folge Malta, Rumänien, Lettland, Litauen, Slowakei und Bulgarien.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, nachstehende Forderungen umzusetzen beziehungsweise bei den konkreten Beitrittsverhandlungen zu berücksichtigen: Bereich „Wirtschaft“:

– Zustimmung zu einer Erweiterung der EU erst nachdem die beitragswerbenden Staaten annähernd das EU-Durchschnittslohniveau erreicht haben.

– Vereinbarung von Übergangsfristen für den Zuzug von Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedsstaaten der EU.
Bereich „Landwirtschaft“:

- Umsetzung eines nationalen agrarpolitischen Beschäftigungsprogramms, das als zentralen Ansatz eine Umstellung der Förderungen auf den Arbeitsplatz Bauernhof vorsieht – die Bauern sollen nicht zu Sozialhilfempfangern degradiert werden.
- Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU: Die Nationalstaaten müssen wieder mehr Spielraum im Bereich der Einkommenspolitik haben, damit strukturelle Unterschiede der einzelnen Mitgliedsstaaten besser berücksichtigt werden können.
- Übernahme der EU-Standards im Lebensmittelbereich durch die beitretenden Staaten als Voraussetzung für qualitative landwirtschaftliche Produktion.

Bereich „Umwelt“:

- Abschluss von Verträgen mit den beitragswerbenden Staaten mit der Festlegung eines mittelfristigen Ausstiegs aus der Atomenergie.
- Angleichung der Sicherheits- und Umweltstandards für osteuropäische Lkws an österreichische Standards.
- Abwicklung des Transportes gefährlicher Güter nach österreichischen Sicherheitsbestimmungen möglichst unter Einsatz der Bahn.
- Angleichung der MOEL-Technik und Umweltstandards an die österreichischen Standards.

Bereich „Menschenrechte“:

- Aufhebung der Benes-Dekrete, AVNOJ-Verfügungen sowie der diskriminierenden Bestimmungen, die in den Denationalisierungsgesetzen enthalten sind.
- Prüfung der Beitrittskandidaten dahin gehend, ob sie die Menschenrechte (insbesondere Minderheitenschutz) sowie die Bestimmungen der neu beschlossenen Grundrechtscharta erfüllen.

Und ein ganz besonders wichtiger Bereich ist die „Sicherheit“:

- Aufstockung des Sicherheitspersonals.
- Aufbau eines umfassenden Informationssystems zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens.
- Verbesserung der technischen Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden.
- Verbesserte Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung in den Bereichen Waffen, Drogen, Menschenhandel, Schlepperunwesen, Prostitution, Kfz-Diebstahl.
- Konsequenter Vollzug der Normen, die die Schubhaft betreffen.

Ich glaube, dass wir mit diesem Antrag einen großen Bereich angesprochen haben und würde auch die anderen Klubs ersuchen, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen, da es um Grundrechte für Österreich geht. Und wir finden, dass wir hier nur zum Wohle für die Steiermark und für Österreich handeln. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 10.37 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (10.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses!

Ich spreche aber vor allem den nunmehrigen Ausschussvorsitzenden an, den ich voll und ganz darin bestärken möchte, wenn er die Absicht hat, diesen Ausschuss mit Elan zu führen und zu intensiver Befassung mit allen EU-Themen zu veranlassen. Ich glaube wir haben allen Grund dazu, uns sehr intensiv mit dieser Thematik auseinander zu setzen, zumal auch schon von ihm angesprochen wurde, dass sich ja die Rahmenbedingungen permanent im Wandel befinden, wenn er auch der Meinung ist, wir werden erst im Jahr 2006 sozusagen eine neue Programmperiode haben. Wir haben das letzte Mal gesehen, dass uns die Zeit durchaus davongaloppiert und dass wir durchaus jetzt schon Anlass haben, uns auf das vorzubereiten, was auf uns zukommt. Unter anderem ist es natürlich das große Thema des letzten Gipfels von Nizza, was ja fast zugedeckt worden ist durch die Strukturveränderungen innerhalb der Verwaltung und der Organisation der EU-Abteilungen und -Kommissionen, die Frage der EU-Erweiterung – auch Gegenstand eines Entschließungsantrages, mit dem ich mich dann noch gerne auseinander setzen möchte.

Jedenfalls, glaube ich, haben wir Anlass, uns ernsthaft mit der Thematik zu beschäftigen, auch weil es bei diesem Gipfel ein ganz konkretes positives Signal gegeben hat, nämlich jenes, dass für die Grenzlandförderung verstärkt Mittel ausgeschüttet werden sollen und wir deshalb jetzt auch allen Anlass haben, die Neuverteilung dieser zusätzlichen Mittel, die hier angekündigt worden sind, ganz vehement zu betreiben und weil wir glauben und schon x-mal nachgewiesen haben, dass wir als Land Steiermark die Grenzlandregion schlechthin sind, die also Förderungen aus diesen Töpfen im hohen Maße bedarf. Die Unterlagen dafür liegen auf, sie sind sicherlich zu aktualisieren und ich denke mir, dass wir sie im Ausschuss auch behandeln sollten. Ich denke auch, dass wir in Verfolgung der letzten Enquete im Ausschuss, wo wir die Wissenschaft eingeladen hatten, ihre Expertisen zum Thema uns vorzustellen, noch einmal aktualisieren könnten und sollten, um auch das zu behandeln, was heute in dem Entschließungsantrag angesprochen worden ist. Weil ich glaube nicht, dass es taktisch klug ist, jetzt eine Sine-qua-non-Forderung aufzustellen, wenn man gerade in Nizza der Meinung war, jetzt beginnen wir mit den Verhandlungen so, dass 2004 die Verhandlungen abgeschlossen und die erste Runde der Beitritte erfolgen kann,

allerdings in einer offenen Form und nicht ohne Voraussetzungen zu fordern, die die beitriftswilligen Länder schlicht und einfach nicht erfüllen können. Denn die Hauptforderungen dieses Antrages, die beitriftswilligen Länder mögen vorher ihre Strukturen, insbesondere die Einkommensverhältnisse, dem europäischen Niveau anpassen, ist also insofern abstrus, als gerade durch den Beitritt diese Anpassung beschleunigt werden soll, also nicht schon vorher das verlangt werden kann, was man mit dem Beitritt erwirken wird wollen.

Lieber Kollege Lafer, lieber Kollege Wiedner, wir haben seit dem Jahr 1996 in einer Reihe von Anträgen uns mit dieser Thematik beschäftigt. Also man braucht den anderen Klubs nicht vorhalten, dass sie sich nicht um die Angelegenheiten der Steirerinnen und Steirer in dem Zusammenhang, mit dem, was durch die EU-Erweiterung auf uns zukommt, befasst hätten. Ich erinnere daran, dass der erste diesbezügliche Antrag aus dem Jahr 1996 im Jänner 1998 einstimmig beschlossen worden ist. Wir haben uns also sehr intensiv damit beschäftigt und wir werden uns auch weiterhin damit beschäftigen. Ich schlage vor, dass wir dieses Thema wiederum im Ausschuss sehr vehement behandeln, allerdings ohne jene Prämissen, die es uns ja auch letztens unmöglich gemacht haben, dem vom Kollegen Vesko eingebrachten Antrag der damaligen Zeit in voller Länge zuzustimmen. Wir haben uns aber dazu gefunden, dass wir über diese Punkte einzeln uns wirklich ernsthaft unterhalten sollten.

Und weil ich gerade beim Kollegen Lafer bin, der die Geschwindigkeit angesprochen hat, mit der die EU-Osterweiterung betrieben wird. Wenn ein Repräsentant jener Partei, die in der Regierung unter dem Titel „Speed kills“ uns mit Geschwindigkeit überfährt, heute die Geschwindigkeit moniert, mit der sich Europa wieder vereinigt, dann mutet mich das etwas abstrus an.

Aber ich nehme das so zur Kenntnis und habe es für mich in meine Schmankerlkiste gelegt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wiedner: „Euer Schuldenberg ist die Schmankerlkiste!“) Ich hätte wetten können – ich habe es vorher leider verabsäumt – mit meinen Nachbarn, dass zu jedem Tagesordnungspunkt, ob wir uns heute über das Schulwesen unterhalten oder über die Landwirtschaft, über die Umweltberichte oder über die Europäische Union, von irgendwo einmal von dieser Seite das Wort Schuldenberg und die rote Bagage hat das angestellt kommen wird. (Abg. Wiedner: „Das habe ich nicht gesagt!“) Ich gehe davon aus, dass das einmal im Raum steht, ich nehme es grundsätzlich zu jeder einzelnen Passage, die von uns gesagt wird, zur Kenntnis, was wir davon halten, wissen wir.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich noch einmal mit dem Kollegen Majcen auseinander setzen, der in sehr konstruktiver Weise ankündigt, dass wir uns mit den Themen beschäftigen werden. Ich möchte dazu auch einen Beitrag liefern und ich gehe davon aus, dass das ohnedies wahrgenommen wird, was uns allen schon immer aufgefallen ist und was wir schließlich und endlich auch in einem Antrag, in einem Entschließungsantrag im heurigen Februar so beschlossen haben. Ich spreche an die Zusammenfassung und Straffung der Verwaltung aller Institutionen, die sich mit dem Handling von Strukturfondsmitteln und von Gemeinschaftsinitiativemitteln insgesamt von europäischen, aber auch nationalen Mitteln befassen. Wir haben uns vorgenommen, hier etwas zu verbessern und wir haben auch allen Anlass dazu. Wir haben ja dazu debattiert, ich erinnere daran, dass es im Oktober 1999 war, das erste Mal der Landesrechnungshof, als er sich mit der Landesamtsdirektion beschäftigt hat, in einem über 120-Seiten-Exposee sehr vehement darüber ausgelassen hat, dass es eine derartige Fülle von Stellen und Institutionen gibt, die sich mit EU-Förderungsabwicklungen beschäftigen, dass der Förderung suchende Bürger, insbesondere Gemeinden, aber auch Unternehmer, die also hier als Förderungswerber auftreten, vor einem fast unüberwindlichen babylonischen Sprachenwirrwarr stehen. Es ist das noch einmal im Mai dieses Jahres ergänzt worden, als sich der Landesrechnungshof mit der Landesbaudirektion, sprich WIP, mit der wirtschaftspolitischen Abteilung und deren Agenden im Zusammenhang mit der Programmplanung auseinander gesetzt hat. Auch hier auf über 70 Seiten sehr intensive Empfehlungen, sehr intensives Drängen auf Veränderung. Wir haben damals unseren Entschließungsantrag so formuliert, dass wir von dem zuständigen Landeshauptmann fordern, bei nächster Gelegenheit – und die Gelegenheit ist nun – bei der Geschäftseinteilung dafür Sorge zu tragen, dass diesem gemeinsamen Wunsch des Landtages Rechnung getragen wird. Wir haben das in einer Reihe von Punkten formuliert und ich kann nur hoffen und erwarten, dass seitens der Frau Landeshauptmann bei der ja noch in Verhandlung stehenden Geschäftseinteilung für die laut allen Recherchen und auch Feststellungen der Rechnungshöfe – es hat sich auch der Bundesrechnungshof damit beschäftigt – der Landeshauptmann jeweils allein verantwortlich und zuständig ist. Ich wende mich also an die zuständige Adresse und kann nur ersuchen, dass Sie diesem unserem Wunsche, den wir im Entschließungsantrag im Februar dieses Jahres formuliert haben, insbesondere in Punkt 1 des Abschnittes A, aber auch im Punkt 1 des Abschnittes B nachkommen. Sie können dem Ausschussvorsitzenden den gesamten Agenden, die im Lande Steiermark in Zusammenhang mit EU-Förderungsabwicklungen passieren, Sie können dem Hause, dem Lande Steiermark damit nur Gutes tun.

Die Ansätze vermisste ich, wenn ich jetzt in dem neuen, noch nicht ausverhandelten, aber zumindest als Entwurf vorliegenden Papier Ergänzung zur Programmplanung – das heißt in Wahrheit die Verordnung über die Durchführungsrichtlinien – schon auf der ersten Seite sehe. Den fünf verschiedenen Förderungsbereichen sind im Handling insgesamt zwölf Abteilungen zugeordnet – zwölf, ich habe es durchgezählt. Wenn das das Papier ist, über das wir jetzt – das ist mir von Herrn Landesrat Paierl bei der Wirtschaftsförderungsbeiratssitzung am Freitag zugegangen, ich habe es mir angeschaut und gedacht, da bitte besteht Handlungsbedarf. Ich glaube, dass wir Anlass haben, ich glaube, dass wir jetzt die Gelegenheit dazu haben und es hohe Zeit ist, das wirklich zu tun, was wir uns schon x-, x-mal vorgenommen haben. Machen wir es der steirischen Wirtschaft und den steirischen Gemeinden leichter, mit EU-Förderungsabwicklungen zu hantieren, als bisher, dann befinden wir uns in einer guten Richtung. Wenn du als Ausschussvorsitzender das Deine beitragen möchtest, wir unterstützen dich dabei gerne.

Entschuldigung, wo ist der Kollege Lafer, es ist aus den eben genannten Gründen uns natürlich nicht möglich, diesem Entschließungsantrag beizutreten, weil ich davon ausgehe, dass in Verfolgung dessen, was wir bisher im Ausschuss mit dieser Thematik gemacht haben, wir das auch behutsam weiter bearbeiten sollten. Ich vermisse die Behutsamkeit der Behandlung, denn das ist der Holzhammer, mit dem wir nie gut gefahren sind und ich würde glauben, es würde gescheit sein, dass wir im Ausschuss das Thema behutsam weiter behandeln. (Beifall bei der SPÖ. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (10.50 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte auch kurz zum Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei Stellung nehmen beziehungsweise allgemein zu dem Kapitel Vierteljahresberichte beziehungsweise EU-Erweiterung. Zuerst zum vorliegenden Entschließungsantrag. Aus unserer Sicht ist dieser Entschließungsantrag einmal mehr ein typisches Beispiel dafür, wie man dieses Thema EU-Erweiterung nicht angehen sollte und wie es die Freiheitliche Partei nämlich leider tut, nämlich durch die Bank negativ besetzt. Das sind lauter Punkte hier, ich werde im Detail noch darauf eingehen, die geeignet sind jetzt nicht nur negative Assoziationen zu erwecken, Gefühle zu erwecken, sondern diese sich natürlich auch im Bedarfsfall für Polemiken jeder Art und reichlich eignen.

Konkret ganz kurz – zum Teil ist es schon angesprochen worden – das Einkommensniveau. Ja, Sie haben schon noch die Meldungen in Erinnerung, dass die Steiermark bei der Kaufkraft von allen österreichischen Bundesländern das Schlusslicht war. Ich werde doch daraus jetzt nicht pfeilgerade schließen müssen, dass man die Steiermark aus der Republik Österreich wieder ausschließt, sehe ich das richtig?

Die AVNOJ-Bestimmungen einmal mehr. Wissen Sie, wenn Sie zu dem Thema mit jemandem sprechen in Slowenien, dann wird er Sie höflich aber bestimmt darauf aufmerksam machen, wie sehr auch Slowenien – ich nehme an, das ist Ihnen nicht ganz unbekannt – unter den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges gelitten hatte. Fragen Sie einmal jemanden unten, fragen Sie einmal jemanden, was die Zwangsarbeiter, was die Tausenden und Abertausenden Verschleppten, in die Zwangsarbeit zu dem Dienst in der deutschen Wehrmacht Verschleppten, was die alles mitmachen mussten, was die alles an Entschädigungen bekommen haben, nämlich gar nichts. Und dann haben wir 1955 den Staatsvertrag abgeschlossen und in diesem Staatsvertrag waren auch die Entschädigungen auf österreichischer Seite inkludiert, bis auf wenige Einzelfälle. Und wenn man diese Einzelfälle heute noch im Sinne der Betroffenen human regeln will, dann soll man das tun, aber man soll nicht hergehen und ein derartig elementares, epochales Vorhaben wie die EU-Erweiterung an solche Sachen koppeln, wenn man es ehrlich meint. In Wirklichkeit unterstelle ich Ihnen allemal, dass Sie mehr oder wenig unterschwellig gegen die EU-Erweiterung auftreten und immer irgendwelche Bedenken dann vorschieben.

Noch ein paar Punkte aus Ihrem Antrag. Die Prostitution muss bekämpft werden. Ich kann es mir nicht verkneifen auf das einzugehen und gestehe Ihnen in diesem Punkt, zumindest Ihrem Kollegen Kabas in Wien, eindeutig Kompetenz zu. Das sei Ihnen zugestanden, keine Frage.

Die Lkws, die Sie hier anziehen, die Ost-Lkws. Wenn nicht gestern in der Zeitung eine Meldung gewesen wäre, wo man die Lkw-Unfälle in Österreich analysiert hat und wenn nicht dort explizit drinnen gestanden wäre – das waren nicht die Grünen, wohl verstanden, sondern es war der ÖAMTC –, dass die Ost-Lkws nicht das Problem sind, aber jene heimischen Frächter – nichts für ungut –, die ihre Fahrer bis aufs Blut unter Druck setzen und die sie zu Arbeitszeiten zwingen und zu Fahrweisen zwingen, wie Tempoüberschreitung oder Nichtabstandhalten, dass das bereits jetzt für eine Explosion der Lkw-Unfälle in der Tat verantwortlich ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Oder das Tempo – um ins Allgemeine wieder zu kommen – x-mal haben diverse Studien, die wir hier auch im Landtag schon diskutiert haben, ergeben, dass es für Österreich und insbesondere für die Steiermark negativ ist, wenn man das Tempo nicht hält bei der EU-Erweiterung. Aus einem einfachen Grund, ich sage es trotzdem noch einmal – nicht das erste Mal, zugegebenermaßen –, aus einem einfachen Grund, weil diese Länder erstens enorme Investitionen zu tätigen haben bei einem Beitritt und von diesen Investitionen – das weisen alle Studien nach – Österreich und die Steiermark überproportional profitieren. Daher ist übrigens auch das Argument, dass die EU so viel in die Erweiterung investieren muss, von einer besonders geringen Intelligenz, wenn ich das so vornehm ausdrücken darf, weil ja jeder EU-Euro, der in die Erweiterung geht, zu einem erheblichen Anteil nach Österreich beziehungsweise in die Steiermark überproportional zurückkommt. Das heißt, es ist allemal ein Geschäft, ein ganz ordinäres Geschäft für uns. Das heißt, beim Tempo muss man draufbleiben am Gas und darf nicht weggehen.

Jetzt zur positiven Seite des Ganzen. Der Herr Kollege Majcen hat angesprochen das Stichwort EUREGIO. Wissen Sie, was mir trotzdem auffällt bei dem Thema? Wir haben vor – na, wie lange ist es jetzt her – zirka 14 Tagen, zehn Tagen in den Medien vernommen, dass der Herr Landesrat Schögggl bei seiner Parteifreundin in Wien und zuständigen Ministerin Forstinger war und dass er mit einem nicht ganz adäquaten Weihnachtsgeschenk zurückgekommen ist in die Steiermark, nämlich mit der Botschaft, dass nicht nur mit dem Semmeringtunnel einmal mehr nichts wird, sondern dass auch die Koralmbahn wir uns abschminken können. Und wie wir alle wissen, mit der Koralmbahn alles andere drum herum, wie Ostbahnausbau, letztlich bis hin zum Terminal, Projekte wackeln. Das ist auch eine Form der EUREGIO.

Das haben wir in der Monarchie schon gehabt. Da hat Graz, als Zentrum dieser EUREGIO, dann den Ehrentitel Pensionis getragen. Und wir schaffen das jetzt wieder.

Das heißt, wenn wir von EU-Erweiterung reden, dann ist es zwar ganz richtig und ganz schön, wie Sie, Herr Kollege Majcen, den WIFO-Chef Kramer zitieren, die EU-Erweiterung ist ein Geschenk, aber ganz zu 100 Prozent stimmt das nicht. Man muss nämlich ein Geschenk auch immer annehmen. Und ich stelle fest, die Steirer nehmen das Geschenk nicht an, schlicht und ergreifend. Weil sonst hätte durch das Land ein Aufheulen gehen müssen, wie jetzt der Landesrat Schöggel zurückkommt, tut mir leid, mit der Koralmbahn wird auch nichts. Die ÖVP hat sich verschwiegen. Aus war es mit dem Rauschen der Blätter im Magnolienbaum, Frau Landeshauptfrau. Die sind gefallen, die Blätter des Magnolienbaums. Die ÖVP hat sich zu einem epochalen Thema, wie dem Aus für die Koralmbahn, nicht einmal öffentlich in den Medien geäußert. Nicht einmal das. Und da frage ich mich schon, was dann diese – entschuldigen Sie mir den Ausdruck – „Siaßlerei“ von den positiven Auswirkungen der Osterweiterung und der Kooperation mit Slowenien und EUREGIO und so weiter von Seiten der ÖVP wirklich soll.

Wir haben jetzt noch ein paar Tage bis Weihnachten. Wir werden dieses Thema heute nicht abendfüllend behandeln, das bin ich mir schon bewusst. Aber ich sage Ihnen gleich eines, im nächsten Jahr wird das ein Thema werden. Das kann ich Ihnen garantieren. Und das brauche nicht einmal ich Ihnen garantieren, in der gebotenen Bescheidenheit, weil ich hoffe doch, dass, wenn es auch von Seiten der Mitglieder oder der Regierungsparteien hier im Lande nicht geschieht, es noch genügend andere Kräfte im Lande gibt, die dafür sorgen werden.

Zum Abschluss noch zwei kurze Anmerkungen, weil es einfach sein muss, keine EU-Debatte ohne Wasser. Wissen Sie was? Wir müssen mit uns selber einmal ins Klare kommen, wie wir zu der Materie stehen – Wasser. So lange die einen vom weißen Gold reden, Herr Landesrat, und die anderen sagen, wir müssen das Wasser schützen, solange ist da noch ein bisschen eine Ungenauigkeit in der Ausdrucksweise drinnen, aus meiner bescheidenen Sicht. Weil weißes Gold verbinde ich allemal mit Verschepfern, immer noch mit Verschepfern. Und als Grüner sage ich Ihnen ganz offen, mein Hauptproblem ist nicht, wer das Wasser verschepfert und verschuert und verscherbelt. Das ist nicht einmal mein Hauptinteresse. Ihres vielleicht, meines nicht! Für mich ist die Hauptfrage, wie gehen wir mit dem Wasser um. Für mich ist die Hauptfrage – ich weiß nicht, wie dem Hohen Landtag angemessen ich es ausdrücken soll –, wenn man in einer Toilettenanlage das Trinkwasser benutzt, dann ist das ein Problem. Und mir ist das ziemlich egal, ob das jetzt eine Grazer oder eine nicht österreichische Toilettenanlage ist, die dazu dienen muss. Das ist aus meiner bescheidenen Sicht das Problem und da sollte man einmal ehrlich hinschauen und auf das sollte man mit dem Finger hinzeigen und nicht herumuscheln immer vom weißen Gold und die Leute in die Irre führen und in Wirklichkeit nur selber das Geld im Auge haben, genau das, was man der bösen EU unterstellt.

Und ein zweiter Punkt zum Abschluss – Nizza. (Landesrat Pörtl: „Der Freund der EU bist du auch erst seit neuem!“) Lieber Erich Pörtl! Der Herr Landesrat Pörtl hat mich aufmerksam gemacht, dass ich angeblich erst seit neuem ein Freund der EU wäre. Und ich möchte daraufhin antworten, dass ich sage, mir ist bekannt, dass die österreichische Bevölkerung mit Mehrheit sich für den EU-Beitritt ausgesprochen hat und ich bin auch bereit, die Mehrheitsentscheidungen der Österreicherinnen und Österreicher zur Kenntnis zu nehmen.

Das heißt, da wir nun einmal in der Europäischen Union sind, habe ich mich auch, wenn es sein muss, von den Ennstaler Rosswiesen bis zu anderen Richtlinien der EU natürlich auf diese Richtlinien zu berufen, weil es einfach gültige Richtlinien sind. Natürlich nehme ich auch gerne die Schützenhilfe, wenn es meinen grünen Intentionen entspricht, der EU zur Kenntnis und als Steirer muss man das – Stichwort Ennstal – eben fallweise. Keine Frage, Brüssel ist da umweltfreundlicher als der ehemalige Naturschutzlandesrat es war. Was der jetzige macht wird man noch sehen, lieber Erich Pörtl.

Zum Abschluss, Nizza. Eine kleine Anmerkung schon aus grüner Sicht. Wissen Sie, das war in der Tat nichts Heldenhaftes, was dort passiert ist. Dafür werden sie vor der Geschichte, die lieben Kolleginnen und Kollegen, keine großen historischen Verdienste reklamieren können. Es ist hier der steirische Landtag, und nicht der Platz, wo man den Gipfel von Nizza jetzt ausbreiten muss, aber einen steirischen Bezug habe ich herzustellen. Wissen Sie, für mich ist das ein Punkt, wo ich mir gedacht habe, so schaut es aus, wenn man nur die Regierer zusammensetzt. Und so schaut es aus, wenn es wo keine Parlamente gibt und keine Parlamentarier, die diesen Regierern nicht auf die Finger schauen. Diese kleine Anmerkung sei mir gestattet in Richtung all derer, die sich da hier auch im Lande bemühen, die Landtage abschaffen zu wollen beziehungsweise zu müssen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 11.03 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Gennaro.

Abg. Gennaro (11.04 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Majcen hat über den Bericht ausgeführt, dass zum Beispiel das Projekt oder die Gemeinschaftsinitiative LEADER vor der Beschlussfassung steht und der Kollege Grabner hat bereits hingewiesen, dass am Rande beim Gipfel von Nizza von der Kommission beschlossen wurde für die Grenzlandbereiche zusätzliche Mitteln zur Verfügung zu stellen. Nachdem die Steiermark eine Grenzlandregion ist, glaube ich, sind wir aufgerufen, eine Neuverteilung vorzunehmen und gewisse Dinge zu überdenken.

Ich möchte ganz konkret auf ein Projekt zu sprechen kommen, nämlich die Gemeinschaftsinitiative „Steirische Eisenstraße“, die seit langem schon versucht hat, sich unter Beiziehung des Institutes für Geografie und Raumforschung der Universität Graz mit 19 Mitgliedsgemeinden als potenzielle LEADER-Region zu formieren. Und LEADER soll den Akteuren des ländlichen Raumes, so ist es beschrieben, die Impulse geben und sie dabei

unterstützen, Überlegungen über das Potenzial ihres Gebietes einer längerfristigen Perspektive anzustellen. Im Zentrum stehen die Forderungen der gemeinsamen gebietsübergreifenden und transnationalen Zusammenarbeit, sowie die Vernetzung sämtlicher ländlicher Gebiete der Europäischen Union. Zielgebiete der Initiative LEADER sind eben die ländlichen Gebiete, die geografisch, wirtschaftlich und sozial gesehen eine homogene Einheit bilden. Und wenn von dem Bereich Steirische Eisenstraße die unterzeichneten Absichtserklärungen zur Teilnahme an diesem Projekt an der Initiative vor kurzer Zeit von so manchen Gemeinden zurückgezogen werden und gleichzeitig völlig überraschend erfolgte die Unterzeichnung von Absichtserklärungen des Nordbereiches für die potenzielle LEADER-Gemeinschaft Region Gesäuse–Eisenwurzen, dann erhebt sich für mich der Verdacht, dass hier in irgendeiner Form politisch Einfluss genommen wird. Man kommt nicht umhin feststellen zu können, dass mit diesen Vorgangsweisen auf politischer Ebene versucht wird, einen Keil hineinzutreiben in die funktionierende steirische Eisenstraße und sie zu spalten. Durch eine gemeinsame zielgerichtete und mit Kooperationswillen getragene Vorgangsweise könnte für alle Beteiligten ein Bundesländer übergreifendes Projekt entwickelt und durchgeführt werden. Das geht auch dahin, dass sogar die Niederösterreichische Eisenstraße und die Oberösterreichische Eisenstraße sich zusammenschließen, um hier ein größeres Chancenpotenzial zu erwirken. Und nachdem die Frau Landeshauptmann – sie ist nicht da – (Landeshauptmann Klasnic: „Sie ist da!“) als zuständige politische Referentin und Herr Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Schögggl für die Raumplanung zuständig sind, dann möchte ich schon fragen, ob die Betroffenen wissen, dass von der Landesverwaltung eine Meinung veröffentlicht wurde – und zwar gibt es hier eine Prioritätenreihung der Aktionspläne für die Steirische Eisenstraße und ich darf das sehr wörtlich zitieren – da gibt es eine Einschätzung – und ich frage Sie, Frau Landeshauptmann, ob Sie sich mit dieser Einschätzung identifizieren oder ob Sie andere Meinungen haben, denn es ist sehr verwunderlich, wenn zum Beispiel drinnen steht, ich zitiere wörtlich: „Kooperation Verein Steirische Eisenstraße dominiert. Der dominante Einfluss Leobens könnte sich auf Grund der nicht gefestigten Kooperationsbeziehungen hemmend auswirken.“ Es erhebt sich hier die Frage, hat man sich das überhaupt angeschaut, denn Leoben ist in diesem Antrag gar nicht enthalten. Weiters geht man dann zur Strategie und sagt – und da bitte ich, sehr genau zuzuhören, Frau Landeshauptmann –, weil Sie haben am 2. Dezember, wo ich Ohrenzeuge war und ich habe das sehr positiv aufgenommen, beim Ledersprung bei der Barbarafeier in Eisenerz eine positive Aussage zur Region und ein Bekenntnis abgelegt zu dieser Region. Und wenn jetzt diese Einschätzung und diese Strategie Platz greifen und ich darf das auch wörtlich zitieren: „Strategie aus dem Aktionsplan nicht ablesbar“, „auch die Maßnahmenblätter ergeben zusammengenommen keine schlüssige LEADER-Strategie“, „keine Konfrontation mit der Realität, dass hier in eine Region am Ende ihres Lebenszyklus investiert werden soll.“ Ja, Frau Landeshauptmann, das ist der Todesstoß für diese Region und ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie auf Grund Ihrer Aussagen diese Ansicht teilen und die ist auf das Schärfste zurückzuweisen, denn das kann man für die Region, für die Beteiligten und für die Gemeinden – und da geht es nicht nur um Eisenerz alleine – in der Form nicht zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir sollten alles versuchen, wenn jetzt schon zwei Bereiche vorhanden sind, Eisenwurzen, Gesäuse und Eisenstraße, dass man diese Möglichkeit auf Grund des vorher Gesagten wahrnimmt und bitte eine gleichwertige Priorität veranlasst, dass beide gemeinsam mit dem Projekt „Österreichische Eisenstraße“ eine dementsprechende Reihung und eine Zusage bekommen können. Denn wenn diese Region Eisenstraße durch diese Maßnahmen und durch die Meinung der Landesverwaltung durch den Rost fällt, hat es sicherlich auch künftighin gravierende Auswirkungen und ich ersuche Sie daher, Frau Landeshauptmann, dass Sie auch Einfluss nehmen auf den von Ihnen gewählten Zweiten Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, der gehört ja der ÖVP an, dass Sie sich sehr wohl überlegen, welche Strategien in der Form gemacht werden oder meinen Sie vielleicht, dass man mit dieser Aussage so quasi diese Region sterben lässt, schön still und leise, ohne irgendeine passive Sanierung – die werden eh von selber hin, um das steirisch zu sagen –, das kann ja nicht sein, oder eine andere Strategie verfolgt wird mit der Landes- und Regionalplanung, mit den Regionen, so dass am Ende vielleicht doch die „Eisenstraße“ dem Schicksal selbst überlassen wird. Wir als Sozialdemokraten werden hier sicherlich nicht aufhören, laut genug zu schreien. Wir haben noch die Möglichkeiten, bevor dieses LEADER-Programm beschlossen wird, denn wenn es einmal im Landwirtschaftsministerium in Wien beschlossen wird, gibt es keine Möglichkeit mehr. Nützen wir die Chance und die Zusage der Kommission in Nizza, dass wir hier noch Änderungen herbeiführen können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.10 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (11.11 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meines Wissens ist erstens für die Landes- und Regionalplanung Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl zuständig und zweitens wurden die angesuchten LEADER-Projekte bewertet, aber nicht gereiht und die Bewertung ist von einer Steuerungsgruppe durchgeführt worden, und nicht von der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, damit das da an Ort und Stelle einmal klargestellt wird; ihr irgendeine Schuld zuzuweisen, die sie nicht hat, ist unfair.

Zum Herrn Kollegen Hagenauer, im Hinblick auf EU-Osterweiterung. Wir betreiben da keine Süßereien oder wie er gesagt hat, eine Scheinheiligkeit, sondern wir sehen dieser Osterweiterung nüchtern ins Auge. Und zum Wasser, lieber Herr Kollege, wir verschleppern unser Familiensilber sicher nicht, da brauchst du keine Angst haben, denn wir wissen genau, was uns dieses Wasser bedeutet und Herr Landesrat Pörtl hat in der Regierungssitzung am 4. Dezember 2000 ein Projekt eingereicht zur Evaluierung von Quellaufnahmen an Joanneum

Research, also wir schauen darauf und gehen mit unserem Wasser sehr, sehr sorgfältig um, damit das auch klar gestellt ist, weil wir vor allen Dingen in den ländlichen Regionen wissen, was es bedeutet, wenn man ein gutes und gesundes Trinkwasser hat. Das ist für uns Steirerinnen und Steirer was Schätzbare und hat einen unvorstellbaren Wert, damit das auch klargestellt ist.

Aber ich bin eigentlich herausgegangen, um einige Diskussionsbeiträge zum zweiten und dritten Vierteljahresbericht zu bringen. Vielleicht ein paar allgemeine persönliche Bemerkungen zum Thema EU. Wir sagen immer, Europa ist das größte Friedensprojekt des 21. Jahrhunderts und uns geht es vor allem um ein Europa der Menschen, und nicht der Regionen. Und ich kann mich noch genau erinnern, wie ich mich vor der EU-Abstimmung zu Wort gemeldet und gesagt habe, wenn ich kurzfristig denke und nach dem Bauch, sprich nach dem Gefühl entscheide, müsste ich gegen Europa sein. Wenn ich aber die Vernunft mitdenken lasse und mich daran erinnere, wie mein Vater, der sechseinhalb Kriegsjahre mitgemacht hat, mit Schaudern von diesem grauslichen Krieg erzählt hat, dann muss es unser gemeinsamer Wunsch sein, dass wir in Europa nie wieder Krieg erleben müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Selbstverständlich, meine geschätzten Damen und Herren, ist in Europa nicht alles Gold, was glänzt. Wir mussten – und das trifft besonders auch auf die Landwirtschaft zu – so manche Überraschung und ehrlich gesagt auch Enttäuschung hinnehmen. Ich bin aber auch überzeugt, dass wir diese Probleme, die wir haben, auch im Alleingang nicht bewältigen hätten können. Das gemeinsame Europa ist immer wieder einem ständigen Lernprozess unterworfen. Das Jahr 2000, das Jahr der Sanktionen, hat uns das eindeutig bestätigt. Europa bedeutet für uns Chance und Risiko zugleich.

Im Kapitel III des zweiten Vierteljahresberichtes wird auch über die Auswirkungen der EU-Strukturpolitik auf Österreich berichtet. Die Zahlen sind nicht die neuesten, sie kommen von Ende 1999. Trotzdem können wir behaupten, dass sich die EU-Strukturpolitik auf Österreich positiv ausgewirkt hat.

Wir können voll Stolz feststellen, dass wir in Österreich und in der Steiermark die neuen Chancen, die sich uns geboten haben, bestens genützt haben.

Bis zum 31. Dezember 1999 wurden Strukturfondsmittel in der Höhe von 17,7 Milliarden Schilling nach Österreich überwiesen. Das sind 77 Prozent des Gesamtrahmens. Und mindestens 73 Prozent des Gesamtvolumens an Fördermitteln waren zu diesem Zeitpunkt, also vor einem Jahr, bereits ausbezahlt.

Im Rahmen des EFRE, des Regionalfonds, wurden in diesen Unterprogrammen bis Ende 1998 – das ist eine noch ältere Zahl – 11.000 Projekte gefördert und 15.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Wir haben auch in der Steiermark diesen Regionalfonds mit genützt. Wir haben – und das ist manchen, glaube ich, noch nie bewusst oder noch immer nicht bewusst – in der Steiermark den höchsten Zuwachs an Arbeitsplätzen seit zehn Jahren. Wir haben in der Steiermark, seit Frau Landeshauptmann Klasnic im Amt ist, 40.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist eine großartige Leistung und ich bedanke mich bei dir, Frau Landeshauptmann, dass wir das geschafft haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Steirerinnen und Steirer – und darauf sind wir stolz – haben am 15. Oktober eindrucksvoll unsere Arbeit bestätigt. Leistung ist belohnt worden, Gruselgeschichten wurden endgültig abgelehnt und die rote Karte wurde zur Retourkutsche.

Über die Gemeinschaftsinitiative INTERREG wurde der Anstoß zur Schaffung neuer grenzüberschreitender Partnerschaften gegeben. Nicht nur auf Projektebene, sondern auch auf Ebene der Verwaltung ist INTERREG für uns eine Chance.

Und LEADER ist schon erwähnt worden. Da haben wir unsere langjährigen Erfahrungen eingebracht. Im Rahmen von LEADER Österreich wurden 31 Aktivitäten unterstützt.

In der Steiermark sind es sieben LEADER-Gruppen bis jetzt gewesen, die Gesamtinvestitionen von über 200 Millionen Schilling getätigt haben. Ich möchte nur als positives Beispiel die LEADER-Gruppe Kraftspendedörfer Joglland erwähnen, wo es uns gelungen ist Gemeinden zusammenzuführen, damit sie auch gemeinsam arbeiten.

In den Ziel-5 b-Gebieten haben wir in der Programmperiode 2000 bis 2005 320 Gemeinschaftsprojekte gefördert. Eine Milliarde Schilling wurde bereits ausbezahlt. 8800 Personen haben sich in diesen Projekten beteiligt. 2000 bäuerliche Arbeitsplätze wurden damit abgesichert und 250 neu geschaffen. Neue Netzwerke wurden möglich, Bauern und Gastwirte arbeiten gemeinsam. 45 Dorfentwicklungsprojekte haben eine Weiterentwicklung in unseren ländlichen Dörfern, in unseren Gemeinden gewährleistet.

Betreut wurden diese Projektteams vom ILE-Team Steiermark. Unter dem Motto „Idee – Lösung – Erfolg“ wurde gute Arbeit geleistet. Ich möchte mich an dieser Stelle einmal beim ILE-Team der Steiermark an der Spitze mit der Geschäftsführerin, Frau Dr. Leßlumner, recht herzlich bedanken.

Es wurde gute Arbeit geleistet und das wurde vom Rechnungshof bestätigt. Sieben Rechnungshofprüfungen haben die ordnungsgemäße Arbeit eigentlich anerkannt.

Was für uns auch besonders wichtig war, in der vergangenen Periode, bei den 5 b-Mitteln wurde auch die Kofinanzierung von der Landesregierung, an der Spitze mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Herrn Landesrat Erich Pörtl, sichergestellt. Ich bedanke mich, dass dies möglich war.

Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft mit unserem ILE-Team die Projektbetreuung in den ländlichen Regionen der gesamten Steiermark durchführen können.

Die Steiermark bekommt in Zukunft mehr Geld für die Regionalförderung. Wir sind das einzige Bundesland, wo das möglich war und das war durch das kluge Verhandlungsgeschick von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic möglich. Auch dir hier einen herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Trotz der vielen Probleme, meine Damen und Herren, haben wir für die Zukunft auch Hoffnungen. Es hängt von uns ab, ob wir aus Problemen Chancen machen. Es hängt von uns ab, ob wir unsere Mitmenschen motivieren können.

Eines ist für mich immer sicher und das sage ich auch immer wieder: „Hinterm Ofen sitzen und jammern ist keine Zukunftsbewältigung. Wer die Chancen von heute nicht ergreift, wird das Morgen nicht bewältigen.“ Greifen wir gemeinsam unsere Chancen an, arbeiten wir miteinander, damit wir in der Steiermark eine sehr erfolgreiche Zukunft haben.

Ich habe noch zwei Minuten und weil es so besonders aktuell ist und weil es vor allen Dingen ganz Europa betrifft, ein paar Sätze zu BSE.

Ich glaube, der Rieser Peter und ich sind die einzigen von den 56, die da herinnen sitzen, die noch Rinder im Stall haben. Und wie üblich – und ich gehe gerne in der Früh alle Tage in den Stall – bin ich heute in der Früh hineingegangen und nach dem Film gestern über die Tiertransporte habe ich mir gedacht, hat das alles noch einen Sinn? Hast du noch Freude an der Landwirtschaft? Ich habe diese 22 Rinder betrachtet und habe mir gedacht, haben die überhaupt noch einen Wert? Was wird jetzt eigentlich alles auf dem Rücken der Bauern ausgetragen?

Wir haben uns in der Steiermark immer bemüht, gesunde Tiere zu haben. Wir haben in der Steiermark seit dem Jahr 1990 die Verfütterung von Tiermehl an den Wiederkäuer verboten. Herr Hofrat Köfer bemüht sich intensiv mit seinem Team alles zu tun, damit in der Steiermark nichts passiert. Und was ist die raue Realität? Die Preise fallen und Gasthausbetriebe – ich sage das jetzt sehr kritisch – rühmen sich, wenn sie kein Rindfleisch mehr anbieten. Ja, meine geschätzten Damen und Herren, wo sollen wir unser Fleisch hingeben? Kann das der richtige Weg sein, wenn zwei Drittel der Menschheit hungert und wir unter Umständen, um Marktentlastungsmaßnahmen durchführen zu müssen, unsere Tiere aus dem Stall treiben und dann verbrennen müssen? Das kann nach meiner Sicht nicht der richtige Weg sein.

Wo soll dann noch ein junger Bauer Freude am Beruf Bauer haben? Für mich ein großes Fragezeichen.

Wir werden alles in der Steiermark tun, damit wir vor BSE verschont bleiben und der Herr Landesrat sagt das auch, wir können aber nicht garantieren.

Ich appelliere aber auch an die Vernunft meiner bäuerlichen Berufskollegen, jene Futtermittel einzusetzen, die uns garantieren, dass da nichts drinnen ist und dass nichts passiert, sonst schädigen wir uns selbst.

Ich appelliere aber auch an die Konsumenten, vertraut unseren steirischen Bauern, vertraut dem steirischen Rindfleisch, das in steirischen bäuerlichen Betrieben erzeugt wird und vor allen Dingen, das mit steirischem Futter gefüttert wird. Und ich ersuche Sie auch zu Weihnachten auf das steirische Rindfleisch nicht zu verzichten im Interesse unserer Bauern, aber auch im Interesse, dass es ohne Grünland keinen Tourismus gibt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.21 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem Abgeordneten Straßberger das Wort erteile, hat sich der Abgeordnete Gennaro zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro (11.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Riebenbauer, es ist eine Unterstellung, wenn du hier meinst, dass ich gemeint habe, die Frau Landeshauptmann Klasnic, sie hätte diese Prioritätenreihung vorgenommen. Du hast nämlich ein Problem, du kannst nicht zuhören. Und wenn du das Wort „Klasnic“ hörst, rastest du schon aus und vergisst die Objektivität. (Abg. Riebenbauer: „Ich freue mich, wenn ich es höre!“)

Vielmehr und wahr ist, dass ich gemeint habe und sogar die Frau Landeshauptfrau gelobt habe, weil sie anlässlich des Ledersprungs bei der Barbarafeier am 2. Dezember eine positive Meinung abgegeben hat und ein Bekenntnis zur Region in Eisenerz. Und meine Frage war, auf Grund einer Strategie einer Einschätzung der Landesverwaltung und ich zitiere noch einmal, dass hier in eine Region am Ende ihres Lebenszyklus investiert werden soll, war meine konkrete Frage, ob sie als zuständige Landeshauptfrau nach ihrem Bekenntnis diese Meinung teilt.

Das ist die tatsächliche Berichtigung, aber keine Unterstellung, lieber Freund Riebenbauer. (Beifall bei der SPÖ. – 11.22 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Abgeordneter Straßberger. Herr Abgeordneter Straßberger, ich erteile dir das Wort.

Abg. Straßberger (11.23 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Damen und Herren, Hohes Haus!

Nachdem ich in dieser Legislaturperiode in diesem Ausschuss, in dem so genannten EU-Ausschuss mitarbeiten darf, muss man sich natürlich am Beginn vermehrt der Sache annehmen.

Ich darf vorweg einmal eine Feststellung treffen. Mit diesen beiden Berichten, dem zweiten und dem dritten Vierteljahresbericht, habe ich mich sehr intensiv beschäftigt. Ich darf den Verfassern, und da soll ein Herr Dr. Moser federführend sein, aber allen, die hier mitgearbeitet haben, einmal von meiner Seite auf das Allerherzlichste danken!

Es ist hier super recherchiert worden. Meine ursprüngliche Meinung war, ob die Herrschaften bei den einzelnen Sitzungen in Brüssel und Straßburg dabei waren, das war nicht der Fall, aber es ist eine hervorragende Unterlage. Lassen Sie mich noch einige Gedanken zu Nizza anbringen und ich gebe schon zu, dass vielleicht dieses Haus hier nicht unbedingt der richtige Platz ist. Aber eines, meine Damen und Herren, möchten wir hier schon festhalten, grundsätzlich war es ein Erfolg und vor allem, was mich als Obersteirer sehr, sehr freut, ist, dass die Einstimmigkeit betreffend der Wasserressourcen geblieben ist. Sie wissen, in Lissabon war dies schon sehr akut, aber in Nizza ist das ganz klipp und klar festgehalten worden und ich darf hier unseren Verhandlern, an der Spitze unserem Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, sehr herzlich danken, denn wir alle wissen genau, was das Wasser als unser wichtigstes Lebenselement für uns bedeutet, wobei einzelne Gedankengänge in Bezug auf Wasserbewirtschaftung und dergleichen in unterschiedliche Richtungen gehen.

Zur LEADER-Sache lassen Sie mich schon eines sagen – und, lieber Kurtl Gennaro, ich kenne diese Situation auch und gerade die steirische Wasserstraße aus den Bezirken Mürzzuschlag und Bruck, die auch ein Projekt vorgelegt hat und wir sind auch nicht sofort unter die Bestgereihten gekommen. Es hat halt hier auch Adaptierungen gegeben und es ist noch einiges zu tun und es wird eben nach einem strengen Maßstab vorgegangen. Ursprünglich war ich auch nicht sehr zufrieden, ich sage das ganz offen, aber letztendlich gibt es halt Kriterien, die man einhalten muss, ob jetzt die Region zu groß ist oder ob die Projekte den Vorschriften und den Richtlinien entsprechen; hier haben Schuldzuweisungen nicht viel Sinn, hier muss man einmal vor der eigenen Türe kehren und schauen, ob diese Richtlinien auch eingehalten worden sind.

Lassen Sie mich heute aber auch noch einige Gedanken zu den Regionalmanagements sagen. Das Regionalmanagement Ost in unseren drei Bezirken Leoben, Bruck und Mürzzuschlag – es sind jetzt fünf Jahre vorbei – ich glaube, alle, die ursprünglich dabei waren, die diese Institutionen installiert haben, werden mir vielleicht Recht geben, zumindest in einigen Regionen war die Aufgabenstellung ganz anders als sie jetzt ist. Auch die Situation hat sich geändert und gerade in der Obersteiermark Ost. Wir haben jetzt eine neue Managerbesetzung und ich glaube, man muss für die nächsten fünf Jahre neue Arbeitsziele definieren. Ich sage das ganz offen und meine auch, dass hier gewisse Leistungspakete enthalten sein müssen. Es kann nicht angehen, dass in der Zukunft diese Institutionen, die letztendlich doch ganz schöne Mittel verschlingen, das möchte ich betonen, den neuen Herausforderungen nicht dementsprechend Rechnung tragen. Wir sind gerade dabei in der Region Obersteiermark Ost, neue Zieldefinitionen für den Aufgabenbereich des Regionalmanagements zu erstellen.

Wenn immer gesagt wird, es wird das Geld von Brüssel nicht abgeholt. Auf Seite 50 dieses Berichtes ist eine Aufstellung und gerade im Ziel-2-Gebiet, Mürz- und Murtaal, sind von 1,4 Milliarden 811 Millionen Schilling bis August 2000 letztendlich abgeholt worden und viele, viele Projekte sind noch offen, das heißt, sie sind noch in Bearbeitung. So meine ich, dass man hier sehr wohl sehr wach war und dass man diese Mittel abgeholt hat. Man hat immer geglaubt, von der EU gibt es den Geldfluss, man braucht nur den Hahn aufzudrehen und dann sind die Mittel schon da. Nein, hier hat es auch eine Bewusstseinsbildung in Hinsicht der Projekterstellungen gegeben.

Zum Abschluss möchte ich noch ganz kurz zu dem zweiten Bericht kommen und Kollege Riebenbauer hat hier gemeint, es steht auch drinnen, zum Schutz der Tiere beim Transport und er hat gemeint, er war heute in der Früh in seinem Stall und hat da 22 Viecher angeschaut, wenn ich das so sagen darf, Franz. Ich habe gestern diese Sendung mit den Tiertransporten gesehen und diese schwedische Initiative, hier haben aber alle Länder alles daranzusetzen, dass derartige Situationen nicht mehr stattfinden. Der Lebendtiertransport, verehrte Damen und Herren, der muss meines Erachtens untersagt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Danke, ich möchte hier nicht provozieren, aber ich nehme hier wirklich eine kritische Haltung ein. Wir haben neue Technologien und über gewisse Entfernungen ist es für mich schon klar, dass man Tiere transportieren muss, aber doch nicht 50 Stunden. Bitte, das ist eine ganze Arbeitswoche mit zehn Überstunden und die Zustände dort oder da in den Waggons, auch wenn die Transportmittel neu sind, das ist nicht nur menschen-, sondern auch tierunwürdig. Ich glaube, hier hat die EU wirklich alles zu unternehmen, dass dieser Situation oder diesem Umding, ich sage das ganz deutlich, ein Ende gesetzt wird. Denn ich würde mir etwas anderes wünschen, und zwar wenn diese Tiere vor Ort geschlachtet würden, dann wären erstens unsere Schlachthöfe rundherum ausgenützt und zum Zweiten müssten die Prämien jene bekommen, die hier ihre Tiere schlachten lassen. Ich weiß schon, in der Dritten Welt gibt es gewisse Glaubensgeschichten und dergleichen, aber hier müsste man wirklich alles unternehmen, dass derartige Bilder – wie man gestern wieder einige Bilder gesehen hat – nicht mehr zu sehen sind und auf allen Ebenen beginnen, hier entgegenzuwirken.

In diesem Sinne darf ich mich nochmals für die Erstellung dieser beiden Berichte herzlich bedanken und es würde jedem gut tun, wenn man sie intensivst lesen würde. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.31 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist einstimmig angenommen.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend EU-Osterweiterung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Entschuldigung bitte, es wurde festgestellt, dass das nicht verstanden wurde. Es geht um den Entschließungsantrag der FPÖ. Die Damen und Herren, die dem ihre Zustimmung geben, bitte um ein Zeichen mit der Hand. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Tun wir so lange abstimmen, bis es passt?“)

Nein, es dürfte ein Missverständnis vorliegen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist von der Geschäftsordnung her ungewöhnlich! Wir haben abgestimmt und es war nicht die Mehrheit und jetzt wollen Sie noch einmal abstimmen! Ich muss schon sehr bitten!“)

Meine Damen und Herren, es war für manche nicht ersichtlich, dass die Damen und Herren diesen Antrag verstanden haben. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Auf Zuruf! Ungebührlich!“)

Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass er nicht verstanden wurde. Aber es ist somit erledigt. Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt.

4. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 10/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 1999 des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (11.34 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf die wichtigsten Positionen des Tätigkeitsberichtes 1999 des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds zur Kenntnis bringen.

Zum allgemeinen Teil: Das Jahr 1999 war eine Konsolidierungsphase ohne wesentliche LKF-Entwicklungsschritte. Insbesondere muss das Fehlen einer leistungsgerechten Ambulanzabgeltung als Problem gesehen werden. Auch gab es in der Schnittstellenproblematik zwischen dem intra- und extramuralen Bereich keinen entscheidenden Fortschritt. Österreichweit wurde ein Arbeitskreis „Gesundheitsplanung“ eingerichtet, um eine optimale Kapazitäts- und Leistungsangebotsstruktur zu planen. Und auf Landesebene wurde die Intensivbepunktung auf die tatsächlichen Leistungsberichte umgestellt.

Zu den Leistungsdaten ein paar Bemerkungen:

Insgesamt wurden 280.830 Datensätze bearbeitet. Es wurden 6,764 Milliarden Schilling an die Fonds-krankenanstalten überwiesen, 1998 waren es zum Beispiel 6,605 Milliarden Schilling. 170 Millionen Schilling wurden an die Rechtsabteilung 7 für strukturverbessernde Maßnahmen überwiesen. 20 Millionen Schilling gingen an Projekte im Bereich der extramuralen Psychiatrie. 9,234 Millionen Schilling wurden für das Projekt „Stationäre Palliativpflege“ verwendet. 2,216 Millionen Schilling gingen an das Projekt mit der Joanneum Research Forschungsgesellschaft. Und für ausländische Gastpatienten wurden 41,93 Millionen Schilling vorfinanziert. Noch ausständig waren zum Berichtszeitpunkt rund 35,196 Millionen Schilling.

Zur Krankenhausstatistik: Es gibt insgesamt 8208 systemisierte Betten, 7536 tatsächlich aufgestellte Betten, 280.629 stationäre Patienten, insgesamt 2,200.012 Belagstage und eine durchschnittliche Verweildauer von 7,84 Tagen sind hier festzustellen.

Ich darf bitten, diesen Tätigkeitsbericht 1999 so wie er vorliegt zur Kenntnis zu nehmen. Danke! (11.37 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Der Antrag ist einstimmig angenommen!

Bei den Tagesordnungspunkten 5 und 6 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 9/1, betreffend die Ermächtigung der Landesregierung zur Fortführung des Landeshaushaltes im Rahmen des Voranschlages 2000 für den Zeitraum vom 1. Jänner 2001 bis 30. April 2001.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (11.39 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend die Ermächtigung der Landesregierung zur Fortführung des Landeshaushaltes im Rahmen des Voranschlages 2000 für den Zeitraum vom 1. Jänner 2001 bis 30. April 2001.

Wegen der erst am 15. Oktober 2000 durchgeführten Landtagswahlen ist es im Hinblick auf die allenfalls mögliche Veränderung in der Geschäftsverteilung und zur Ermöglichung der Berücksichtigung des neuen Finanzausgleichsgesetzes 2001 sowie der Umsetzung notwendiger struktureller Budgetkonsolidierungsmaßnahmen hinsichtlich der Einhaltung des Maastricht-Defizites zweckmäßig, die Landesregierung gemäß Paragraph 16 Absatz 3 des L-VG 1960 durch den Landtag zu ermächtigen, den Landeshaushalt in der Zeit vom 1. Jänner 2001 bis 30. April 2001 vorerst in Form eines Budgetprovisoriums im Rahmen des Voranschlages 2000 fortzuführen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 9. Oktober 2000 den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird für die Zeit vom 1. Jänner 2001 bis 30. April 2001 zur Fortführung des Landeshaushaltes im Rahmen des Voranschlages 2000 ermächtigt. Ich bitte um Annahme. (11.39 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 3/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2000 (fünfter Bericht für das Rechnungsjahr 2000).

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (11.40 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bringe den fünften Bericht betreffend über- und außerplanmäßige Ausgaben. Die Vorlage liegt Ihnen vor und ich stelle den Antrag, diese Vorlage anzunehmen. (11.40 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich nun der Herr Abgeordnete Straßberger, dann Gennaro, damit gleich die Reihenfolge feststeht.

Abg. Straßberger (11.40 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, liebe Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Diese Vorlage ist natürlich ganz wichtig und notwendig und ich habe das in meiner Berichterstattung sehr ausführlich dargestellt, dass wir eine Fortschreibung des Voranschlages 2000 bis 30. April 2001 brauchen, um auch nach dem 31. Dezember 2000 Mittel für unser Land frei zu bekommen.

Es wird in der letzten Zeit immer wieder diskutiert und es ist auch heute in den vorgehenden Punkten angesprochen worden, das Tempo, muss das alles so schnell gehen und ist es gerechtfertigt, was hier getan wird und auch auf bugetärer Ebene. Sehr wohl, verehrte Damen und Herren, alle Experten sagen und behaupten und bestätigen, dass das Nulldefizit, das angestrebt wird im Jahr 2002, gerechtfertigt ist. (Abg. Stöhrmann: „Bestreitet keiner, Josef!“)

Herr Bürgermeister Stöhrmann, du kommst dann da heraus.

Aus dem Bericht hier zur Europäischen Union geht hervor, es hat auch die Tagung des Rates betreffend Wirtschaft und Finanzen stattgefunden und die sagen dort eindeutig: „Ab 2001 Budgetsanierung rasch und radikal.“ Das deshalb, dass mittelfristig das Ziel des Stabilitätspaktes eben zu erreichen ist. Die Diskussion über das Stabilitätsprogramm schaut so aus, dass zwei Aspekte negativ sind und zwei Aspekte positiv.

Gehen wir zuerst zu den positiven. Und zwar dass es gutgeheißen wird und wurde, die Erfüllung des Verhaltenskodex und zweitens, dass die Maßnahmen betreffend Strukturreform in Angriff genommen wurden.

Das Negative in diesem Bericht ist, dass die Schuldenquote nicht stabilisiert wurde und vor allem dass die Verringerung des Haushaltsdefizites zu langsam passiert ist.

Verehrte Damen und Herren, wir haben das auch in der Steiermark. Wir haben nun Änderungen in den Ressorts und Geschäftsverteilungen, es ist heute schon diesbezüglich gesprochen worden. Es ist einfach eine neue Situation in vielen Bereichen und hier braucht man Zeit, um genau feststellen zu können, wie es bisher gelaufen ist, was ist zu ändern, um die Richtlinien, die Budgetziele auch auf Landesebene zu erreichen. Es hat hier schon sehr viele Dinge gegeben, die wir hier im Landtag immer wieder gefordert haben. Ich kann mich erinnern, es war auch oft nicht sehr angenehm und ich habe mit Herrn Landesrat Ressel seinerzeit des Öfteren gecatcht, wenn ich das so sagen darf. Wir haben einfach nicht gewusst, wie der Vollzug unseres Landeshaushaltes passiert. Wir haben den Rechnungsabschluss vorgeknallt bekommen, meistens so spät – am Beginn meiner Arbeit hier ab 1994 – gemeinsam mit dem neuen Budget. Dann haben wir den Rechnungsabschluss etwas früher bekommen, aber letztendlich war es so, dass wir vor die vollendeten Tatsachen gestellt wurden, wie viel Bedarfszuweisungsmittel, wie viel Einnahmen und, und, und, aber auch wie viel Ausgaben und Überziehungen hier stattgefunden haben.

Was wir gefordert haben hat nie stattgefunden. Es ist nun ein politischer Vorzeichenwechsel in diesem Ressort passiert. Ich bin überzeugt, dass das in der Zukunft anders passiert. Ich sage das auch zu meinem Finanzlandesrat, ich kann von anderen nicht mehr verlangen, als ich selbst imstande bin und er wird uns sehr wohl in gewissen Abständen – zusätzliche Beschäftigungstherapien wollen wir hier auch nicht aufbauen – den Landtag informieren, wie der Vollzug, aber vor allem wie die Geschäftsgebarung des Landeshaushaltes vor sich geht. Wir sind natürlich auch gefordert und wenn ich mir heute diese Liste von den Anträgen angeschaut habe und was man so hört, was alles kommt, sind wir sehr gefordert, dass wir letztendlich auch unsere Zahlen – ich darf das sagen – einhalten. Es wurde auch berichtet, dass Österreich das einzige Land ist, das wahrscheinlich bis 2002 den Referenzwert nicht einhalten kann. Die Empfehlung ist ja an alle Länder gegangen, bis 2001 auch ihre Haushalte so zu sanieren, damit sie im Rahmen liegen. Wir haben das Glück, dass wir eine hervorragende Wirtschaftskonjunktur haben und ich glaube, nur dann kann man solche gravierende Strukturreformen, die notwendig sind, machen, und nicht in einer Talbewegung.

Es ist auch sehr kritisch aus Brüssel gekommen oder von der Europäischen Union, wie man das auch immer nennen mag, dass durch die Strukturreform 1996/97 gewaltige Einnahmen geflossen sind. Wir haben oft und lange hier in diesem Hause diesbezüglich geredet, es sind hier wirklich auf der Einnahmenseite viele, viele Mittel geflossen, die nicht vorhersehbar waren. 1998/99 ist dieser Mittelfluss abgeflacht und letztendlich ist es so, dass man sich nicht bemüht hat 1998/99 auch bei der Ausgabenseite etwas abzufachen, sondern dort auf Bundesebene in gleicher Art und Weise ausgegeben hat. Und das ist natürlich das ganz große Problem, dass wir im Land Steiermark dem Bund gegenüber auch einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten haben. So wie auch alle Gemeinden. Wir wissen schon, diese Daten sind kaum ersichtlich, wir haben seinerzeit die 0,3 Prozent gehabt und da hat jeder gesagt, ja bei mir nicht, aber beim Nachbarn schon. Ich meine daher, dass es hier auch auf Landesebene ganz, ganz wichtig ist und ich möchte das ein bisschen überspitzt sagen, wenn man ein Ressort nach so langer Zeit bekommt, einen Kassasturz macht und einmal schaut, wie schaut es aus, was ist alles los. Denn ich kenne aus meiner Tätigkeit in der Gemeindepolitik sehr genau, was ein guter Finanzreferent oder Gemeindegeldkassier ist oder was ein schlechter ist. Es ist schon klar, der braucht immer wieder ein Körbergeld – nicht für sich, bitte das nicht falsch zu verstehen –, sondern es kommen dann immer wieder Anliegen, für die man immer Mittel in Reserve haben soll. Aber letztendlich bei so einer gravierenden Umstellung, wie sie jetzt ist, muss man hergehen und einmal genau dieses Budget von A bis Z und von oben bis unten durchleuchten. Unser neuer Finanzlandesrat ist an der Arbeit und wir hoffen, dass wir dann im April das Budget zusammenkriegen und bis dorthin müssen wir jetzt einmal das Provisorium beschließen. Ich bitte, diesem Antrag oder dieser Vorlage um Verlängerung bis 30. April 2001 zuzustimmen. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 11.50 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (11.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf namens der sozialdemokratischen Fraktion zum Tagesordnungspunkt folgenden Entschließungsantrag einbringen:

Der Steiermärkische Landtag hat in der letzten Legislaturperiode mehrfach gefordert und auch entsprechende Anträge eingebracht (zum Beispiel Einl.-Zahl 439/5 am 22. September 1998), dass die Steiermärkische Landesregierung in regelmäßigen Abständen den Landtag über den Stand des Budgetvollzuges zu informieren hat. Der Finanzreferent hat mit Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 439/7, vorgeschlagen, den Steiermärkischen Landtag jeweils nach Ablauf des zweiten beziehungsweise vierten Kreditsechstels des Vollzuges des Landesvoranschlags, also vor dem Sommer und im Herbst jedes Jahres über den Stand des Budgetvollzuges zu informieren.

Die Steiermärkische Landesregierung hat daher mit GZ. 10-21.V00-100/35-2000 eine Landtagsvorlage diskutiert, womit dem Steiermärkischen Landtag ein Bericht über den Stand des Budgetvollzuges sowie das voraussichtliche Maastricht-Ergebnis im Haushaltsjahr 2000 zugeleitet hätte werden sollen. Diese Vorlage konnte aber gegen eine ÖVP-FPÖ-Mehrheit nie beschlossen und somit im Landtag nicht diskutiert werden. Diesem Regierungssitzungsstück ist zu entnehmen, dass prognostizierten Maastricht-relevanten Verschlechterungen von rund 340 Millionen Schilling gegenüberstehen, so dass Mitte des Jahres absehbar war, dass anstelle des im Landesvoranschlag budgetierten Maastricht-Defizits ein Maastricht-Überschuss von über 300 Millionen Schilling für den Rechnungsabschluss dieses Jahres erreichbar schien.

Eine weitere Regierungsvorlage, die gemäß dem Vorschlag des früheren Finanzreferenten den Landtag über den Budgetvollzug bis zum September dieses Jahres hätte informieren müssen, wurde vom neuen Finanzreferenten dem Steiermärkischen Landtag bislang nicht übermittelt.

Da der Steiermärkische Landtag sein Recht auf umfassende Information über den Stand des Budgetvollzuges auch in Zukunft wahrnehmen will, wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens dem Steiermärkischen Landtag unverzüglich darüber Bericht zu erstatten, wie sich der Budgetvollzug des Jahres 2000 entwickelt, insbesondere darüber, ob der zu Halbjahr dieses Jahres prognostizierte „Maastricht-relevante“ Budgetüberschuss realisiert werden kann, zweitens den Steiermärkischen Landtag unverzüglich darüber zu informieren, wie auf Grund des Budget-Crash-Kurses der ÖVP-FPÖ-Koalition im Bund die Richtlinien zur Erstellung der steirischen Landesvoranschläge

2001 und 2002 (es fehlen immerhin rund 4 Milliarden Schilling) aussehen werden und wie die Budgeterstellung ohne Tricks funktionieren können wird, drittens den Steiermärkischen Landtag gemäß dem vorliegenden Vorschlag des früheren Finanzreferenten auch in Zukunft zumindest zweimal jährlich (nach Ablauf des zweiten beziehungsweise des vierten Kreditsechstels) über den Budgetvollzug des laufenden Jahres zu informieren.

Herr Präsident, ich ersuche Sie auch um punktuelle Abstimmung, vielleicht kann der eine oder andere Punkt eine mehrheitliche Unterstützung finden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.53 Uhr.)

Präsident: Danke!

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (11.53 Uhr): Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Sie wissen ja, dass es durch die Landtagswahlen natürlich nicht möglich war, sofort ein Budget aufzulegen, denn es haben sich ja einige Ressortverschiebungen ergeben und da bedarf es natürlich eines sehr genauen Kassasturzes, um wirklich ein sparsames, wirtschaftlich effizientes Budget zu erstellen.

Nachdem wir ja das Wirtschaftsland Nummer eins sind und dieses ja auch in Zukunft bleiben wollen, werden wir uns natürlich sehr bemühen, dies in diesem Sinne auch fortzuführen. Ein besonderes Augenmerk sollte man auf die neuen Technologien legen. Beziehungsweise hat es Landesrat Paierl ja bereits vorgemacht, dass man wirtschaftliche Vernetzungen erreichen kann, indem man zum Beispiel einen Automobilcluster bildet. Aber neue Internettechnologien verändern natürlich unsere ganze Welt und das stellt die Triebfeder eines globalen Wirtschaftswachstums für die Zukunft sicherlich dar. Und darum, wenn wir uns anschauen, welcher relativ leichte Zugang wir zum Internet haben, wird ja die große weite Welt zu einem kleinen globalen Dorf. Und diesbezüglich ist es für uns auch sehr wichtig, im Budget Unterlagen und Ähnliches ordnungsgemäß aufzubereiten.

Auch das Wort Sparen ist ja bereits gefallen. Aber diesbezüglich werden sicherlich auch neue Finanzierungsschritte in Richtung Privatisierungen notwendig sein.

Auch ein wichtiger Aspekt war eine Umorganisation der diversen Gemeindeförderungen, die jetzt nach objektiven Kriterien aufgeteilt wurden. So entstand ein Verteilungsschlüssel, der sich nach Fläche, Bevölkerung, Ertragsanteilsaufkommen und Finanzkraft orientiert. Damit sichern wir natürlich die Bewegungsfreiheit unserer Gemeinden.

Für die Erstellung des Budgets ist auch das Finanzierungsausgleichsgesetz heranzuziehen, denn Sie wissen ja, dass für die Konsolidierung des Bundeshaushalts ein Landesbeitrag zur Verfügung gestellt werden muss.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Entschließungsantrag seitens der SPÖ eingehen. Sie haben da einen Maastricht-Überschuss von 300 Millionen prognostiziert. Wir würden uns sehr darüber freuen, aber es wird eher eher ausgeglichen bilanziert werden, aber sicher nicht auf diesen großen Überschuss hinauslaufen.

Ja, es wäre für mich auch als Neuer im Landtag sehr interessant gewesen, vom alten – womit ich natürlich nicht das Alter meine – Finanzreferenten Unterlagen bezüglich des Budgetvollzuges bis zum September zu bekommen, aber leider ist mir bis heute diesbezüglich nichts gegeben worden. Und ich habe mich dann in meiner eigenen Partei erkundigt und gehört, dass man das jahrelang gefordert hat, aber bis jetzt noch nicht bekommen hat.

Aus diesem Grunde möchte ich einen eigenen Entschließungsantrag mit den Kollegen Straßberger und Wiedner stellen, der folgend lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens dem Steiermärkischen Landtag möglichst rasch darüber Bericht zu erstatten, wie sich der Budgetvollzug des Jahres 2000 entwickelt, insbesondere darüber, ob der zu Halbjahr dieses Jahres prognostizierte „Maastricht-relevante“ Budgetüberschuss realisiert werden kann, zweitens den Steiermärkischen Landtag darüber zu informieren, wie die Richtlinien zur Erstellung der steirischen Landesvoranschläge 2001 und 2002 aussehen werden und wie die Budgeterstellung gehandhabt wird und drittens den Steiermärkischen Landtag auch in Zukunft zumindest zweimal jährlich (nach Ablauf des zweiten beziehungsweise des vierten Kreditsechstels) über den Budgetvollzug des laufenden Jahres zu informieren. (Beifall bei der ÖVP. – 11.58 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wiedner, bitte.

Abg. Wiedner (11.58 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf gleich beginnen mit dem Entschließungsantrag, der vom Kollegen Gennaro vorgestellt wurde. Die Frau Kollegin Koller hat es schon gesagt, dass wir diesem Antrag nicht beitreten, weil speziell auf Grund des zweiten Punktes, von wegen Crashkurs und weiß Gott was alles, lieber Kurtl Gennaro, auch wenn ihr es nicht hören wollt, ihr habt das Budget in einen Crashkurs hineingeführt und wir müssen jetzt draußen auf Bundesebene alle Maßnahmen setzen und alle Anstrengungen setzen, dass das Budget wieder in Ordnung gebracht wird. Und bei Unterstellungen, bei denen spielen wir nicht mit. Wir haben einen eigenen Antrag. Wir unterstützen diesen Antrag der ÖVP. Das war immer ein Anliegen von uns, bessere Informationen über das Budget, über den Budgetvollzug zu bekommen, aber auch einen Ausschuss – auch das war unsere Forderung – zu bilden,

welcher den Budgetvollzug überwacht. Aber dazu hat sich der ehemalige Landesfinanzreferent, der sich jetzt verabschiedet hat und irgendwo in der Wirtschaft tätig sein soll, nie hinreißen lassen. Leider! Jetzt wird es wahrscheinlich möglich sein. (Abg. Stöhrmann: „Wahrscheinlich!“) Sicher, ich bin mir sicher. Danke für den Einwand.

Wir haben heute drei Punkte auf der Tagesordnung, wo es auch, glaube ich, notwendig ist, ein paar Punkte zur Wirtschaft in diesem Lande zu sagen.

Die Wirtschaft ist natürlich abhängig und hier komme ich ein bisschen zurück zu dem, was am Anfang hier in diesem Hause diskutiert wurde, die Wirtschaft ist auch abhängig von der europäischen Entwicklung, von der Osterweiterung.

Hier darf ich schon feststellen und ich glaube, ich bin mit den meisten in diesem Hause einer Meinung, dass die Osterweiterung einen groben Eingriff in unsere Wirtschaft bildet, speziell in jenen Bereichen, wo es in die Grenzbezirke hineingeht, in jenen Bereichen, wo es um die Arbeitskräfte geht, in jenen Bereichen, wo es um die Landwirtschaft geht.

Ich möchte nicht unbedingt darauf eingehen – Herr Kollege Hagenauer ist ja wieder im Hause – auf die ganzen Bösartigkeiten möchte ich fast sagen, Herr Kollege Hagenauer, die Sie hier verbreitet haben. Hinsichtlich der Osterweiterung und hinsichtlich unseres Antrages waren hier wirklich Bösartigkeiten dabei. Wir verfolgen mit diesem Antrag den Schutz unserer Bevölkerung, den Schutz unserer Wirtschaft. Und das, lieber Herr Kollege Hagenauer, das wird wohl legitim sein, hier in diesem Hause zu machen.

Es geht dabei um das Lohnniveau, es geht um die Lkws, es geht um die Drogendiskussion und dass alles nicht so schön ist und alles nicht so akzeptiert wird von unserer Bevölkerung. Wir müssen jedoch auf das eingehen, was unsere Bevölkerung wünscht, was unsere Bevölkerung will. Wie erklären Sie sich, Herr Kollege, oder viele andere auch hier, dass fast 200.000 Österreicherinnen und Österreicher ein Volksbegehren unterschrieben haben für den Austritt aus der EU, hinter dem weder eine Partei noch eine Organisation gestanden ist? Ich will hier gar nicht urteilen über den Inhalt oder über die ganze Angelegenheit des Austrittes, aber es ist hier ein großes Unbehagen in der Bevölkerung, weil sonst würden nicht 200.000 Österreicher hingehen, sich deklarieren und unterschreiben ein Volksbegehren, das von keiner großen Organisation getragen wird, hinter dem keine große Werbemaschinerie steht und hinter dem keiner steht, der das weiß Gott wie groß gepusht hat.

Also, liebe Freunde, hier gibt es ein Ressentiment und das haben wir als Vertreter der Bevölkerung in diesem Hause zur Kenntnis zu nehmen und zu diskutieren. Das ist legitim.

Ich komme jetzt ein wenig zu der steirischen Wirtschaftsentwicklung. Man muss hier neidlos anerkennen, die Entwicklung ist eine gute, die Arbeitslage ist eine gute, nur, wir dürfen uns nicht auf Grund der Jubelberichte zurücklehnen und sagen, das war's. Das war's bei Gott noch nicht, wir müssen noch sehr, sehr viele Maßnahmen setzen. Und was immer ein Problem für mich darstellt ist die Tatsache, wir verlassen uns zu viel momentan auf unsere Clusterpolitik und wir verlassen uns viel zu viel auf den Automobilcluster. Wenn hier einmal etwas passiert, wenn hier ein Rückschritt passiert, dann kracht unsere ganze steirische Wirtschaft.

Ich würde ersuchen, dass man ein bisschen mehr auch auf den anderen Bereich der vielen Klein- und Mittelbetriebe schaut, hier auch mit den Förderungsmaßnahmen ein wenig einen anderen Weg geht und nicht nur jene Betriebe fördert, die neue Technologien bringen, sondern auch jene, die schon über Jahre und Jahrzehnte unsere Arbeitsplätze sichern, unsere Wirtschaft tragen. Wir sollen auch hier ein bisschen nachdenken, wie können wir denen helfen bei Investitionen oder bei Umstrukturierungen.

Wir sind momentan dabei, dieses Problem anzugehen und einen Vorschlag zu präsentieren. Es ist natürlich unseren fleißigen Unternehmern zu danken, dass wir eine so gute Wirtschaftslage haben. Es ist nicht die Politik, wie Kollege Riebenbauer jetzt so groß gesagt hat, seit wir Frau Landeshauptmann Klasnic an der Spitze haben, haben wir nur Arbeitsplätze geschaffen. Die Wirtschaft beziehungsweise die Unternehmer schaffen die Arbeitsplätze, bitte schön. Die Politik – und da sind wir uns einig, das haben wir schon lange genug diskutiert – ist jener Bereich, der die Rahmenbedingungen schafft und das wird auch auf Bundesebene unterstützt. Aber es geht nicht darum zu sagen, ja, weil es den und den an der Spitze gibt, deswegen gibt es so viele neue Arbeitsplätze. Das ist es sicherlich nicht. Die Politik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, das sage ich hier und das anerkenne ich, dass es gemacht wird in weiten Bereichen.

Aber ich möchte noch zu einem anderen Bereich unserer wirtschaftspolitischen Tätigkeit in den nächsten Jahren kommen und das ist die Situation des Arbeitskräftepotenzials. Wir haben auch im Bezirk eine längere Diskussion darüber geführt und auch hier ist das Hauptanliegen der Wirtschaft die Qualifizierung der Arbeitskräfte. Wir haben jetzt schon das größte Problem, jenen Betrieben, die mehr Leute brauchen, die qualifizierten Kräfte zu geben. Wir werden in der Ausbildung einiges zu tun haben, um auch dabei neue Wege zu gehen. Ich glaube, dass in weiten Bereichen eine so spezialisierte Ausbildung notwendig ist, dass wir die vielleicht sogar in größeren Betriebe hineinverlagern müssen und uns nicht nur auf WIFI, BFI und weiß Gott was noch alles verlassen, sondern den Betrieben, die die Leute selbst ausbilden wollen und können, dabei helfen, vielleicht irgendwo den Weg „learning by doing“ zu fördern. Es ist mir lieber – Herr Landesrat, ich weiß, du hast schon andere Gedanken gehabt, die Greencard und was weiß Gott alles –, das eigene, das österreichische Arbeitskräftepotenzial so weit als möglich auszuschöpfen, auszubilden, bevor ich Greencards ausstelle. Das ist, glaube ich, eine Vorgangsweise, mit der wir alle leben können.

Ich muss aber noch einen Punkt zur Infrastruktur sagen, auch weil hier der Kollege Hagenauer so auf den Putz geklopft und gesagt hat, jetzt passiert nichts, der Semmeringtunnel stirbt und die Koralmbahn gibt es nicht und weiß Gott was alles in nächster Zeit passieren wird. Herr Kollege Hagenauer, wir als Freiheitliche waschen da unsere Hände in Unschuld, wir haben seit neun Monaten die Verantwortung für dieses Ressort und auch hier

muss ich es wieder sagen, wenn der Kollege Grabner – ich weiß gar nicht, ob er hier ist – das nicht hören will, 317 Milliarden Defizit in diesem Bereich und jetzt ist einmal die Frau Minister für Infrastruktur dabei, diesen Berg aufzuräumen, um dann zu sagen, was möglich ist. Es waren Sozialdemokraten und ein ÖVP-Landeshauptmann, die einen Vorschlag gebracht haben, und zwar der Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien Häupl, der ehemalige Landeshauptmann vom Burgenland Stix und Landeshauptmann Pröll ist ja schon bekannt in dieser Angelegenheit, die gesagt haben, den Semmeringtunnel brauchen wir nicht, wir schließen an hinüber zum Korridor fünf. Das war kein Freiheitlicher, der das gesagt hat, sondern wir sind momentan dabei die Schienen zu legen, die Schiene in die Zukunft und unterstützt uns dabei! (Beifall bei der FPÖ. – 12.08 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (12.08 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Herr Kollege Wiedner, Sie haben jetzt zwei Sachen in Ihrer Wortmeldung erwähnt, die ich kurz richtigstellen möchte. Die erste das Volksbegehren, das Sie zitiert haben mit seinen 200.000 Unterschriften ist eine Sache und das, was Sie hier heute in Ihrem Entschließungsantrag eingebracht haben, ist schon eine andere.

Und was Sie hier machen ist die Vereinnahmung taxfrei und franko und gratis eines Volksbegehrens und da würde ich mich nicht zu weit hinauslehnen und das Volk bemühen und sagen, wie ich für das Volk da bin und dann genau das machen, nämlich das Gegenteil, die Leute einfach zu kassieren und zu sagen, ja, das, was das Volk will, das ist das, was ich da als Fraktion einbringe. (Abg. Wiedner: „Das habe ich nicht gesagt, ich habe gesagt es ist ein Unmut im Volk. Ein bisschen aufpassen!“) Doch. Ja, ein Unmut. Und wissen Sie, was Unmut ist? Das ist nicht das, was die Freiheitliche Partei in ihre Entschließungsanträge hineinschreibt, Unmut zum Beispiel im Zusammenhang mit der EU – und das können Sie mir ruhig glauben – den verspüre ich auch fallweise, um das nobel zu formulieren. Wie kommen Sie dazu zu sagen, dass das der Unmut der Bevölkerung ist? Zum Beispiel das Thema NATO. Wer lehnt sich denn da hinaus? Wer kann denn nicht schnell genug bei der NATO sein, als die Freiheitliche Partei (Abg. Wiedner: „Wo steht das?“) beziehungsweise Ihr einfaches Parteimitglied von den Ufern des Wörther Sees. Und das ist zum Beispiel das wesentliche Motiv gewesen oder eines der wesentlichen, wenn Sie sich mit diesem Volksbegehren wirklich auseinander gesetzt hätten und wenn Sie geschaut hätten, was dahintersteht. Im Übrigen habe ich das auch nicht unterschrieben, nur damit das klargestellt ist, weil der Rand nach rechts bei diesen Argumenten und bei den Betreibern dieses Volksbegehrens offen war seit eh und je wie ein Scheunentor und die Grünen haben daher das nicht unterstützen können.

Die zweite Geschichte 317 Milliarden Schilling Defizit und die Freiheitliche Partei muss jetzt in der Regierung Ordnung schaffen und die Schienen in die Zukunft, wie Sie fast mit Sigmund Freud'scher Qualität das formuliert haben, die Schienen in die Zukunft stellen. Wissen Sie, das wäre ja wenigstens rhetorisch einmal zu akzeptieren, wenn Sie sagen, da gibt es so viele Schulden, wenn nicht Ihr Landesrat Schögggl und Ihr Stadtrat Josel vor ein paar Tagen – und ich nehme an, Sie lesen die Zeitungen, wenigstens überschlagsmäßig – sich hingestellt und gesagt hätten, wir bauen jetzt in Graz, übrigens nicht in Graz, sondern außerhalb, einen Ostgürtel und Geld spielt bekanntlich keine Rolle. Der kostet 10 Milliarden Schilling. Ich frage, wie ernst nehmen Sie sich selbst, wenn Sie sich darauf berufen, dass Sie sagen, Sie müssen jeden Schilling zweimal umdrehen. Ich kann Sie leider nicht ernst nehmen.

Zum Abschluss noch einmal, weil jetzt der Herr Landesrat Paierl anwesend ist, die EU-Osterweiterung ist eine historische Chance für unser Land, ist eine historische Chance für unsere Wirtschaft und zeitgleich und rechtzeitig ist es die Frau Minister Forstinger und ist es die jetzige amtierende Bundesregierung, die zusammen mit der ÖBB die Schienen für die Steiermark nicht in die Zukunft stellt, sondern die Weichen so stellt, dass die Steiermark, was die Bahnverbindungen anbelangt, aufs Abstellgleis geschoben wird. Das ist der Punkt. Und niemand, auch nicht Ihr Verkehrssprecher Herr Lozinsek, der sich ja gemeldet hat im Gegensatz zur ÖVP, wie schon gesagt, niemand bestreitet diesen Tatbestand eigentlich. Die Freiheitliche Partei hat sich auch deutlich geäußert und hat gesagt, das ist inakzeptabel, war zu lesen in den Zeitungen, haben Sie vielleicht nicht, aber ich schon. Das heisst, es ist inakzeptabel für die Steiermark, und zwar völlig und ich habe das Wort gebraucht, man möge mir das verzeihen, die Grünen stehen an sich für Gewaltfreiheit, aber ich habe das Wort gebraucht, dass das eine Kriegserklärung an die Steiermark ist von Seiten der Bundesregierung, dass man jetzt zusammen mit der ÖBB hergeht und den Ausbau der Schiene von und in die Steiermark beziehungsweise den Zentralraum Graz endgültig auf allen Linien auf die Seite schiebt.

Wenn man weiß, was heutzutage im Güterverkehr Ganzzüge bedeuten, nämlich entweder du kannst Ganzzüge transportieren oder du bist weg mit der Standortqualität. Wenn man weiß, was das bedeutet, Sein und Nichtsein nämlich und wenn man weiß, dass die ÖBB um genau diese Ganzzüge, um den Wettbewerb auf der Schiene zu verhindern – ich muss das leider sagen, auch als Grüner, wiewohl ich den Auswüchsen der Liberalisierung bekanntlich durchaus fallweise kritisch gegenüberstehe, aber ich dem Fall muss ich sagen, leider versucht die ÖBB hier einen Wettbewerb zu verhindern. Und um diesen Wettbewerb, der auf der Ebene der Ganzzüge läuft, erst gar nicht entstehen zu lassen und gar nicht in die Verlegenheit zu kommen, sich einem Wettbewerb auszusetzen, geht man her und sagt, im Zuge der Liberalisierung ist das zulässig, genauso wie beim Strom, wir haben in unseren Leitungen, das heißt wir haben auf unseren Netzen, auf unseren Schienen keine Kapazitäten frei für Ganzzüge und baut einfach nicht aus beziehungsweise behauptet fallweise auch, es ginge nicht.

So bleibt man im Geschäft, so bleibt man der Monopolist. Aber so schiebt man auch die Steiermark aufs Abstellgleis. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Das ist völlig unakzeptabel.

Ich mache dafür primär die Bundesregierung verantwortlich, tragisch, dass auch der steirische amtierende Verkehrslandesrat nicht in der Lage ist, sich dazu deutlich zu äußern. Dann hätte er sich wenigstens, was man einem Anfänger zugestehen muss, vorher informieren müssen und einmal ein paar Tage nichts sagen und dann an die Öffentlichkeit gehen sollen. Aber das zu versuchen abzuschwächen und zu akzeptieren ist – ich sage es noch einmal – inakzeptabel. Und ich will nicht haben, dass unser Verkehrslandesrat nach ein paar Monaten auch so dasteht wie sein Parteifreund Schmid auf der Bundesebene, nämlich mit der gloriosen Erkenntnis abtritt, dass das Verkehrsproblem nicht lösbar sei. Für derartige großartige Erkenntnisse ist dann ein 150.000-Schilling-Gehalt – zu welchem Prozentsatz immer er sich das behalten darf oder nicht – immer noch reichlich überdotiert. (Beifall bei den Grünen. – 12.16 Uhr.)

Präsident: Danke für die Wortmeldung.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (12.16 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Gerne nehme ich kurz Stellung auf Fragen, auf Anmerkungen der Damen und Herren Abgeordneten.

Zuerst, Kollegin Koller, gratuliere zu dem sehr kompetenten Erstauftritt.

Zum Zweiten, Abgeordneter Wiedner, was die Förderpolitik anlangt – jetzt Wirtschaftsbereich –, die du angesprochen hast, ich bitte selbst dafür zu sorgen, dass dieses kommunikative Übergewicht, das ist ein kommunikatives Übergewicht, in den Medien auf Grund dieses Erfolgsmarsches der steirischen Zuliefer- und zum Teil auch autoproduzierenden Bereiche, die aber allesamt nicht im Billigbereich angesiedelt sind. Gott sei Dank, das ist eine große Chance. Ich sehe das auch, weil das Geschäft dort ja auch gewissen konjunkturellen Weltmarkt-, nicht heimischen oder europäischen Marktbedingungen unterworfen ist, dass ein Abschwung – irgendwann kommt er, er wird zwar schon immer angekündigt, jedes Jahr, nächstes Jahr kommt er und er ist noch nie gekommen, auch diesbezüglich ist weltweit von den Experten nichts Sicheres, nichts Genaues weiß man nie, die alte Regel dann, herauszukriegen. Aber wir sind Gott sei Dank in dem Bereich in einem High-Tech-Sektor angesiedelt, so dass die Chancen, eine Krise zu überstehen, viel größer sind, als wenn wir dort irgendwo im Billigsegment wären.

Und die Clusterphilosophie, die ja keine Förderphilosophie ist – es ist ja dort kein Förderschilling damit verbunden, sondern das ist eine Administration, das ist eine Moderation eines Fitnessprozesses. Ich sage das immer wieder, das ist wichtig, gerade im Automobilbereich ist eine Wettbewerbsrichtlinie der Europäischen Union strenger als in allen anderen Sektoren, europaweit und bei uns auch. Ich kann zum Beispiel in Graz überhaupt nichts fördern und auch in den außer Graz Investitionsprojekten nur sehr beschränkt. Man möge sich das einmal im Detail anschauen. Aber unübersehbar ist, dass selbstverständlich, bitte gehen Sie in das Raabtal, gehen Sie in das Lafnitztal, in all den Bereichen, wo jetzt diese Neuansiedelungen sind, es lebt dort – du weißt es ja selbst auch vom Süden von Graz, auch vom Bezirk Leibnitz – natürlich die gesamte Wirtschaft einer Region davon, das Gasthaus, der Kaufmann, der Kfz-Händler, alles, weil damit frisches Geld ins Land kommt.

Aber ich sage nie, das ist ein Ruhekitzen, sondern der Cluster ist deswegen so wichtig, weil er rechtzeitig auf solche Entwicklungen, auf solche Gefahrenpotenziale, auf Hinterhalte, die es gibt in diesem Geschäft aufmerksam machen soll. Also bitte, es ist ein Frühwarnversuch.

Ein Zweites, worauf ich großen Wert lege. Versuchen wir alle gemeinsam den anderen Clusterorganisationen, die es ja schon gibt, wie beim Holz – es gibt dieselbe Organisation, die es beim Automobil gibt, beim ACS, beim HCS – es gibt einen Holzcluster Styria mit Pro-Holz zusammen. Da hier vor allem auch mit Kärnten kooperierend. Der Automobilcluster arbeitet eher mit Oberösterreich zusammen, weil das auch der Struktur eher entspricht. Sorgen wir selbst dafür, dass das auch mehr unter die Menschen kommt, dass das mehr kommuniziert wird. Das ist ein kommunikatives Problem. Das Holzthema ist größer als das Automobilthema.

Auch da gesagt, wenn es in der Holzwirtschaft strukturelle, konjunkturelle Probleme gibt, trifft es die Steiermark mehr als in der Automobilwirtschaft. Das Verhältnis ist in etwa 50.000 – das geht bis in den Wald hinein, bis in den Forst, bis zur Sägeindustrie et cetera, während im anderen Bereich sind es 15.000. 50.000 Holz zu 15.000 Arbeitskräften direkt beschäftigt.

Es gibt aber auch mittlerweile den Telekomcluster mit dem Zentrum gerade im Süden von Graz, einem E-Business-, E-Commerce-Kompetenz-Center, wo es eine sehr erfreuliche Vernetzung von Forschung, Lehre und Produktion gibt, der Wirtschaft, der Universitäten, Fachhochschule und all diesen Bereichen, die notwendig sind, um regionale Prosperität zu haben.

Ein Drittes, weil du gemeint hast, nicht nur die Neuen und das Neue, sondern auch Bestehendes. Es gibt ausdrücklich das Förderpaket – seit Jahren – „bestehende Betriebe im Wachstum“. Natürlich, das Schrumpfen können wir nicht fördern. Es muss ein Betrieb sein, der wächst. Es ist Wurst, ob er klein oder groß ist, sein Projekt, ohne Namen, ohne entsprechende Herkunft, er muss im Zielgebiet sein, Graz nicht, Graz-Umgebung nicht, bedauerlicherweise, was sehr viele hier bedauern. Aber in diesen Zielgebieten ist es selbstverständlich möglich. Und wenn du das anschaust, dann sind dort auch die meisten Förderfälle in der Praxis zu finden.

Arbeitsplatz-, Arbeitskräftepotenzial – es gibt Förderprogramme. Und ich lege großen Wert – und da hast du Recht – auf die Förderprogramme für Menschen, für Arbeitskräfte, die noch im Beruf stehen. Es ist zu spät zu trainieren da mit Stiftungen oder sonstigen Qualifizierungsprogrammen, wenn die Menschen schon arbeitslos sind. Da ist etwas übersehen worden, vor allem in den Betrieben. Da gibt es keine einfache Schuldzuweisung, sondern das ist oft sehr komplex, wenn man das übersehen hat, sich fit zu machen, nachzurüsten. Und es gibt im Rahmen des steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammes vor allem diesen Förderansatz für Projekte, die Unternehmungen einreichen – auch da könnte ich dir eine Liste geben über diese laufenden Projekte – „Training und der Job“ heißt es dann auf neuhochdeutsch.

Peter Hagenauer, die Osterweiterung ist nicht nur eine Chance für die Wirtschaft, sondern vor allem für die Gesellschaft. Das ist überhaupt eines der größten Friedensprojekte, das es gibt in Europa, das mit sehr viel Fingerspitzengefühl und behutsam umzusetzen ist. Das ist nicht nur ein wirtschaftliches Thema, nicht nur ein Thema von Markt und Gütern und Erweiterung von Absatzchancen und dergleichen.

Und das Zweite, was du angeschnitten und kritisiert hast, die kritische Haltung zur Monopolstruktur im öffentlichen Verkehr, sprich ÖBB. Da decken sich deine Einstellungen oder Meinungen vollinhaltlich mit dem, was ich auch glaube. Wir brauchen dort, aus meiner Überzeugung, auf nationaler Ebene – ähnlich wie wir es in der Telekom haben und wie wir es jetzt auch im liberalisierten Strommarkt haben werden – einen unabhängigen Regulator, der dafür sorgt, dass diese Infrastruktur, die da ist, die staatlich investiert wurde, von möglichst vielen Teilnehmern, Leistungserstellern, Anbietern genutzt werden kann.

Dann schaut es anders aus, wie wir auch aus europäischen und ausländischen Modellen her wissen. Ich komme schon zum Schluss und möchte Ihnen auch einige Dinge zu der Budgetfrage, die Sie angeschnitten haben, mit den Entschließungsanträgen sagen, soweit sie heute für mich vorliegen. Meine Damen und Herren, es gibt einen ersten Überblick auf Grund von Expertenaussagen, von Gutachtern, insbesondere WIFO-Experte Gerhard Lehner hat uns eine mittelfristige Vorschau gegeben und gleichzeitig auch für das heurige Jahr, obwohl es noch nicht aus ist, wie wir alle wissen und das erst am 31. Dezember bei den anschließenden Rechnungsabschlussarbeiten dann endgültig gesagt werden kann, aber von Überschuss kann keine Rede sein. Maximal, der „best case“ ist, dass wir plus-minus Null nach Maastricht aussteigen. Seine letzte Zahl, die ich bekommen habe, ist 145 Millionen Schilling minus nach Maastricht. Aber nach der administrativen bisherigen konventionellen Berechnungsmethode des Nettodefizits, sprich Ausgaben, Einnahmen, Nettoneuverschuldung – bei Maastricht gibt es ja noch Darstellungsmöglichkeiten, wie Sie wissen, werden Beteiligungen und Darlehen herausgerechnet, haben wir ein Minus von 800 Millionen zu erwarten. Das ist natürlich vor dem Hintergrund unseres Konsolidierungsbeitrages auf der österreichischen Ebene sozusagen unser Beitrag für die nationale Budgetkonsolidierung, weil hier ja nicht nur Bundesbudget, sondern auch Gemeinde- und Länderbudgets mit eingerechnet werden, eine Riesenbelastung, die wir aus der Vergangenheit mitschleppen, weil wir müssen, zumindest sage ich beim administrativen Budget, sprich bei der Nettoneuverschuldung, Frage: machen wir mehr Schulden oder nicht, auf die Nulllinie kommen, keine neuen Schulden machen. Das haben wir mit 800 Millionen heuer sicher nicht geschafft und auch bei der Maastricht-Berechnung, wo wir auf Grund unseres Konsolidierungsbeitrages sogar einen Überschuss produzieren müssen, sind wir auch im Minus. Aber trotzdem wird es unser Bemühen sein – das liegt noch nicht vor, aber das werden Sie kriegen, es gibt einen Fahrplan, der auch mit dem Präsidium dieses Hauses schon abgesprochen wurde –, Richtlinien für die mittelfristige Budgeterstellung und auch den Budgetfahrplan für 2001, 2002 zu erstellen.

Und die dritte Forderung, eine alte ÖVP-Forderung, wo ich die Ehre hatte, das immer wieder gegenüber meinem Amtsvorgänger zu fordern, einzuklagen, zu bitten, ist die Berichterstattung. Das Budget ist keine Geheimwissenschaft, sondern das Budget haben im Wesentlichen Sie zu verantworten, wir haben es dann zu administrieren, zu exekutieren und da haben Sie auch das Recht, Sie und vor allem auch der Finanz-Ausschuss und ich habe die Pflicht und mein Ressort ist hier sehr gut vorbereitet, insbesondere – das sage ich auch hier in aller Öffentlichkeit – beste Beamtenschaft, solide Administration, absolut nichts zu klagen, daran liegt es nicht. Wir werden Ihnen rechtzeitig die entsprechenden Unterlagen bieten. Ich bitte nur, da oder dort ist es natürlich nicht einfach und ist es umfangreich, wir werden uns bemühen, das zu konzentrieren und sozusagen auf die wesentlichen Aussagen zu bringen, dass Sie sich dann auch damit beschäftigen. Mir ist lieber, ein Mitglied dieses Hauses beschäftigt sich mit dem Thema, dann weiß ich, wird er mein, unser Verbündeter werden. Wenn er sich nicht damit beschäftigt, ist die Wahrscheinlichkeit, die Gefahr viel größer, dass es irgendwo in einen Bereich abschlittert, wo es dann nicht so lustig wird. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.27 Uhr.)

Präsident: Um eine kurze Wortmeldung hat Herr Abgeordneter Hagenauer ersucht. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (12.27 Uhr): Ganz kurz, Herr Landesrat, das ist ein Missverständnis gewesen und ich muss das, weil mir das ein Anliegen ist, noch einmal klarstellen, nämlich die Frage des Wettbewerbs auf der Schiene und die Rolle des Regulators. Du hast gesagt, es gehört ein Regulator her und ich habe gesagt, es hilft uns der Regulatur nichts, weil bei uns in der Steiermark die Schiene derart schlecht ausgebaut ist, dass einfach gar kein Wettbewerb stattfinden kann. Ein Wettbewerb kann nur dort stattfinden, wo auch tatsächlich mehrere Züge oder mehrere Betreiber fahren können. Das ist bei uns in der Steiermark, nicht nur nach meiner Ansicht, sondern also auch nach der aller einschlägigen Fachleute nicht der Fall. Der Regulator tritt insbesondere bei den so genannten Freeways auf, die entsprechend ausgebaut sind. Das ist unser Problem. Wir sind eine Nebenbahn, wir sind am Abstellgleis, da ist nichts mit Wettbewerb. (12.28 Uhr.)

Präsident: Danke, es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Es ist eine Abstimmungsserie, meine Damen und Herren, und ich bitte Sie aufzupassen, damit es keinerlei Missverständnisse gibt.

Ich ersuche somit die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 9/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 1 des Entschließungsantrages der SPÖ, betreffend Vorschläge für den Budgetvollzug ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag bleibt in der Minderheit. (Abg. Stöhrmann: Unverständlicher Zwischenruf!)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 2 des Entschließungsantrages der SPÖ, betreffend Vorschläge für den Budgetvollzug ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 3 des Entschließungsantrages der SPÖ, betreffend Vorschläge für den Budgetvollzug ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Auch diese Abstimmung hat nicht die erforderliche Mehrheit gebracht für den Punkt 3.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend Bericht über den Budgetvollzug ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Danke!

Das ist die einstimmige Annahme.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zur Abstimmung über die Einl.-Zahl 3/1. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zu dieser Einl.-Zahl 3/1 Ihre Zustimmung geben, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke!

Das ist die mehrheitliche Annahme.

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 8/1, betreffend die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 5,760.000 Schilling als erste Rate und die Sicherstellung weiterer neun Jahresraten in gleicher Höhe in den Jahren 2001 bis 2009 an die Steirische WirtschaftsförderungsgmbH. zur Finanzierung eines Förderungsbeitrages von 57,600.000 Schilling an die Firma AT&S für das Projekt „Integration neuer Materialien und neuer Prozesse in die Leiterplattenproduktion“.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (12.31 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Bericht des Ausschusses liegt Ihnen vor. Es geht um die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in der Höhe von 5,76 Millionen Schilling als erste Rate und die Sicherstellung weiterer neun Jahresraten für einen gesamten Projektkostenzuschuss von 57,6 Millionen Schilling. Als Zusatzinformation:

Das Unternehmen hat insgesamt eine Milliarde Schilling investiert, förderbar angerechnet wurden 844 Millionen Schilling.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Für die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 57,6 Millionen Schilling in zehn gleich hohen Jahresraten an die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft m. b. H. für die Abwicklung der Förderung der Firma AT&S für das Projekt „Integration neuer Materialien und neuer Prozesse in die Leiterplattenproduktion“ wird für die Rate 2000 die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 5,76 Millionen Schilling genehmigt und sind zweitens die Raten 2001 bis 2009 von ebenfalls je 5,76 Millionen zuzüglich Zinsen für die Zwischenfinanzierung gemäß den Regelungen der Ergänzung des Finanzierungsvertrages mit der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft m. b. H. laut Regierungsbeschluss vom 19. Juni 2000, GZ. 10-23 Ste 45/203-2000 und Landtagsbeschluss Nr. 1907 vom 4. Juli 2000 im Rahmen der jeweiligen Landesvoranschläge bereitzustellen. (12.32 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt der Herr Abgeordnete Kreisl.

Abg. Kreisl (12.33 Uhr): Werter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann!

Zum Antrag von Landtagsabgeordnetem Wolfgang Kasic zur Finanzierung eines Förderungsbeitrages von 57,6 Millionen Schilling an die Firma AT&S für das Projekt „Integration neuer Materialien und neuer Prozesse in die Leiterplattenproduktion“ darf ich Ihnen einen kurzen Überblick über die Firma AT&S in Leoben geben:

Die Firma wurde im Jahre 1987 gegründet. Das Grundkapital beträgt 30,8 Millionen Euro. Die Aktionärsstruktur lautet: 20,7 Prozent Dr. Hannes Androsch, 20,5 Prozent Ing. Willibald Dörflinger, 20,5 Prozent Dkfm. Helmut Zoidl, 11,7 Prozent für die Mitarbeiter und 26,6 Prozent Streubesitz.

Was bedeutet AT&S? AT&S ist eine Abkürzung und steht für Austria Technologie & Systemtechnik Aktiengesellschaft. AT&S ist ein internationales Unternehmen mit Stammsitz in Österreich, in Leoben-Hinterberg. Produziert werden Leiterplatten, das sind jene Bauteile, die sich als Herzstück im Inneren von „Hand-held-Produkten“ befinden, zum Beispiel in Handys. Ziel ist es, diese Leiterplatten immer leichter, kleiner und dünner zu machen und bei gleichzeitiger Erhöhung der Funktionalität.

Mit Stichtag 1. März 2000 sind insgesamt 2700 Personen beschäftigt. Davon sind alleine am Stammsitz in Leoben 1000 Mitarbeiter beschäftigt. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich dieser Beschäftigungsstand auf zirka 1300 erhöhen.

AT&S ist ein international tätiges Unternehmen und es gibt auch außerhalb von Österreich Standorte. Allein in Österreich sind drei Standorte. Die Zentrale liegt in Leoben-Hinterberg. Die beiden anderen Produktionsstätten sind in Fohnsdorf und in Fehring. Außerdem gibt es seit 1999 auch in Deutschland – in Augsburg – sowie in Indien – in Nanjangud – einen eigenen Standort.

Die wichtigsten Partner heißen Nokia und Siemens und gleichzeitig liefert AT&S ihre High-Tech-Produkte auch an Ericsson, Motorola, Kapsch oder Hella – um nur einige zu nennen. Kurzum, die Firma ist ein zentraler Schlüssellieferant für den gesamten Telekommunikationsbereich.

Technologisch geht der Trend der Miniaturisierung rasant weiter. Die Erfahrungen bei AT&S haben gezeigt, dass diesem Trend mit herkömmlichen Materialien und Prozessen nicht mehr Rechnung getragen werden kann. Mit den vorliegenden Investitionen wird die Möglichkeit geschaffen, neue Materialien und neue Prozesse in die Leiterplattenproduktion zu integrieren.

Aus diesen Gründen hat der Vorstand der AT&S AG. entschieden, in eine weitere Ausbaustufe in den drei steirischen Werken zu investieren.

Mit einem Investitionsvolumen von rund 978 Millionen Schilling wird allein in Hinterberg die Produktionskapazität von 80.000 Leiterplatten auf 200.000 Leiterplatten täglich gesteigert werden. In den österreichischen Standorten wird die Kapazität insgesamt um rund 83 Prozent steigen. Gleichzeitig werden damit kurzfristig 200 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Das High-Tech-Werk in Leoben stellt die Zentrale der gesamten AT&S-Gruppe dar. An diesem Standort werden auch die Aktivitäten in Richtung Forschung und Entwicklung gebündelt. Hier werden vor allem Großserien dünner, hoch komplexer Multilayer ab sechs Lagen produziert. Im Geschäftsjahr 1998/99 betrug der Umsatz 75,9 Millionen Euro.

Mit Hinterberg II wurde das modernste Leiterplattenwerk Europas errichtet. Die Grundsteinlegung erfolgte am 21. April 1999, im Dezember 1999 wurde mit der Produktion begonnen. In Hinterberg II werden künftig ausschließlich mit der modernsten Technologie Leiterplatten gefertigt.

Das AT&S Werk in Fohnsdorf zeichnet sich unter anderem durch seinen „Express-Service“ aus. Hier betragen die kürzesten Lieferzeiten für hoch komplexe Multilayer nur 72 Stunden. Der Umsatz betrug im Geschäftsjahr 1998/99 34,7 Millionen Euro.

Das AT&S Werk in Fehring hat sich vor allem als Zulieferer für die Automobilindustrie einen Namen gemacht. Hier werden einseitige, doppelseitige und doppelseitig durchkontaktierte Leiterplatten erzeugt, sowohl als Prototyp als auch in Klein-, Mittel- und Großserien. Der Umsatz im Geschäftsjahr 1998/99 betrug 39,6 Millionen Euro.

Im Geschäftsjahr 1999/2000 – per Ende März – wird mit durchschnittlich 2300 Mitarbeitern ein Gruppenumsatz von gut 230 Millionen Euro erwartet. Damit ist die AT&S AG. derzeit Marktführer in Europa und weltweit unter den Top 25. Das Ziel der AT&S ist die Position eines „Global Player's“ unter den ersten zehn Leiterplattenproduzenten.

Mit dem weiteren Ausbau von Hinterberg II wird die Produktion in der Microvia-Technologie technologisch und kapazitätsmäßig weiter vorangetrieben, um die Wettbewerbsfähigkeit der AT&S nachhaltig abzusichern.

Beim Bau des Werkes Hinterberg II wurde auch auf eine behindertengerechte Ausführung geachtet, was die Investition um einige Millionen Schilling verteuerte. Damit ist nun aber auch die Möglichkeit gegeben, behinderte Personen im Produktionsbereich einzustellen.

Um auch zukünftig ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung zu haben, hat die AT&S einen engen Kontakt zu Universitäten und Fachhochschulen aufgebaut. Neben der Möglichkeit, in den Ferien bei AT&S zu arbeiten, gibt es auch schon Bestrebungen, mit Fachhochschulen ein Programm zu schaffen beziehungsweise den Absolventen Schnupperjobs anzubieten.

Die Möglichkeit, die AT&S kennen zu lernen, wird Jahr für Jahr einer beträchtlichen Anzahl von Ferialpraktikanten geboten. Im letzten Jahr wurden in den Sommermonaten rund 160 Ferialjobs vergeben.

Die regionale Bedeutung dieses Werkes: An dem expansiven Wachstum der AT&S können auch viele andere steirische Betriebe partizipieren. Es ist ein Teil der Geschäftspolitik der AT&S, dass regionale Dienstleister bei der Auftragsvergabe bevorzugt berücksichtigt werden.

Vom 1. April 1999 bis Februar 2000 wurde allein mit steirischen Unternehmen ein Gesamtvolumen von rund 426 Millionen Schilling abgewickelt.

Viele dieser Unternehmen können direkt vom Wachstum der AT&S profitieren, da auch das Auftragsvolumen entsprechend steigen wird. Beispiele dafür sind: STEWEAG, Graz mit 69,8 Millionen, Estet GmbH., Sankt Michael mit 10 Millionen, Stingl GmbH., Trofaiach mit 7,8 Millionen, Hauser & Hiebl in Weiz mit 7,7 Millionen, Steirische Ferngas, Graz mit 7,6 Millionen, Stromberger OHG. in Leoben mit 7,2 Millionen, Akkord, Graz mit 6,3 Millionen, Honsik GmbH. in Leoben mit 5 Millionen, Gebrüder Weiss GmbH., Graz mit 5 Millionen,

Orbotech Service GmbH, Bruck an der Mur mit 5 Millionen, PCL Pauritsch in Leoben mit 5 Millionen, Hopf, Knittelfeld mit 4,2 Millionen, Sgardelli in Knittelfeld mit 3,6 Millionen, Rumpold AG., Trofaiach mit 2,6 Millionen, Computerhaus GmbH, Leoben mit 2,5 Millionen, Elektro Hörl in Fohnsdorf mit 1,8 Millionen, Mocharitsch GmbH, Leoben mit 1,4 Millionen und Österreichischer Wachdienst, Graz mit 1,2 Millionen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe Ihnen einen guten Überblick über die Leistungen der Firma AT&S gebracht zu haben und diesen bei Ihrer Entscheidung über diesen Förderungsantrag einzubeziehen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.42 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (12.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als Abgeordneter aus Leoben und als Abgeordneter des Bezirkes Leoben ist das natürlich ein sehr erfreulicher Tagesordnungspunkt und ich darf schon vorweg sehr herzlich ersuchen, diesem Antrag zuzustimmen.

Ich möchte aber aus der Sicht der Region Leoben noch einige Ergänzungen anbringen. Was besonders wichtig ist, die AT&S in Hinterberg zeigt, dass der Bezirk Leoben sich gewandelt hat, gut strukturiert hat und mit gutem Mut in die Zukunft hineinschauen darf, denn einen Betrieb, der in kurzer Zeit 1500 Arbeitsplätze aufweisen wird, kann man nicht jeden Tag vermelden. Aber was das Besondere daran ist, unsere Region war sehr stark durch Frauenarbeitslosigkeit geprägt und es war sehr, sehr schwierig gerade das Nachtarbeitsverbot zu lockern beziehungsweise speziell für Hinterberg abzuschaffen. Wir haben seit ungefähr eineinhalb Jahren, nachdem ja dort dreischichtig gearbeitet wird, gute Erfahrungen vor Ort. Wenn wir in den Betrieb hineingehen, hören wir auch von den Damen, dass durchaus sehr gute Erfahrungen gemacht werden und der Vorteil dabei ist auch, dass die Entlohnung passt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein High-Tech-Betrieb, wie wir gehört haben. Ich glaube, zu Ihrer Information ist es ganz interessant zu hören, in ganz Amerika gibt es beispielsweise 40 Laserbohrmaschinen! Im neuen Werk gibt es schon mehr davon als in ganz Amerika, das zeigt, wie sehr dieser Betrieb boomt und wie sehr dort markt- und zukunftsorientiert gearbeitet wird. Und was das Erfreuliche dabei ist, hier wird nicht stehen geblieben, sondern eine Reihe weiterer Ansiedelungen rund um diesen Bereich wird geplant. Das schafft wieder Optimismus und das lässt uns mit großem Mut in die Zukunft schauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Beschäftigte aus der gesamten Region, aus dem gesamten Bereich Obersteiermark werden es dem Landtag sicher danken, wenn durch eine gezielte Wirtschaftsförderung neue Arbeitsplätze nicht nur geschaffen, sondern auch bestens abgesichert werden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.45 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke!

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 8 und 9 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 4/1, betreffend den Verkauf der ²⁹/₁₁₁₈-Anteile an der EZ. 535, KG. Geidorf, verbunden mit der Dachgeschoßfläche von 285 Quadratmeter TOP 11 des Objektes Graz, Heinrichstraße 41 an die Firma Scheiner Immobilien GmbH, Graz, Triester Straße 414 zum Preis von 2,600.000 Schilling.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (12.46 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft betrifft den Verkauf der ²⁹/₁₁₁₈-Anteile an der EZ. 535, KG. Geidorf, verbunden mit der Dachgeschoßfläche von 285 Quadratmeter des Objektes Graz, Heinrichstraße 41.

Bei der Anbotseröffnung am 3. März 2000 lag ein Angebot der Firma Schreiner Immobilien GmbH. über 2,350.000 Schilling vor und ein weiteres über 2,100.000 Schilling und ein drittes über eine Million Schilling.

Mit der Firma Schreiner ist es der Rechtsabteilung 10 durch Nachverhandlungen gelungen, eine Verbesserung des Kaufanbotes in der Höhe des Schätzwertes von 2,600.000 Schilling zu erreichen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 23. Oktober 2000 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der ²⁹/₁₁₁₈-Anteile an der EZ. 535, KG. Geidorf, verbunden mit der Dachgeschoßfläche von 285 Quadratmeter TOP 11 des Objektes Graz, Heinrichstraße 41 an die Firma Schreiner Immobilien GmbH., Graz, Triester Straße 414 zum Preis von 2,600.000 Schilling wird genehmigt. (12.48 Uhr.)

Präsident: Danke, damit kommen wir zur Berichterstattung des Tagesordnungspunktes

9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 5/1, betreffend den Erwerb von Räumlichkeiten durch Mag. Erwin Dorfer im Objekt 8010 Graz, Gartengasse 7 zu einem Kaufpreis von 650.000 Schilling.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (12.48 Uhr): Meine Damen und Herren!

Der Bericht des Ausschusses liegt Ihnen vor. Es geht um den Erwerb von Räumlichkeiten durch Mag. Erwin Dorfer in der Gartengasse 7 in Graz. Es wurde der Verkehrswert festgestellt, er beträgt 650.000 Schilling und die Steiermärkische Landesregierung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Abverkauf von Räumlichkeiten im landeseigenen Objekt 8010 Graz, Gartengasse 7 an Herrn Mag. Erwin Dorfer, ebendort zu einem Kaufpreis von 650.000 Schilling wird genehmigt. (12.49 Uhr):

Präsident: Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9, die zusammengezogen wurden liegen mir nicht vor. Damit komme ich zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters, Einl.-Zahl 4/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke!

Einstimmige Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 5/1 ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke!

Einstimmige Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 10 bis 12 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 7/1, zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages Nr. 344 vom 15. Mai 1984 sowie zum Antrag der damaligen Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Kohlmann und Prof. Dr. Eichtinger, Einl.-Zahl 686/1-1984, jeweils betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (12.50 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Bericht des Ausschusses liegt Ihnen vor. Mit Beschluss Nr. 344 vom 15. Mai 1984 hat der Steiermärkische Landtag die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, jährlich einen Umweltschutzbericht zu erstellen und dem Steiermärkischen Landtag zur Beratung vorzulegen.

Unabhängig davon hat gemäß Paragraph 8 des Gesetzes über die Einrichtungen zum Schutze der Umwelt die Landesregierung jährlich dem Landtag einen umfassenden Umweltbericht vorzulegen.

Ferner hat der Steiermärkische Landtag mit Beschluss Nr. 170 vom 10. Dezember 1996 die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, in den Umweltschutzbericht des Landes Steiermark das Kapitel „Gentechnologie“ aufzunehmen.

Dem Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 30. September 1996 entsprechend bietet der Umweltschutzbericht auch eine Darstellung der für Umwelt und Naturschutz getätigten Ausgaben des Landes Steiermark.

In Vollziehung der zitierten Landtagsbeschlüsse beziehungsweise des Landesgesetzes Nr. 78/1988 liegt nunmehr der 15. Umweltschutzbericht des Landes Steiermark für den Berichtszeitraum 1999 vor.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge des Beschlusses vom 10. Juli 2000 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 15. Mai 1984, Nr. 344 sowie zum Antrag der damaligen Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Kohlmann und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes wird zur Kenntnis genommen. (12.52 Uhr.)

Präsident:

11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 11/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (12.52 Uhr): Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz. Gemäß dem Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetz hat die Landesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu erstatten. Der Grüne Bericht Steiermark für die Jahre 1998 und 1999 ist eine ansehnlich aufbereitete Informationsquelle über die Land- und Forstwirtschaft unseres Landes sowie über die Leistungen der steirischen Bäuerinnen und Bauern.

In acht Kapiteln werden und wird das wirtschaftliche Umfeld des Agrarbereiches, die internationale, österreichische und steirische Wirtschaft sowie die Außenhandelsbeziehungen beschrieben.

Weiters werden die der Land- und Forstwirtschaft vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche sowie die Reformen der europäischen Agrar- und Förderungspolitik und das land- und forstwirtschaftliche Schul- und Ausbildungswesen in der Steiermark dargestellt, die Produktions- und Marktverhältnisse für die steirischen Agrarerzeugnisse aufgezeigt und die Einkommensverhältnisse dargelegt.

Namens des Ausschusses stelle ich den Antrag um Annahme dieses Berichtes. (12.54 Uhr.)

Präsident: Danke dem Berichtersteller.

12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 12/1, betreffend den Bodenschutzbericht 1999.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Wöhry. Bitte um den Bericht.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (12.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Im Steiermärkischen landwirtschaftlichen Bodenschutzgesetz, LGBl. Nr. 66/1987 ist im Paragraph 2 Absatz 6 festgelegt, dass die Steiermärkische Landesregierung durch Verordnung ein Steiermärkisches landwirtschaftliches Bodenschutzprogramm zur Erhebung und Kontrolle des Belastungsgrades landwirtschaftlicher Böden zu erlassen hat und dass über das Ergebnis der Untersuchungen jährlich ein „Bodenschutzbericht“ zu erstellen und dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis zu bringen ist.

Der Bodenschutzbericht 1999 – es handelt sich um den zwölften derartigen Bericht – beinhaltet eine Darstellung der Untersuchungsergebnisse von den Standorten in ehemaligen Bergbauzentren, in Industrieregionen, in der Nähe stark befahrener Straßen und bei Tontaubenschießanlagen. Neben der Beschreibung und tabellarischen Darstellung erfolgt auch eine grafische Präsentation der Ergebnisse von den insgesamt 87 Standorten in übersichtlicher Form.

In der Zusammenfassung des Berichtes wird darauf hingewiesen, dass es trotz teilweise massiver Schwermetallbelastungen des Bodens nur selten zu einem nennenswerten Schadstofftransfer in die Pflanzen kommt und so eine Gefährdung von Mensch und Tier nach dem derzeitigen Stand der Untersuchungen weitestgehend ausgeschlossen werden kann.

Weitere periodische Untersuchungen werden als notwendig angesehen, ebenso eine genaue flächenhafte Abgrenzung der gefundenen Belastungen.

Bis Ende des Jahres 1999 wurden im Rahmen der Bodenzustandsinventur insgesamt 789 Standorte eingerichtet. Das vollständige Untersuchungsnetz mit rund 1000 Standorten soll in den Jahren 2006/2007 erreicht sein.

Ich stelle daher den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der Bodenschutzbericht 1999 wird zur Kenntnis genommen. (12.56 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wir haben eine Reihe von Rednern für diese Tagesordnungspunkte. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gödl das Wort.

Abg. Gödl (12.56 Uhr): Sehr verehrter Herr Landtagspräsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich darf die Gelegenheit wahrnehmen, den vorliegenden Umweltschutzbericht in einigen Auszügen Ihnen zu präsentieren.

Jährlich informiert der Umweltschutzbericht in den Kapiteln Raumordnung und Raumplanung, Wasser, Stoffflusswirtschaft, Lärm, Verkehr, Boden und Nahrung, Gentechnologie, Luftklimabündnis, Energie, Natur- und Landschaftsschutz, Strahlen-, Umweltforschung und der Umweltfundgrube über die Aktivitäten am Umweltsektor.

Dieser Bericht liegt vor. Er umfasst 534 Seiten und ist der umfangreichste Bericht aller 15 vorliegenden Berichte. Er wurde auch im zusammenfassenden Kapitel erstmals in einer Fremdsprache, in Englisch, abgefasst, auch mit dem Hintergrund, dass diese Berichte durchaus internationale Anerkennung und Bedeutung haben und international verwendet werden.

Ich darf weiters berichten, dass auf diese Umweltdatenbank LUIS, das Landesumweltinformationssystem, bis dato 1,8 Millionen Mal zugegriffen wurde.

Das Grundwassersanierungsprogramm im unteren Murtal wurde in zehnjährigem Schaffen erfolgreich umgesetzt. Erfreulich ist in dieser Hinsicht natürlich, dass die Tendenz der Nitrat- und Pestizidbelastung weiterhin sinkend ist.

Erstmals im Umweltschutzbericht ist eine Hilfestellung für Gemeinden zur Verwirklichung des Abwasserwirtschaftsplanes enthalten. Denn Sie wissen ja, seit 1. Jänner 1998 sind die Gemeinden verpflichtet, zum Flächenwidmungsplan diesen Gemeindeabwasserplan vorzulegen.

Im Bereich der Abfallwirtschaft sehen wir ein Einsparungspotenzial von Treibhausgasen im Ausmaß von rund 2,3 Millionen Tonnen gegeben. Es ist dies damit nach dem Verkehr und den erneuerbaren Energiequellen das drittgrößte Einsparungspotenzial.

Die konsequente Sammlung des Abfalles hat zur Folge, dass es eine Veränderung von 0,8 Prozent 1998 gegenüber 1997 bei den Abfallfraktionen gibt. Besonders bemerkenswert ist, dass die Sperrmüllreduktion von 15 Prozent gegeben ist.

Zudem denke ich, dass es eine wertvolle Investition ist, in Radwege dies zu tun. 1560 Kilometer Radwege wurden bereits errichtet.

Ich denke grundsätzlich, dass gerade in den Gemeinden die Aktivitäten für Umweltschutz getragen werden und ich selbst und einige oder viele Bürgermeisterkollegen sitzen ja hier, die mit der Umsetzung befasst sind.

Ich darf hier den Dank auch an den Landesrat aussprechen, dass die Unterstützung des Landes hinsichtlich Umweltschutzprogrammen immer gegeben ist.

Zum Bereich der Abwasserentsorgung, die uns ja in der ganzen Steiermark betrifft, darf ich erfolgreich ausführen, dass wir im Bundesländervergleich mit einem Entsorgungsgrad von fast 80 Prozent sehr gut liegen. Ein Einblick in den Umweltschutzbericht zeigt auch, dass es durchaus jetzt eine Verschiebung von Großkläranlagen zu kleineren gibt, da die Entsorgung, vor allem des ländlichen Raumes, nur mehr in einem Miteinander von kommunalen und Verbandsanlagen mit privaten Initiativen vorstatten gehen kann. Ich denke, dass dieses Nebeneinander dieser beiden Systeme auch in einem guten Miteinander gemündet hat, so dass in Verwirklichung des Abwasserplanes in vielleicht absehbarer Zeit einmal im Umweltschutzbericht zu lesen sein wird, dass unser Land zu 100 Prozent entsorgt sein wird.

Auch zum Thema Wasser darf ich schon replizieren auf Kollegen Hagenauer, dass wir alle im Hause uns bewusst sind, welchen Schatz wir mit dem Wasser haben und darf auch in dieser Hinsicht auf die Initiative, ausgehend von Herrn Landesrat Pörtl, hinweisen, „Wasserland Steiermark“. Ich möchte Sie alle auffordern, diese Aktion und diese Initiative gemeinsam zu unterstützen.

Am 15. Mai 2000, das werden wir dann im nächsten Umweltschutzbericht lesen, hat auch die Landesregierung das Landesumweltprogramm Steiermark beschlossen mit dem klingenden Namen „LUST“. Es gibt eine Broschüre. Ich lege allen ans Herz, diese zu lesen.

Ich darf mich für den Umweltschutzbericht 1999 bedanken bei den Verfassern, beim Herrn Hofrat Dr. Rupprecht mit seinem Team.

Ich möchte Ihnen noch sagen, wer noch mehr „LUST“ hat, darüber Näheres zu erfahren, möchte bitte ein bisschen in dem umfassenden Bericht schmökern.

Ich stelle den Antrag, dass dieser Bericht angenommen wird. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 13.01 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen zur nächsten Wortmeldung. Das ist die Frau Abgeordnete Halper.

Bevor ich ihr das Wort erteile, erlaube ich mir Folgendes zu sagen. Es wäre schön, wenn die Kolleginnen und Kollegen des Landtages ihren Kolleginnen und Kollegen mehr Aufmerksamkeit schenken, denn die Präsenz als solche lässt mehr als zu wünschen übrig. Ich betone das ganz besonders.

Frau Abgeordnete Halper, Ihre Jungfernrede, Sie sind dran, bitte.

Abg. Halper (13.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Uns liegt der 15. Umweltschutzbericht des Landes Steiermark vor. Ein Bericht mit 502 Seiten, 14 Kapiteln und vielen anschaulichen Grafiken und Tabellen. Ein Bericht, der viele Informationen über die Situation des Landes Steiermark enthält, der aber auch jene Punkte aufzeigt, die verbesserungswürdig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich halte den Bericht für ausgezeichnet, da er uns genau aufzeigt, was im letzten Jahr für den Bereich Umweltschutz getan wurde und vor allem wie man mit diesem Thema umgeht. Denn dies ist klarerweise ein Punkt, den ich vor allem im Umweltschutzbericht als außerordentlich gut empfunden habe, dass man hier versucht, auf neutrale Art und Weise Probleme aufzuzeigen und damit dieser Landesregierung einen klaren Auftrag erteilt, dass dieses Thema noch lange nicht abgeschlossen ist.

Auf einige dieser Problemzonen möchte ich heute noch näher eingehen. Dies soll aber keine wesentliche Kritik sein, sondern vielmehr eine Anregung, sich weiter mit diesem Thema auseinander zu setzen und vor allem auch das Arbeitsprogramm in die Tat umzusetzen, denn Frau Landeshauptmann und ihre Regierung haben sich viel vorgenommen, angefangen von der Erhöhung der erneuerbaren Energieformen, über die Attraktivierung

des öffentlichen Verkehrs bis hin zum Schutz von Wasser und Wald. Doch bevor ich mit den angekündigten Punkten fortfahre, möchte ich mich noch bei jenen Personen bedanken, die diesen Bericht erstellt haben. Ich habe mich das erste Mal ausführlich mit diesem Bericht beschäftigt und musste feststellen, dass er in der Handhabung ausgezeichnet gestaltet wurde.

Nun möchte ich mit jenen Bereichen fortfahren, die ich bereits zuvor angekündigt habe und die meiner Meinung nach sehr wohl zu verbessern sind. Auf den Seiten 118 bis 139 sind jene Organisationen und Vereine aufgelistet, die sich mit der Bewusstseinsbildung innerhalb der steirischen Bevölkerung auseinandersetzen. So wurden im Jahre 1999 neun Veranstaltungen zum Thema Abfallwirtschaft gemacht, die Kampagne „Wertvolle Steiermark weiter, weil wir weiter denken“, abgewickelt und wir haben in den steirischen Gemeinden Abfallberater und Abfallberaterinnen sowie das Abfalltelefon des Landes Steiermark, das als Servicestelle fungiert, um hier nur einige zu nennen. Dennoch muss im Bereich der Bewusstseinsbildung noch vieles gemacht werden und ich halte es für äußerst notwendig Kampagnen fortzuführen und auch weitere Informationsmöglichkeiten ins Leben zu rufen, um der steirischen Bevölkerung mit Nachhaltigkeit klar zu machen, dass diese kleinen Schritte der Mülltrennung unbedingt notwendig sind. Was mir allerdings in der genaueren Betrachtung aufgefallen ist, ist, wie diese Kampagne im heurigen Jahr abgewickelt worden ist. Mir ist irgendwie nicht bekannt, dass diese Kampagne auch wirklich in der Bevölkerung angekommen ist. Dieser Appell geht sehr wohl an Sie, Herr Landesrat Pörtl, darauf zu achten, dass Kampagnen auch greifen. Wenn wir uns einmal die Prognosen der Abfallwirtschaft für das Jahr 2003 ansehen und diese Prognosen auch erreichen wollen, dann wird es notwendig sein, mit der Öffentlichkeitsarbeit in erster Linie die Bevölkerung zu erreichen.

Besonders wichtig erscheint mir auch die Unterstützung der steirischen Berg- und Naturwacht, die darum bemüht ist, die so genannten „wilden Deponien“ aufzustöbern und den Unrat von dort zu beseitigen. Ich möchte mich von dieser Stelle aus auch recht herzlich bei den Damen und Herren der steirischen Berg- und Naturwacht für ihren großartigen Einsatz bedanken, denn sie sind diejenigen, die bemüht sind, Autowracks zu beseitigen oder Unrat entlang der Waldwege, der steirischen Bäche und Flüsse zu entsorgen, aber auch abgelagerte Haushaltsgeräte, wie Kühlschränke und Fernseher et cetera einzusammeln. Und hierbei wird es auch notwendig sein, die Damen und Herren der steirischen Berg- und Naturwacht zu unterstützen und vermehrt Aufklärung in diesem Bereich zu betreiben. Wie im Umweltschutzbericht festgehalten ist, wird aus mehreren steirischen Bezirken berichtet, dass zunehmend in der Landschaft Unrat und Abfall abgelagert wird und die Zahl der „wilden Deponien“ am Zunehmen ist.

Ein weiterer Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Thematik des Strahlenschutzes. Es wird zwar im Umweltschutzbericht das Strahlenfrühwarnsystem, das im Zusammenhang mit dem AKW Krško installiert wurde, angesprochen, dennoch bin ich keineswegs davon überzeugt, dass dieses Strahlenfrühwarnsystem wirklich einen Schutz für die steirische Bevölkerung darstellt. Ich frage mich nämlich, was bringt uns ein Strahlenfrühwarnsystem, das uns eine Stunde früher informiert, vor allem was ist eine Stunde früher und was kann ich in dieser einen Stunde früher erreichen? Wir kennen alle die Auswirkungen, die der Reaktorunfall in Tschernobyl mit sich gebracht hat und ich bin sehr froh, dass dieses Atomkraftwerk letzte Woche abgeschaltet worden ist und es ist auch eine Frage der Verantwortung gegenüber der steirischen Bevölkerung, es bei Krško nicht so weit kommen zu lassen. Sehr geehrte Damen und Herren, ich will hier keine Krško-Debatte anzetteln, aber es ist nach wie vor ein Thema, mit dem sich die Steiermark auseinandersetzen hat, vor allem im Hinblick auf die Schließung des ÖDK Voitsberg. Immerhin bringt ein Ausstieg Sloweniens aus der Atomenergie nicht nur mehr Sicherheit für die steirische Bevölkerung, es würde auch die Möglichkeit geben, die rund 1000 Arbeitsplätze in der Region Voitsberg zu erhalten. Hierbei könnte Voitsberg in der Ausstiegsphase Ersatzstrom nach Slowenien und in jene Gebiete Kroatiens liefern, die von Krško abhängig sind. Ich sehe es sehr wohl als Appell an diese Landesregierung, sich eingehend mit dieser Thematik zu befassen, die ja schon öfters angesprochen worden ist, denn es geht hier um Sicherheit und um Arbeitsplätze. Ich erwarte mir sehr wohl, dass hier mit höchster Verantwortung gegenüber den Betroffenen gehandelt wird, vor allem aber plädiere ich darauf, diesen Absatz im Arbeitsprogramm noch zu überdenken und gegebenenfalls zu überarbeiten, nämlich hinsichtlich der Schwierigkeiten, die es mit den Betreibern des tschechischen Atomkraftwerkes Temelin und der tschechischen Regierung gegeben hat.

Ein weiteres Kapitel, das ich heute ansprechen möchte, ist jenes der erneuerbaren Energieformen. Es ist dabei erfreulich, dass man der erneuerbaren Energie in den letzten Jahren zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wie aus dem vorliegenden Bericht zu entnehmen ist, gibt es in der Steiermark bereits 102 Biomassenah- oder -fernwärmenetze, 59 Mikronetze sowie 18 Biomasseobjektversorgungen. Diese Zahlen sind keine endgültigen Zahlen, denn gegen jegliche Bedenken und Diskussionen bei der Installierung von neuen Standorten für Nah- oder Fernwärmenetze aus Biomasse kann davon ausgegangen werden, dass die bestehenden Ressourcen noch lange nicht ausgeschöpft sind. Aus diesem Grund stimmt es mich auch etwas bedenklich feststellen zu müssen, dass es im letzten Jahr eine Stagnation im Bereich der neuen Energieformen gegeben hat. Doch, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben uns ein Ziel gesetzt, ein Ziel, das besagt, dass im Jahr 2005 3 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern bereitgestellt zu werden haben. Dieses Ziel ist ernst zu nehmen und es bedarf hierbei unverzichtbare Voraussetzungen es zu erreichen. Vordergründig ist hierbei natürlich der politische Wille. Zusätzlich bedarf es aber auch der budgetären Bedeckung von Investitionsförderungen. Die Förderung erneuerbarer Energieformen ist für mich ein wesentlicher Bestandteil eines Umweltschutzprogrammes und es ist dabei ein besonderes Augenmaß auf diesen Bereich zu legen. Aber nicht nur

Biomasse, Solarenergie und Wind sind hierbei zu unterstützen, da sie die aussichtsreichsten Optionen darstellen, auch alle übrigen erneuerbaren Energieträger, wie Fotovoltaik oder Geothermie, um hier nur einige zu nennen, sind zu forcieren.

Zum Abschluss merke ich noch an, es tut mir zwar sehr Leid, dass Herr Landesrat Hirschmann nicht anwesend ist, aber ich bin wirklich sehr froh, dass er nicht mehr für den Naturschutz zuständig ist, denn im Umweltschutzbericht finden sich lediglich vier Seiten zu diesem Thema. Es hat mich zwischendurch irgendwie verwundert, warum er überhaupt dieses Ressort annehmen konnte, weil es hat auf mich immer den Eindruck gemacht, dass es nicht wirklich sein Lieblingsthema ist. Ich weiß ehrlich gesagt auch nicht, ob sein Vorwort ironisch zu deuten ist, denn in seiner Schlagzeile findet man den Übertext „Natur mit den Menschen und für die Menschen“ und im darauf folgenden Text wird eigentlich nicht wesentlich auf diese Schlagzeile eingegangen. Anscheinend ist für den Herrn Landesrat Hirschmann das Thema Naturschutz mit der Feststellung, dass wir am A1-Ring die schönste Naturbühne von allen Grand-Prix-Strecken haben, abgedeckt. Ich muss sagen, Herr Landesrat Pörtl, ich bin froh, dass Sie diesen Bereich jetzt übernommen haben. (Landesrat Dörflinger: „Warte ab!“) Gut, es ist Vorschuss, aber ich wäre froh, wenn Herr Landesrat Pörtl diesen Bereich ernster nehmen würde. (Landesrat Pörtl: „Frau Kollegin, Sie sind stolz auf sich, lassen Sie sich nicht verderben!“) Ich setze schon sehr große Erwartungen in Sie und hoffe, dass Sie sich auch mehr mit diesem Bereich beschäftigen werden. Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 13.12 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung: Ich erteile der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort.

Abg. Dietrich (13.12 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Uns liegt der „Grüne Bericht“ vor, der, so wie schon in den letzten Jahren, leider eine nicht allzu erfreuliche Situation der Bauern in unserer Steiermark wiedergibt. Ich weiß schon, viele Kollegen wahrscheinlich in allen Fraktionen sagen, das ist schon typisch für die Bauern: nur jammern, nur jammern, ihr mit euren Problemen. Aber die Situation ist ernster, als sie wahrscheinlich die Mehrheit der Bevölkerung einschätzt. Wenn wir das landwirtschaftliche Einkommen von 1999 betrachten, so hat es sich gegenüber dem Vorjahr wiederum um 3 Prozent vermindert.

Kaum eine andere Berufsgruppe würde mit ständigem Einkommensrückgang leben, ohne nicht sofort zu protestieren, auf die Barrikaden zu steigen. Die Bauern erdulden diesen Einkommensrückgang und meiner Meinung nach, glaube ich, oft vielmals zu leise. Das Einkommen 1998 betrug je Familienarbeitskraft 160.000 Schilling, 1999 155.000 Schilling. Wenn man die Steiermark dann vergleicht mit anderen Bundesländern, so müssen wir auch sehen, dass wir im Bereich der Pensionisten mehr als 40,5 Prozent Ausgleichszulagenbezieher haben. Damit ist die Steiermark österreichweit an der Spitze. Das heißt, unsere steirischen Bauern sind, österreichweit gesehen, im Österreichschnitt bei den Ärmern dabei. Die Betriebseinnahmen sind stärker zurückgegangen als die Betriebsausgaben und es wird immer schwerer, mit den Einnahmen die Ausgaben zu bezahlen. Die Preisschere hat sich 1998 um 20 Prozent zuungunsten der Landwirtschaft geweitet, 1999 sogar um 25,5 Prozent. Wenn man den Index für land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse in den letzten 15 Jahren anschaut, so ist er nahezu gleich geblieben. Von 100 Prozent 1986 auf 99,4 Prozent 1999, während die Fremdlöhne in diesem Zeitraum auf 153,4 Prozent gestiegen sind. Das heißt am Schluss, dass es für Bauern mit ihren Einkommen immer schwieriger wird, mit dem Geld, das sie durch ihre agrarischen Produkte erzielen, auszukommen. Es wird immer schwieriger, Fremdarbeitskräfte einzukaufen, Leute dafür zu bezahlen, dass sie Tätigkeiten am Hof ausüben oder eben Firmen zu beauftragen, dass diese Instandhaltungsarbeiten, Investitionen und vieles andere mehr im Auftrag der Bauern verrichten.

Eine interessante betriebswirtschaftliche Zahl ist der Ist-Soll-Einkommensvergleich. Das Soll-Einkommen in der Landwirtschaft müsste sich eigentlich aus dem Lohnansatz und dem Zinsansatz für das eingesetzte Kapital, das ja die Bauern zwangsläufig mitbringen für die Produktion, errechnen. 1998 war das Ist-Einkommen nur 47 Prozent vom Soll-Einkommen, 1999 nur mehr 44 Prozent. Ein Vergleich mit 1992, damals haben sie zumindest noch 53,7 Prozent jenes Einkommens, das ihnen auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit und der Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals zustehen würde, erzielt.

Noch ein Punkt ist mir bei der Betrachtung des „Grünen Berichts“ aufgefallen, das war die Altersstruktur der Betriebsinhaber. In Österreich sind mehr als 30,9 Prozent der Betriebsinhaber älter als 55 Jahre. Diese Zahl ist im EU-Schnitt sogar noch gering, aber man muss bedenken, dass 23 Prozent der Betriebe bereits von Pensionisten geführt werden. 23 Prozent – und das, obwohl die Bauern jene Familien sind, die mehr Kinder haben als der durchschnittliche Österreicher, so gibt es doch immer wieder weniger oder immer weniger junge Leute, die sich bereit erklären, am Hof zu bleiben, ihre Zukunft am Hof zu gestalten.

Meine geschätzten Damen und Herren, mit dem EU-Beitritt hat sich für die österreichische Landwirtschaft sehr vieles verändert. Wir sind in einem gemeinsamen System, in dem Agrarriesen und industrielle Landwirtschaft unsere Konkurrenten sind. Und gerade in den letzten Tagen hat dieses System gezeigt, wo die Grenzen liegen, wo die Skrupellosigkeit beginnt, wie der Umgang mit der Natur dort vorgenommen wird und wie letztendlich mit welcher geringeren Verantwortung mit den Lebewesen umgegangen wird.

Der BSE-Fall ist nicht nur eine Krankheit, er ist Ausdruck einer Geisteshaltung im Umgang mit der Natur und er ist Ausdruck für ein krankes Agrarsystem. Die steirischen Bauern haben über Generationen hinweg mit ihrer Kleinstruktur bewiesen, wie man nachhaltig verantwortungsvoll mit Grund und Boden umgehen kann, wie man wertvolle Lebensmittel erzeugen kann zum Wohle für die gesamte Bevölkerung. Jetzt geht es um das Über-

leben! Es geht aber nicht nur ums Überleben für die Bauern, das ist vielleicht vordergründig, wenn immer billigere Agrarprodukte auf den Markt kommen. Zuerst mag es die Bauern treffen, aber der zweite Schritt ist klargelegt. Im zweiten Schritt wird es die Konsumenten treffen, nämlich dann, wenn es nicht gelingt, diese bäuerliche Struktur zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, dass tatsächlich Lebensmittel und nicht nur irgendwelche Magenfüller produziert werden sollten.

Ein geschichtlicher Rückblick über BSE muss uns allen zu denken geben. Den englischen Tierarzt David B. machte es stutzig, als die Versuchskuh 133 die Augen überdrehte, sich nicht mehr auf den Beinen halten konnte, nicht mehr fraß. Und als der britische Arzt ein Jahr später eine schwammige Hirnmasse in seinen Händen hielt, wusste er noch nicht, was das tatsächlich war. Es war das Hirn des ersten an BSE erkrankten Rindes. 1986 fand die Analyse statt und dann war es klar, was diese Seuche, diese Krankheit für uns alle bedeuten kann. Das war 1985. Seither konnte sich die Seuche nahezu ungehindert über ganz Europa ausbreiten. 14 Jahre lang hat es in diesem europäischen Agrarsystem gedauert, bis das Verfütterungsverbot von Tiermehl durchgesetzt werden konnte und ist ein Rückblick auf 14 Jahre Fehleinschätzung seitens der EU. Ende der Achtziger und Anfang der Neunziger spielte besonders Großbritannien das Problem herunter. In den Agrar- und Gesundheitsausschüssen der EU wurde unter anderem genannt, das Risiko für Menschen ist verschwindend gering. Es besteht eigentlich kein Handlungsbedarf und Tiermehl wurde weiter verfüttert. Etliche Beschlüsse von Kollegen dieser Ausschüsse wurden zum Stopp gebracht, weil es immer wieder Gutachten und Gegengutachten von Großbritannien und von vielen Vertretern der Agrarlobbys gegeben hatte. Es ist erfolgreich gelungen, nichts in dieser wichtigen Sache zu unternehmen. Als dann Mitte der neunziger Jahre die Seuche in England eskalierte und tausende Rinder krank wurden, akzeptierten die Briten erstmals das Exportverbot. Rückblickend wissen wir heute, dass es viele illegale Ströme gegeben hat. Es wurde sowohl Fleisch exportiert von Großbritannien und es wurde auch Tiermehl weit über Europa hinaus verfrachtet.

Wie groß die Gefahr für Europa ist, dazu einige Zahlen: In Großbritannien hat es bisher 177.456 Fälle gegeben. Es gibt eine Statistik, die sagt, dass jeder Brite in seinem Leben zirka 50-mal auf seinem Teller Fleisch eines BSE-infizierten Rindes genossen hat. In Frankreich gibt es derzeit 192 Fälle und da gibt es auch eine Studie der Wissenschaftlerin Christl Tonelli, die hat französische Daten mit britischen Erfahrungen hochgerechnet und die vermutet, dass heuer zwischen 50 und 100 BSE-krankte Tiere regulär im Handel gelandet sind. Deutschland – ich glaube, wir alle haben das mit großer Angst verfolgt – hatte in den letzten Tagen einige BSE-Fälle, die schon sehr nahe der österreichischen Grenze waren. Und Deutschland ist in seinem Umgang sehr sorglos. Zum Unterschied von Österreich dürfte man hier sehr gedankenlos handeln. Es sind zwar die BSE-Tests für Schlachtrinder verpflichtend, aber einer Zeitung zufolge habe ich gelesen, dass immer mehr deutsche Tiere jenseits der Grenze geschlachtet werden, dass die Tiere lebend nach Holland transportiert werden, dort geschlachtet werden, um sich die 250 D-Mark für die Untersuchung zu sparen und dann ganz regulär wieder auf dem deutschen Warentisch landen.

Was das Tiermehlverfütterungsverbot betrifft, so hat es eine Stichprobe in Sachsen-Anhalt gegeben, wo jede fünfte Futtermittelprobe Tiermehl enthält, und zwar waren das von 435 Proben immerhin 88, in denen Tiermehl enthalten war. Zum Risikomaterial: Auch da scheint der Umgang unseres Nachbarn ein sehr lockerer zu sein. Das Institut für Lebensmittelhygiene Leipzig hat 600 Würste getestet. Davon war in 9,7 Prozent der Leberwürste und in 20 Prozent der gekochten Metwürste Nervenmaterial enthalten. Österreich ist mit den Maßnahmen, die bereits vor Jahren von verantwortungsvollen Politikern getroffen wurden, Vorreiter, Vorreiter für die Bauern, aber auch für die Sicherheit der Konsumenten in dem Bereich gewesen. Es gibt allerdings Fakten, die die Konsumenten verunsichern, nämlich dann, wenn man weiß oder den Zeitungen entnimmt, dass zwischen 1988 und 1990 immerhin 234 lebende Tiere aus England importiert wurden und zwischen 1993 und 1997 253 aus den Niederlanden. Ich glaube, ein Punkt, der wirklich zu arger Kritik ruft, ist der, dass es bis dato über Jahre hinweg Bemühungen gegeben hat und wir haben gemeinsam Beschlüsse in den letzten fünf Jahren gefasst, dass doch endlich dort, wo das Gütesiegel A oben ist, ausschließlich österreichische Qualität drinnen sein darf. Jetzt sagt die Wirtschaft, wir verzichten darauf, bei Fleisch- und Wurstwaren A-Stempel hinaufzugeben. Ich glaube, hier hat sich die Landwirtschaftsvertretung viel zu schwach gegen die Wirtschaft durchgesetzt, weil es hätte schon längst stattfinden müssen. Für mich ist es auch jetzt zu wenig genau, wenn man zwar Fleisch- und Wurstwaren ausnimmt, auf der anderen Seite ist es aber noch immer möglich, dass ukrainischer Honig mit dem A-Stempel versehen wird, wo der Konsument dann glaubt, juhu, österreichische Ware, darauf kann ich mich verlassen. Bisher war es so, dass in einer Wursthaut ausländisches Fleisch mit österreichischem Fleisch als österreichische Ware deklariert werden konnte und das gehört auf der Stelle abgeschafft. Ich bin froh, dass dieser Schritt unternommen wird. Ich wünsche mir aber, dass er auf endgültig unternommen wird und nicht nur vorübergehend und dass er alle Lebensmittel betrifft. Einen diesbezüglichen Beschlussantrag werde ich dann noch einbringen.

Noch ein Aspekt im Bereich von BSE: Man hört immer wieder, dass mangelnde Erhitzung von Tiermehl mit Schuld ist, dass sich die Prionen weiter verbreiten konnten. Es gibt einen Versuch, wonach bei 600 Grad und 15 Minuten noch immer Prionen intakt waren, das heißt, Krankheitserreger noch immer erhalten bleiben. Ich bringe zum Schluss noch eine Überlegung aus einer Ärztezeitschrift ein. Dort war zu lesen, dass das Referenzzentrum für Prionenkrankheit in München erforscht hat, dass auch genetische Grundlagen entscheidend sind, ob jemand an BSE erkrankt oder nicht. Es ist ein ganz bestimmtes genetisches Merkmal dafür ausschlaggebend, nämlich wenn die Aminosäure Methionin an einer bestimmten Position ist. Dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass man erkrankt, eine sehr hohe, denn alle 89 an der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit erkrankten Personen haben genau diese genetische Struktur. Man weiß jetzt nicht, sind alle anderen 60 Prozent immun, bekommen diese die

Seuche überhaupt nie oder ist mit einem zweiten Schub zu rechnen, das heißt, dass in einem verzögerten Ablauf, mit einer geänderten Inkubationszeit die Krankheit vielleicht sogar in einer etwas anderen Form auftreten kann.

Ich bringe nun den Beschlussantrag der Abgeordneten Dietrich und Graf ein. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens unverzüglich Mittel aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung zu stellen und Richtlinien für ein Soforthilfeprogramm für die steirischen Rinderbauern zu erlassen, die eine rasche, unbürokratische Hilfe garantieren, zweitens verschärfte Kontrollen bei Futtermitteln durchzuführen (das halte ich für besonders wichtig als Zeichen den Konsumenten gegenüber, wir haben nichts zu verstecken, unsere Futtermittel sind in Ordnung, unsere Ware ist in Ordnung und das ist auch zu dokumentieren, wenn wir glaubwürdig sein wollen) und an die Bundesregierung heranzutreten, damit erstens das „Made-in-Austria-Gütesiegel“ generell für Lebensmittel verboten wird und zweitens den „Etikettenschwund“ in Österreich zu durchforsten, um damit mehr Transparenz für die Konsumenten zu schaffen.

Abschließend eine kurze Bemerkung: Wie immer man auch an diese Krankheit herangeht, sie führt zu einer starken Verunsicherung für die Konsumenten und sie ist ein großer Schaden für die Landwirtschaft. Ich befürchte, das ist erst der Anfang unserer Diskussion. Ich glaube, wir müssen einen klaren Schlussstrich ziehen: Tiermehl muss aus der Nahrungskette herauskommen und es muss 100-prozentig der Stofffluss überprüft und dokumentiert werden können. Wir müssen Ideen einbringen, wie Tiermehl sinnvoll anderwärtig verwendet werden kann und Landesrat Schöggel hat diesbezüglich schon einen Fonds eingerichtet, um Leute zu motivieren, hier in dem Bereich etwas zu machen. Ich glaube, das ist sehr wichtig.

Nachdem wir jetzt die Weihnachtszeit haben, ein kleiner Sidestep: BSE hat auch dort Einzug gehalten. Der Renner in Frankreichs Spielzeugläden war – man glaubt es kaum – eine gescheckte Kuh als Stofftier, batteriebetrieben, die BSE-Symptome zeigt. So viel zum Thema Geld und Charakter. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen allen besinnliche Weihnachten! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 13.30 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (13.31 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte kurz zum Bodenschutzbericht 1999 Stellung nehmen. Es ist der zwölfte Bericht und ist wie immer sehr übersichtlich und ausführlich und liegt jedem Abgeordneten vor. Ich darf auch den Verfassern, Herrn Hofrat Köck und vor allem dem verantwortlichen Herrn Dr. Krainer, danken für diese Übersichtlichkeit. Der Bericht 1999 ist wesentlich anders als der Bericht 1998. Im Bericht 1998 wurde versucht, ein repräsentatives Bild des Bodenzustandes über die ganze Steiermark zu legen und der Bericht 1999 geht von Extrembelastungen aus. Man hat die Standorte herausgesucht, wo Extrembelastungen erwartet werden. In der Zusammenfassung ist auch beschrieben, was Bodenanalytik heißt. Das ist ein Blättern im Geschichtsbuch der Umweltsünden, es ist Grundlagenforschung zur Produktion gesunder Lebensmittel, es ist ein wichtiger Teil einer umfassenden Umweltkontrolle. Im Bericht wurden historische Bergbaugebiete, Industrieregionen, auch Gebiete, wo es extremen Straßenverkehr gibt und Tontaubenschießplätze untersucht. Als ich das im Bericht zuerst gelesen habe, habe ich mir gedacht, was soll das für eine Bedeutung haben? Wenn man das dann genauer durchliest, weiß man, dass es dort zu Extrembelastungen kommen kann. Bei den historischen Bergbaugebieten hat sich ergeben, dass natürlich extreme Belastungen vorherrschen können, größtenteils naturgegeben. Anders bei den Industrieregionen: Dort ist die Belastung geringer. Wenn eine Belastung jedoch vorliegt, ist sie auch mindestens so gefährlich, weil sie leichter mobilisierbar ist. Bei den Bodenbelastungen des Straßenverkehrs hat es für mich eigentlich eine Überraschung gegeben, dass man zum Beispiel bei der Ennstal Bundesstraße überhaupt keine nennenswerten Belastungen festgestellt hat. Bei der Nordeinfahrt von Graz hat es geringfügige Überschreitungen bei den Bleiwerten gegeben und bei der Packautobahn hat man erhöhte Werte bei Blei und Cadmium festgestellt.

Aber in Summe kann man sagen, dass die Belastung vom Straßenverkehr wesentlich geringer ist als von der Industrie.

Und nun zu den Tontaubenschießplätzen. Hier. Diese sind nur punktuell und sehr kleinräumig. Hier kann es zu gewaltigen Überschreitungen kommen, im Einzelfall bei Blei um das 50-fache und bei den polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen um das bis zu 300-fache. Also das ist schon gewaltig, wobei aber zusammenfassend hier festgestellt wird, dass es trotzdem relativ ungefährlich ist, weil die Wasserlöslichkeit relativ gering ist. Es gibt derzeit 789 Standorte in der Steiermark, das Ziel ist 1000 Standorte einzurichten. Das wird man im Jahr 2006 bis 2007 erreichen. Ist natürlich wichtig, weil es wichtig ist, dass der Bodenzustand bekannt ist und dass auch Folgeuntersuchungen durchgeführt werden. Ich glaube, abschließend darf ich feststellen, dass wir alle wissen, dass der Boden der Nährstofflieferant der Pflanzen ist und auch für die Speicherung des Wassers zuständig ist. Und da ist es umso wichtiger, über den Zustand Bescheid zu wissen und ich glaube, die Hauptverantwortlichen für den guten Bodenzustand in der Steiermark sind unsere Landwirte, die tagtäglich damit zu arbeiten haben. Das geht aus diesem Bericht nicht hervor, aber sehr wohl aus dem letzten Bericht aus dem 98er Jahr, da hat sich sicherlich in den letzten Jahren nichts geändert.

Ein Wort noch zur Kollegin Halper, weil hier auch der Umweltschutzbericht behandelt wurde und sie das Kraftwerk ÖDK und den GKB-Bergbau angesprochen hat. Es ist natürlich ein schöner Wunsch, wenn wir den Strom liefern könnten für Krško. Das war auch immer eine Forderung vom Abgeordneten Porta, aber es wird ein frommer Wunsch bleiben, weil wir alle wissen, die Realität ist eine andere. Es muss diese Stromlieferung finan-

ziert werden. Und selbst wenn man die Finanzierung auf die Beine stellen könnte, dann kann die ÖDK und GKB nur überleben, wenn es Zuschüsse gibt und diese Zuschüsse müssen wiederum in Brüssel genehmigt werden.

Und zur BSE-Geschichte: Wir werden diesem Entschließungsantrag der Freiheitlichen zustimmen, weil die einzelnen Punkte an sich alle in Arbeit sind und ich darf ganz besonders dem Landesrat Erich Pörtl und der Landesregierung danken, dass 10 Millionen als Soforthilfe zur Verfügung gestellt werden, damit das Tiermehl entsorgt werden kann und damit auch die Schlachthöfe weiter produzieren können. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.36 Uhr.)

Präsident: Heute haben wir eine Reihe von Erstrednerinnen und Erstrednern. Ich bitte die Frau Abgeordnete Graf ans Rednerpult. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (13.36 Uhr): Ich beziehe mich noch mal auf den Umweltschutzbericht. Der Umweltschutzbericht 1999 ist sehr umfassend. Er ist jedoch konzentriert mit Daten und Fakten – wie schon festgestellt wurde. Er ist jedoch nicht nur für Fachexperten interessant, sondern auch für die Öffentlichkeit. Grundlagen sind hier niedergeschrieben, die es erleichtern, den Handlungsbedarf für die Zukunft festzustellen.

In Anlehnung an den letzten Klimaschutzgipfel, bei dem es zu keinem wesentlichen Ergebnis gekommen ist, muss und möchte ich für die Zukunft der Steiermark die Wichtigkeit dieser Themen, die im Umweltschutzbericht angesprochen werden, betonen. Wir sollten mit gutem Beispiel voran sein und Maßstäbe vorlegen, wie wir es zum Beispiel schon tun bei den Abfallannahmekriterien, wo die österreichische Deponieverordnung ein höheres Schutzniveau aufweist als die EU-Richtlinie. Aus gutem Grund wird und wurde schon seit längerer Zeit dem Thema Umweltschutz in der Steiermark viel Beachtung gegeben. Aber wir alle haben die Pflicht, weiter zum Wohl unserer Zukunft und der nachkommenden Generationen an diesen Themen zu arbeiten, zu verbessern und Lösungen zu Problemen zu finden.

In dem Kyoto-Abkommen, welches 1997 bei der Klimakonferenz in Kyoto abgeschlossen wurde, haben die Länder je nach Stand von 1990 ausgehend die Reduktion ihrer so genannten Treibhausgase beschlossen. Österreich ist verpflichtet, die Emission dieser Gase, zu welchen zum Beispiel Kohlendioxid und Methan gehören und noch andere, um 13 Prozent zu reduzieren. Und das bis zum Jahr 2010. Wenn wir keine Maßnahmen gesetzt hätten und weiter setzen, würden die Emissionen bis zum Jahr 2012 auf 82 Millionen Tonnen statt zu der verpflichtenden Reduktion auf 66 Millionen Tonnen CO₂ äquivalent steigen. Und immer größere Probleme in Form von immer größeren Müllmengen, die verbrannt werden müssen und auch das akute Problem Tiermehl – bei dem bis jetzt auch nur über Verbrennung nachgedacht wird – belasten unsere Luft, unseren Boden und vieles mehr. Vielleicht kann durch den Forschungspreis von 150.000 Schilling – ausgesetzt von Landeshauptmannstellvertreter Schögggl – für das Tiermehl eine Lösung im Sinne von Wiederverwerten gefunden werden und durch neue technische Verwertungsmöglichkeiten, die mit diesem Forschungspreis gefunden werden sollen, muss es nachweislich verhinderbar sein, dass BSE-Fleisch in die Nahrungskette kommt. Die Natur ist etwas Einzigartiges mit ihrer Vielfalt an Pflanzen und Tieren. Und wir nützen vieles dieser Einzigartigkeit in der Landwirtschaft und achten darauf, das sehen wir auch jetzt an den BSE-Fällen. Gott sei Dank bis jetzt nur im Ausland. Fördern wir durch den Kauf unserer Bioprodukte unsere Bauern. Sie sorgen für die Versorgung durch gesunde Lebensmittel und pflegen die Landschaft. Österreichs Programme für umweltgerechte Landwirtschaft sind Voraussetzungen für ziel- und zukunftsgerichtete, den natürlichen Lebensraum schützende Landbewirtschaftung. Weitere Maßnahmenbereiche liegen zum Beispiel in der Abfallwirtschaft, wo es gute Ideen gibt, wie im Umweltschutzbericht die waschbaren Windelsysteme. Leider liegt die Bedeutung dort erst zwischen 5 und 15 Prozent. Auch die Raumwärme wird weiterhin ein Thema sein und Hilfe für Biomasseheizungen, Hackschnitzel, Pellets und Solar-konzepte bieten Förderungen und der gestiegene Heizölpreis, der noch vor ein paar Jahren so tief war, dass Ölheizungen eine sehr beliebte Form waren. Bewusstseinsbildung ist hier wie auch bei anderen Problemen die wirksamste Hilfe. Argumente wie Rohstoffe wiederverwenden, Arbeitsplätze in der Region halten, Wertschöpfung im Inland und Handeln in Kreisläufen sind für jeden verständlich und zugänglich. Und Deckelungen für Förderungen dieser Heizsysteme, wie sie jetzt in manchen Gemeinden beschlossen werden, halte ich nicht für zielführend. Wir liegen im Gegensatz zu Schweden noch zurück, die bei zirka 70 Prozent Biomasseheizungen hier Vorbild sind. Bei biogener und erneuerbarer Energie sind wir mit 33 Prozent in der Steiermark Vorreiter, im Gegensatz dazu zum Beispiel England 0,8 Prozent, Niederlande 0,7 Prozent. Und ich gehe davon aus, dass es der politischen Verantwortung auch weiterhin wichtig ist, die Grüne Mark erblühen zu lassen. So wie auch beim Atomenergiethema: Dieser Energieform sind wir ausgeliefert. Und wenn wir unser Leben und unser Land so erhalten wollen, gibt es nur eines: Mittelfristiger Ausstieg für EU-Länder und zukünftige Beitrittsländer aus der Atomstromgewinnung.

Der Verkehr, die Mobilität ein Schlagwort. Über unsere eigene Bequemlichkeit und die eigenen Vorstellungen dieser hinaus müssen wir auf die Umwelt achten, denn wie in den frühen neunziger Jahren, wo technische Entwicklungen in der Emissionsreduktion am Kfz-Sektor noch aufwiegen konnten, sind heute steigende Zahlen bei Zulassungen und Zahl der gefahrenen Kilometer die Einsparungspotenziale gering. Im Verkehrsausbau bedarfsgerecht Prioritäten setzen – das macht unser Infrastrukturlandesrat Schögggl und ich gehe mit der Zustimmung dieses Hauses aus, dass es Ziele sind, durch geeignete Infrastrukturprojekte die Verringerung des CO₂-Ausstosses und so auch die Kyoto-Ziele zu erreichen. Wir dürfen uns glücklich schätzen, wir leben in der Steiermark und müssen Sorge tragen, dass es auch so bleibt.

Und betreffend den Entschließungsantrag der Grünen, wir unterstützen diesen Entschließungsantrag betreffend die 380-kV-Leitung durch die Oststeiermark. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest! (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 13.43 Uhr.)

Präsident: Damit kommen wir zur nächsten Wortmeldung. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gangl das Wort.

Abg. Gangl (13.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Der „Grüne Bericht“ ist eine Fundgrube von Daten und Zahlen zur Befindlichkeit und Leistung der Landwirtschaft. Neben den ökologischen und touristischen Leistungen will ich auch die vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft in Erinnerung bringen. Die Land- und Forstwirtschaft ist im Netz der arbeitsteiligen Volkswirtschaft eingebunden. Durch dieses Netz sind zirka 110.000 Arbeitsplätze geschaffen. Somit ist das ein wesentlicher Faktor am Arbeitsmarkt. Von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben getätigten Gesamtausgaben, also alle Betriebs- und Investitionsausgaben, werden im Bericht 1998/99 auf zirka 88 Milliarden Schilling geschätzt. Wenn man diese Zahl auseinanderlegt und sieht, dass zirka 80 Prozent dieser Summe nicht innerhalb der Landwirtschaft – sprich im Kreislauf – wieder umgesetzt werden, sondern in die Wirtschaft fließen, ist ersichtlich, welcher ein wichtiger Motor die Landwirtschaft im ländlichen Raum ist und es gilt, diesen Motor in Schwung zu halten. Mit der Sicherstellung der Kofinanzierungsmittel werden EU-Programme umgesetzt – es wurde heute schon ausführlich darüber in diesem Hohen Haus diskutiert. Hier wurde ein wichtiger Budgetansatz gesetzt und gesichert. Es ist auf Bundesebene unserem Landwirtschaftsminister Molterer und auf Landesebene Landesrat Pörtl zu danken, dass sie sich in diesem Bereich für diesen Budgetansatz eingesetzt haben. Wenn man das Arbeitsprogramm der steirischen Volkspartei zum Thema „Steirisches Agrarkonzept 2000 bis 2006“ ansieht und liest, dann ist ersichtlich, welche Zukunftsaufgaben zu lösen sind und welche man auch bereit ist zu lösen. Ich möchte nur einen Bereich herausheben. Besonders im Zuge der Osterweiterung sind folgende Prinzipien zur Sicherung der heimischen Landwirtschaft anzuwenden. Der freie Warenverkehr von Agrarprodukten kann erst dann zur Gänze erfüllt sein, wenn Umweltstandards, Hygienestandards, füttersanitäre Bereiche und die Tierchutzstandards angepasst sind. Bei erheblichen Preis- und Lohnunterschieden ist ein Regulativ einzuführen. Bei der Festlegung der Mengenregulative – hier spreche ich die aliquoten und Referenzflächen an – ist auf das Marktgleichgewicht Bedacht zu nehmen. Maßnahmen zur Kostensenkung sowie verstärkte Förderung von wettbewerbsfähigen Betriebsstrukturen, vor allem im Bereich der Schweinewirtschaft, der Obstwirtschaft und im Milchbereich, sind anzustreben. Ein weiterer wichtiger Ansatz ist, im nachgelagerten Bereich der Verarbeitung, diese zu stärken. Mit einer Loslösung von der Rohstoffproduktion hin zur Veredelung sind neue Wirtschafts- und Erwerbsbereiche zu erschließen, auch verstärkte Kooperationen innerhalb der Landwirtschaft sind anzustreben. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Osterweiterung ist eine Herausforderung für die Landwirtschaft, die wir annehmen. Es ist aber darauf zu achten, dass für die Landwirtschaft die geforderten und angesprochenen Punkte umgesetzt werden im Sinne der Entwicklung des ländlichen Raumes, insbesondere im Sinne der Landwirtschaft. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.47 Uhr.)

Präsident: Damit kommen wir zur nächsten Wortmeldung. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Rieser (13.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die heutige Debatte zum „Grünen Bericht“ gibt uns die Möglichkeit, dass wir uns im Hinblick auf die Förderung, die Modernisierung und Konkurrenzfähigkeit der steirischen Land- und Forstwirtschaft sowie der Ernährungswirtschaft auseinander setzen. Ich darf zuerst einmal allen Beamten und dir, Herr Landesrat, und deinen Abteilungen danken für dieses Nachschlagewerk. Wir haben vorhin gehört, dass es der 21. Bericht ist. Es gibt darin acht Kapitel, 319 Seiten und 60 Tabellen, Tabellen, die uns eigentlich alle gemeinsam zum Nachdenken zwingen. Mein Kollege Gangl hat vorhin die Einkommenssituation in der Landwirtschaft andiskutiert. Die Redner anderer Fraktionen haben über die Sorgen und die Anliegen, die zum größten Teil auch zu teilen sind, gesprochen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem die Betriebe auf Grund der geografischen Lage nicht alle in Talnähe sind und weil wir auch alle gemeinsam wissen, dass Betriebe auch hinauf in die höheren Regionen Gott sei Dank ansässig sind, bedarf es natürlich auch eines hohen finanziellen Aufwandes. Ich denke jetzt an das ländliche Straßennetz, ich denke an die Verkehrserschließung, ich denke an die Infrastrukturen, die dazu notwendig sind. Und hier kann man sagen, dass in diesem Berichtszeitraum sicherlich sehr viel geschehen ist. Man kann hier allen Verantwortungsträgern danken, man muss dem Herrn Landesrat danken, man muss aber auch ein Dankeschön und eine Anerkennung an die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft zum Ausdruck bringen. Nicht nur der Beratungsdienst draußen in den Bezirken funktioniert bestens, weil das sehen wir auch bei diesen Anträgen, die eingebracht werden und wo die Bäuerinnen und Bauern auch dementsprechend beraten werden, man merkt es auch und verspürt, wenn man mit den Berufskolleginnen und Berufskollegen diskutiert.

Das ländliche Wegenetz ist die Lebensader des ländlichen Raumes und kann in Zukunft, Hohes Haus, weder von den Bauern noch von den Gemeinden und auch nicht allein vom Land oder vom Bund finanziert werden. Es ist sehr interessant und man kann in diesem Zusammenhang der Abteilung 2 e, Herrn Hofrat Kürschner eine Anerkennung zum Ausdruck bringen, wenn man liest, dass 24.600 Kilometer das ländliche

Wegenetz umfasst und dass davon 16.600 Kilometer in Asphaltbauweise ausgerichtet ist, dass aber auf der anderen Seite 8000 Kilometer nicht ganz dem Stand der Technik entsprechen. Wir haben ein Ausbaunetz von 68 Prozent und aus derzeitiger agrarpolitischer Sicht ist mit einem Ausbaugrad von 75 Prozent sicherlich das Auslangen zu finden. Allein diese Hürde dorthin, auf diese 75 Prozent, zwingt uns natürlich, eine gemeinsame Finanzierungsform in Zukunft zu finden. 1900 Kilometer Wegenetz werden in der nächsten Zeit auszubauen sein. Derzeit liegen 745 Wegbauprojekte bei der Fachabteilung 2e auf mit einem Gesamtkostenaufwand von 1,4 Milliarden Schilling und mit einer Ausbaulänge dieser von 950 Kilometern. Straßen im ländlichen Raum mit überwiegend landwirtschaftlichem Charakter, Interessentenwege, höherwertige Hofzufahrten und hier fallen jene Straßen hinein, wo der Schulbus, die Müllabfuhr, Milchtransporte und so weiter durchgeführt werden, haben eine Länge von zirka 5000 Kilometern. Allein dafür sind für die Erhaltung, Umbau und Ausbau jährlich 220 Millionen Schilling notwendig. Es ist mir vollkommen bewusst, dass ohne ein mittel- beziehungsweise langfristiges Konzept weder die Landwirtschaft noch die Gemeinden in der Lage sind, dieses Straßennetz, das natürlich auch von allen sehr gerne beansprucht wird, zu erhalten. Unsere Hofzufahrtswege haben eine Länge von 4000 Kilometer, davon sind 2100 Kilometer ausgebaut. Ich habe es vorhin erwähnt, zirka 1900 Kilometer stehen noch an. Zirka 2000 Kilometer Hofzufahrtswege, die mit einer Makadamdecke ausgebaut sind, werden im Rahmen der Kreder-Aktion der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft erhalten. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die öffentlich-rechtlichen Weggenossenschaften, aber natürlich auch besonders die privaten Wegerhalter ansprechen, sie leisten einen wesentlichen Beitrag unseres gesellschaftspolitischen Auftrages im ländlichen Raum. Und im Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird es zu diesem Thema noch eine ausführliche Diskussion geben im Interesse des ländlichen Raumes, weil wir natürlich finanzpolitisch hier auch wichtige Entscheidungen zu treffen haben. Ich bin zuversichtlich, dass wir über die Fraktionen hinweg, wenn der Wille vorhanden ist, dass der ländliche Raum auch jenen Stellenwert von dieser Landtagsstube aus bekommen wird, der ihm eigentlich zusteht, dass wir das Problem ländliches Wegenetz mittel- und langfristig finanziell lösen werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.55 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (13.55 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Herren Landesräte! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist ja nicht gerade sehr motivierend für einen, der hier herausgeht, um über ein Thema zu sprechen, das eigentlich alle von den Sitzen reißen müsste. Geht es doch um Gesundheit, um Ernährung, um unsere Umwelt. Es ist schade, dass nicht mehr der Kolleginnen und Kollegen hier sind. (Abg. Gennaro: „Bernd, ...!“) Warte, Kurt, du kommst auch noch dran.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem dieses Hohe Haus beschlossen hat, die Punkte zehn, elf und zwölf in einem zu diskutieren und abzuhandeln und nachdem in diesen Punkten so viele Dinge mit drinnen sind vom Umweltschutzbericht, vom Bodenschutzbericht angefangen über die Forstwirtschaft bis hin zum Entschließungsantrag, BSE betreffend, sei es mir doch auch gestattet, ein bisschen näher in diese Dinge einzugehen. Ich könnte es mir an und für sich leicht machen und mich meinen Vorrednern anschließen. Grundsätzlich wäre das bei dieser Debatte ohne weiteres möglich gewesen. Obwohl ich natürlich der Frau Kollegin Graf nicht ganz folgen kann, denn wenngleich ich Landeshauptmannstellvertreter Schögggl sehr lange und sehr gut kenne und weiß, dass er ein an und für sich fleißiger Mensch ist (Beifall bei der FPÖ.), wenn er all dieses, was die Kollegin Graf aufgezählt hat, wirklich schon von sich aus in die Wege geleitet und getan hätte, er hätte wahrscheinlich keine Zeit mehr gehabt in dieser Zeit, seitdem er dieses Amt bekleidet, überhaupt sich zur Ruhe zu begeben. Jeder möge sich selbst ein Urteil darüber bilden. Ich kann sogar dir, lieber Herr Landesrat, Recht geben, wenn du gesagt hast, du bist stolz auf die Mischa Halper. Du hast recht damit, dass du stolz sein kannst auf eine junge Abgeordnete der Sozialdemokraten, die ihre Antrittsrede mit so viel Bravour geleistet hat und so viel Sachkenntnis bewiesen hat. (Beifall bei der SPÖ.) Ich muss ihr nur insofern ein bisschen widersprechen bezüglich des Lobes, das sie dir ausgesprochen hat, lieber Herr Landesrat. (Landesrat Pörtl: „Du bist auch schon verdorben!“) Ich schätze dich sehr, aber wenn ich daran denke, dass in diesem Umweltschutzbericht insgesamt auf mehr als 75 Seiten die Stoffflusswirtschaft, die Abfallwirtschaft beschrieben wird, aber mit keinem Wort oder nur am Rande erwähnt wird, wo die wirkliche Problematik in der Zukunft liegt, nämlich die wirkliche Problematik liegt darin, dass wir eine Deponieverordnung schon haben, die 2004 in Kraft treten wird und wo in diesem Umweltschutzbericht in Hinblick auf diese Deponieverordnung leider Gottes seitens des Landes nichts oder viel zu wenig drinnen steht. Die Gemeinden werden ins Trudeln kommen, wenn sie diese Deponieverordnung erfüllen werden müssen und nicht in der Lage dazu sind, weil einfach die notwendigen Einrichtungen – und ich spreche hier von den dezidiert angeführten Verbrennungsanlagen, die notwendig sind, wenn diese nicht vorhanden sind und das Land dafür nichts zur Verfügung stellt. Herr Landesrat, ich kann mich noch erinnern an die Anfänge der steirischen Abfallwirtschaft mit einem deiner Vorgänger, mit dem Herrn Landesrat Schaller. Es war nicht immer einfach, aber es war gut mit ihm zusammenzuarbeiten, weil er Initiativen gesetzt hat und weil man wirklich etwas weitergebracht hat. Ich traue dir das zu, Herr Landesrat. Ich bitte dich nur, endlich auf diesem Gebiet auch wirklich tätig zu werden. Im Einklang stehe ich mit der Wortmeldung der Kollegin Dietrich. Sie hat sehr fundiert von Fachwissen geprägt die Situation wirklich dargelegt. Und man hat sofort gespürt, dass da nicht nur Fachwissen dahintersteckt, sondern dass sie auch mit dem Herzen bei der Sache ist. Ich danke dir, Herr Kollege. Sie hat die Situation BSE angeschnitten. Auch ich darf dazu ein paar Worte hier sagen, obwohl ich mir schwer dabei tue, denn allein der Ausdruck BSE treibt mir die Zornesröte ins Gesicht. Wir alle hier herinnen wissen, dass dieser

Skandal, dass diese Situation nur dadurch entstanden ist, dass es geldgierige Unternehmer und Vermarkter gibt, die nur auf den Umsatz schauen und denen die Gesundheit der Menschen und das Überleben der Menschen einen feuchten Kehrriech wert ist, um es vornehm auszudrücken. (Beifall bei der SPÖ.)

Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dem ersten Entschließungsantrag der Freiheitlichen wäre ja fast ein – wie soll ich sagen – ein unnatürliches Schicksal beschieden gewesen, weil nämlich nicht alle es sofort verstanden haben, was damit gemeint wurde. Vor allem in der Mehrheitsfraktion hat man sich sehr schwer getan, aber auf Grund der Möglichkeiten der Abstimmung ist es ja doch letzten Endes gut gegangen. Dem zweiten Entschließungsantrag, den die Kollegin Dietrich eingebracht hat, dem geben wir unsere Zustimmung. Es ist für mich nur schade, wir haben vorher darüber gesprochen, dass die Bereitschaft dazu, die zusätzlichen Kosten, die auf die Gemeinden und auf die Bauern zukommen, im Hinblick auf diese Situation und auf diesen Skandal, dass wir diesbezüglich uns nicht auf eine Formulierung einigen konnten. Leider Gottes war es wahrscheinlich der Klubobmann der F, der da nicht genau durchgesehen hat. Ich will nicht so weit gehen und hier behaupten, dass die F gegen die Gemeinden und gegen die Bauern wäre, aber es wäre gut gewesen und es hätte beiden Gruppen gut getan, wenn wir diese Formulierung in diesen Entschließungsantrag mit aufgenommen hätten. Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie alle, diesem Entschließungsantrag Ihre Zustimmung zu geben. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.03 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (14.03 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Auch ich möchte mich eingangs namens der Grünen bei den Autoren des Berichtes einmal mehr sehr herzlich bedanken. Der Bericht ist mehr als eben nur eine aktuelle Zusammenfassung der laufenden Entwicklungen. Der Bericht ist ein Kompendium im Lauf der Jahre geworden, ein Nachschlagwerk, dem wir uns gerne bedienen und das auch wir immer wieder an befreundete Kollegen und Initiativen weitergeben. Zu den einzelnen Punkten im Bericht möchte ich jetzt kurz Stellung nehmen. Vorab noch einmal eine kleine Anmerkung zum Thema Wasser, das heute schon kurz angesprochen wurde. Herr Kollege Gödl hat es einen Schatz genannt. Das ist genau das Problem. Das Wort Schatz ist zweideutig. Einen Schatz kann man hüten und einen Schatz kann man verscherbeln. Deswegen will ich noch einmal in aller Bescheidenheit darum bitten, sich hier zu deklarieren und dem Schatzer! quasi reinen Wein einschenken, damit es weiß, woran es ist. Das ist so durchaus üblich, wenn Sie wissen, was ich meine. Das vom weißen Gold und ähnliche flockige und blumige Formulierungen kommen nicht zufällig. Je weniger sich ein Politiker deklarieren will, desto blumiger werden dann bekanntlich seine Worte. Sie sind in dem Bereich schon blumig und sehr poetisch geworden. Zum Thema Abwasser eine kurze Replik auf den Herrn Kollegen Gödl, weil er gesagt hat, es ist eh alles leiwand. Der Ausgleich zwischen Groß- und Kleinanlagen ist quasi vonstatten gegangen. Ich zitiere aus dem Bericht auf Seite 59 die Gegenüberstellung von großen Abwasserbeseitigungsanlagen und kleinen Abwasserbeseitigungsanlagen: Den 1,6 Milliarden der großen Anlagen stehen bescheidene 12 Millionen den kleinen gegenüber. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen. Das heißt, es ist das Ganze ein frommer Wunsch mit dem Ausgleich. Die Realität schaut anders aus. Ebenfalls in dem Bericht enthalten ist auf der Seite 64 eine Beschreibung der Abwasserreinigungsanlage Hatzendorf. Das ist jetzt ein Punkt, wo ich mich ein bisschen kritisch zum Wahrheitsgehalt äußern möchte – das war in diesem Bericht eine der wenigen Stellen, wo ich mich daran gestoßen habe. Hatzendorf ist eine traurige Geschichte und keine Erfolgsgeschichte. Dort hat ein Zivilingenieur, der sein Geld mit Großanlagen bei Gott sehr gut verdient hat, sich an eine kleine gewagt und das Ergebnis war dementsprechend – über viele Jahre ein Beispiel, wie es nicht funktioniert. Dabei will ich dem Herrn gar nicht unterstellen, dass das Absicht war. Es kann auch sein, dass er es nicht besser zusammengebracht hat. Fest steht, dass man sich hier ein bisschen zusammenreißen und entweder über das Kapitel Hatzendorf den Mantel des Schweigens breiten oder sich halt doch zu einer kritischen Würdigung aufrufen hätte müssen. Zum Thema Müll – zugegebenermaßen von der Stelle nicht das erste Mal gesagt, aber durchaus auch in Würdigung derjenigen, die sich die Arbeit antun und die Daten aufbereiten. Aus der Tabelle geht hervor, dass im letzten Jahr konkret 587.000 Tonnen Müll in der Steiermark deponiert wurden. Dem stehen an Hausrestmüll inklusive Sperrmüll 165.000 Tonnen gegenüber. Jetzt muss man dazusagen, dass diese beiden Zahlen nicht völlig vergleichbar sind, keine Frage, weil da gibt es nämlich noch den Gewerbemüll. Diesen müsste man anteilmäßig dazuzählen. Ich habe großzügig kalkuliert und gehe jetzt davon aus, dass ich sage, na gut, verdoppeln wir das, dann sind wir in etwa bei 300.000 Tonnen. Fest steht, dass wir immer noch 590.000 Tonnen in der Steiermark deponieren. Was lernen wir daraus? Erstens: Die Steiermark ist das Müllimportland Österreichs, wenn nicht Mitteleuropas überhaupt. Zweitens: Wer trägt dafür die Verantwortung? Erinnern wir uns, dass sich Landesräte der ÖVP vor nicht allzu vielen Jahren hingestellt und gesagt haben, wir brauchen unbedingt jede Menge Müllstandorte. Das Ergebnis ist im vorliegenden Umweltschutzbericht nachzulesen. Für mich persönlich gibt es noch eine zweite Konsequenz, die ich auch nicht verhehlen will: Mein Vertrauen in die Verantwortlichen hält sich in Grenzen, wenn man einen derart fundamentalen Bauchfleck sich leistet – absichtlich oder unabsichtlich, das sei dahingestellt. Meine persönliche Meinung war ja immer die, dass es Absicht war. Bei einigen Leuten, die hier entscheidend waren, war es jedenfalls Absicht. Mein Vertrauen muss sich daher den Betroffenen gegenüber in sehr engen Grenzen halten. Jetzt ein Punkt zum Kapitel Energie. Ein kleines Zitat, wenn Sie mir gestatten: Auf Seite 344 ist Folgendes zum Thema Ölpreis zu lesen: Eine Verknappung und somit Preiserhöhung ist deshalb in nicht allzu ferner Zukunft zu erwarten und es wäre vernünftig, schon heute darauf zu reagieren. Ein zweites Zitat: Wie auch mein Haushalt setzt jeder zweite steirische Haushalt auf den Brennstoff Öl. Optimierte Systemlösungen und eine moderne Heizungstechnik verbinden eine lang-

fristig gesicherte Versorgung mit Komfort der freien Lieferantenwahl des Öls und einer laufend verbesserten Umweltverträglichkeit. Und jetzt noch etwas: Alle Energie und damit Wärme kommt von der Sonne. Das ist ein Zitat aus einem Blatt, das sich „Zukunft Ölheizung“ nennt und es stammt von niemand geringerem als von unserer Frau Landeshauptfrau. So viel zur Doppelzüngigkeit hier in diesem Land und so viel einmal mehr zur Botschaft des Magnolienbaumes. (Beifall bei den Grünen.) Die Frau Landeshauptfrau stellt sich hin und wirbt offensiv, noch dazu mit meiner und der Meinung des Umweltschutzberichtes völlig unzutreffenden und falschen Formulierungen.

Eine kleine Bemerkung von der Stelle aus, wenn Sie mir gestatten, hat aber natürlich damit überhaupt nichts zu tun, aber es kommt mir nur so in den Sinn: Ich bin für die Offenlegung der Parteispenden – denken Sie einmal darüber nach. Ich hielte das auch für eine Umweltschutzmaßnahme, eine Hygienemaßnahme im weitesten Sinn des Wortes. Vielleicht könnte man da auch einiges dann an derartigen Sachen in Zukunft vermeiden. Jetzt noch eine Anmerkung zum Kapitel Luft – hier im Bericht zu dem Thema mobile Luftgütemessungen enthalten. Diesen Bericht sollten Sie sich wirklich anschauen. Gemessen wurde in Graz an der Liebenauer Hauptstraße und herausgekommen ist das, was Sie nicht überraschen wird, nämlich eine durchgehende Überschreitung der Grenzwerte. Wir haben heute an den Grazer Einfallsstraßen, und die Liebenauer Hauptstraße ist nicht irgendeine, sondern es gilt dasselbe für die Wiener Straße, die Kärntner Straße, Straßganger Straße et cetera, zehntausende von Haushalten. Wir leben unter genau diesen Bedingungen, die in diesem Bericht angeführt sind, nämlich unter Bedingungen, wo man es eigentlich nicht verantworten könnte, zum Beispiel mit seinen Kindern an einer derartigen Adresse zu wohnen. Das kann man nicht. Das wird Ihnen jeder Medizinstudent im ersten Semester sofort bestätigen. Das geht nicht. Trotzdem sind zehntausende von Menschen davon in Graz betroffen und natürlich nicht nur in Graz. Was ergibt sich daraus? Es ergibt sich daraus eine Politik und ich habe es heute schon einmal angezogen, die nicht auf den öffentlichen Verkehr setzt, die den Schwerpunkt nicht dort hinlegt, sondern die sich einmal mehr auf das Straßenbauen wirft und irgendwelche obskure Projekte entwickelt, wohl auch mit dem Hintergedanken, dass man damit wieder fünf Jahre Zeit gewonnen hat und fünf Jahre wieder nichts tun muss und fünf Jahre wieder nur irgendwelche Projekte ventiliert – ich meine damit den Ostgürtel in Graz.

Abschließend möchte ich einen Entschließungsantrag einbringen auch aus aktuellem Grunde. Sie haben diese Tage mehrfach die Gelegenheit gehabt, in den Medien zu lesen, dass die 380-kV-Höchstspannungsleitung aktuell geworden ist, das heißt, der Betreiber, die Verbundgesellschaft dieses Projekt einmal mehr in Angriff nehmen will. Der Anlass ist einerseits nicht neu, nicht aktuell. Es muss an dieser Stelle auch deutlich gesagt werden – und Sie werden sich erinnern können –, dass die Politik, Landesräte, Landtagsabgeordnete den Betroffenen in der Oststeiermark x-mal versprochen haben, dass es eine Studie geben wird, die in der Folge der bereits vorliegenden untersucht, welche Alternativen es zu dieser 380-kV-Leitung gibt. Sie werden sich erinnern, dass diese Studie ergeben hat, dass der Beweis, der Nachweis für den Bedarf an dieser Leitung nicht erbracht werden konnte vom Betreiber und dass es Alternativen zu untersuchen gilt, die bisher zu untersuchen keine Möglichkeit gegeben war, weil die Daten dafür nicht vorhanden waren. Das war versprochen vor Jahren, ist hinausgezögert worden und schlussendlich in einem Begräbnis dritter Klasse dann irgendwann rechtzeitig vor der Landtagswahl entsorgt worden. Jetzt – nach der Landtagswahl ist das übrigens im Arbeitsprogramm der Regierung wieder enthalten. Ich erlaube mir untertänigst darauf hinzuweisen. Diese Studie hat außerdem nichts damit zu tun, was jetzt auch untersucht wird, nämlich eine Verkabelung als Alternative zur oberirdischen Leitungsführung. Wissen Sie, ich halte es auch einmal mehr für doppelbödig und für scheinheilig, wenn man sich den Mund zerreißt über die Gefahren von Krško und über die Gefahren von Temelin und über die Gefahren der Atomkraftwerke und dann geht man her und tut dort, wo man in der Steiermark wirklich etwas machen kann, nämlich etwa diese Leitung verhindern, die ja natürlich zu einem guten Teil wozu dienen wird? Wozu wird sie dienen, das wissen wir alle, nämlich dem Import beziehungsweise dem Transit von Atomstrom, dass man dort nicht vollen Druck macht und sagt, nein, ohne uns, das kommt überhaupt nicht in die Tüte.

Ich stelle daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, kein Projekt zu genehmigen, bei dem das UVP-Gesetz 1994 umgangen worden ist.

Zweitens: Den Beschluss des Landtages aus der letzten Gesetzgebungsperiode endlich umzusetzen und bei der Energieverwertungsagentur eine Studie in Auftrag zu geben, die Alternativen zur 380-kV-Leitung untersucht und drittens an die Verbund AG. heranzutreten und diese aufzufordern, alle Unterlagen offenzulegen, die zur Beurteilung der 380-kV-Leitung nötig sind (wie Lastflusssituation, Stromlieferverträge und Vorverträge, Rentabilitätsberechnungen et cetera). Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 14.17 Uhr.)

Präsident: Für diese Tagesordnungspunkte habe ich derzeit eine letzte Wortmeldung, und zwar die des Herrn Abgeordneten Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (14.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Herr Kollege Hagenauer hat gesagt, Wasser ist das kostbarste Gut. Dem kann ich mich nur anschließen. Nur einer Aussage kann ich mich nicht anschließen, dass der Herr Abgeordnete der Meinung ist, dass das Wasser verscherbelt wird. Wir wissen dieses kostbare Gut in der Vergangenheit und in der Gegenwart in guten Händen. Die verantwortungsvollen steirischen Grund- und Waldbesitzer wissen, was sie da in den Händen haben und es wird auch dieses kostbare Gut in der Zukunft bei unseren verantwortungsvollen Grundbesitzern beheimatet

sein. Also die Sorgen, die Sie haben, teile ich nicht. Mir ist in der Diskussion hinsichtlich des „Grünen Berichtes“ eine Fassung dieses Berichtes noch zu wenig zur Geltung gekommen, es handelt sich dabei um die Forstwirtschaft. Die Frau Abgeordnete Dietrich hat die Einkommenssituation der bäuerlichen Bevölkerung sehr treffend geschildert und ich kann mich diesen Ausführungen nur anschließen. Nur eines muss auch festgestellt werden, dass insbesondere im forstwirtschaftlichen Bereich als zusätzliches Standbein und Einkommensquelle für die Land- und Forstwirtschaft große Fortschritte gemacht worden sind. Durch zeitgemäße Bewirtschaftung und Vermarktungsstrategien ist es gelungen, die Bedeutung der Forstwirtschaft zu erhöhen und zu einem wesentlichen Standbein der Betriebe zu machen. Es dokumentiert der „Grüne Bericht“ den Zustand und die Entwicklung der steirischen Forstwirtschaft in hervorragender Form und liefert wichtige Grundlagen für zukünftige Entscheidungen.

Gestatten Sie mir, einige Grundlagen aus diesem „Grünen Bericht“ zum Besten zu geben. Sie wissen alle, die Steiermark ist das walddreichste Bundesland Österreichs mit einer Waldausstattung von rund 852 Hektar. Das sind rund 56 Prozent der Landesfläche. Die Tendenz dieser Waldausstattung ist steigend. Wir haben in den letzten fünf Jahren rund 5000 Hektar Wald mehr gemacht, was natürlich auch bedeutet, dass andere Kultur- gattungen in ihrer Fläche zurückgegangen sind. Insgesamt wurden Wiederaufforstungen für Verbesserung der Produktionsverhältnisse im Ausmaß von 2640 Hektar getätigt. Der Trend bei den Wiederaufforstungen geht von den reinen Fichtenbeständen hin zu Mischbaumarten. Im Gebiet mit hohem Wildstand ist die Mischwald- begründung oft gefährdet. Wichtig ist es dabei, dass es zu einer Kooperation zwischen Wald- und Forstwirtschaft sowie der Jagdwirtschaft kommt, damit die Wildstände auf ein ökologisches Maß reduziert werden. Wesentlich ist auch, dass es zu zahlreichen Neuaufforstungen gekommen ist. Etwa 89 Hektar Ödland wurden aufgeforstet und rund 5,5 Hektar Schutz- und Wohlfahrtswälder. Ebenso ist es massiv gelungen, Bestandesumwandlungen vorzunehmen, die Eigenleistungen bei diesen Umwandlungen betragen rund 10 Millionen Schilling. Wir bewegen uns aber auch gerade bei der Forstwirtschaft hin zur naturnahen Forstwirtschaft. So wurden auf rund 1000 Hektar reduzierter Fläche Naturverjüngungen durchgeführt. Diese Methode ist sehr effizient, weil sie uns sichert, dass standorttypische Mischwaldbestände entstehen. Die Naturverjüngung ist aus ökologischer, waldbaulicher und wirtschaftlicher Sicht voranzutreiben. Diese Bewirtschaftungsform braucht jedoch eine entsprechende Erschließung der Wälder durch Forststraßen, damit klein- und kleinstflächige waldbauliche Eingriffe möglich sind und nicht aus Kostengründen ausscheiden. Es ist uns schon bewusst, dass gerade in diesem Bereich, dem Wegebau im alpinen Gelände, mit großer Sensibilität und mit großem Respekt vor der Natur vorzugehen ist. Das Land hat sich auch um die Zukunft des Waldes in der zuständigen Abteilung Gedanken gemacht und es wurde ein Konzept des Landes zur Verbesserung der Schutzfunktion der Wälder erstellt. Seit 1993 werden diese Wälder mit erhöhter Schutzfunktion erfasst und saniert. Dieses Konzept wurde 1998 revidiert. Insgesamt gibt es in der Steiermark 251 Sanierungsflächen mit einem Gesamtausmaß von rund 38.000 Hektar. Die dringendste Sanierungsmaßnahme umfasst 16.500 Hektar und die Gesamtkosten dafür sind insgesamt Eigenleistungen und öffentliche Mittel rund eine Milliarde Schilling. Die Holznutzung hat im Jahr 1999 eine Höhe von rund 4 Millionen Erntefestmeter betragen, das sind rund zwei Drittel des jährlichen Zuwachses. Interessant ist vielleicht dabei, dass insgesamt 90 Prozent Nadelholz und nur 10 Prozent Laubholz genutzt wurden. Der Abschnitt „Forstliche Produktion“ des „Grünen Berichtes“ bestätigt, dass die Steiermark das Waldland Nummer eins in Österreich ist. Wir sind in der Walderhaltung, in der Sicherung der Waldfunktionen, der Nutzung und Vermarktung auf einem guten Weg. Waldpflege, Naturverjüngung, Ökologisierung der Forstwirtschaft und Veredelung der Forst- produkte sind bei uns nicht nur Schlagworte. Die anstehenden Probleme werden wir, wie bereits begonnen, so lösen, dass der intakte Lebensraum Wald auch in der Zukunft bewahrt wird. Die Schäden verursachenden Faktoren müssen auf ein erträgliches und für den Wald verträgliches Maß reduziert werden, wobei es nicht nur hausgemachte Faktoren, wie Wild-, Weide- oder Rückeschäden sind, sondern auch grenzüberschreitende Faktoren, wie Klimaveränderungen oder Immission. Zur Erreichung dieser Ziele hat die Fachabteilung für das Forstwesen ein sehr engagiertes Programm, das ÖKO-Programm 2010 erstellt. Dieses Programm wird eine positive zukünftige Entwicklung der Forstwirtschaft sicherstellen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.24 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat Pörtl wünscht das Wort.

Landesrat Pörtl: Herr Präsident, meine Damen und Herren! (Abg. Gennaro: „Ich muss noch Kekse backen, beeile dich!“)

Der Kurtl macht schon vorher Zwischenrufe, bevor ich überhaupt angefangen habe.

Ich halte fest, dass die jetzige Diskussion und diese drei sehr kompakten Grundlagen sehr entscheidende Bereiche sind. Das ist der Umweltbereich, das ist die Land- und Forstwirtschaft und der Boden. Ich möchte kurz Replik ziehen vor allem deshalb, weil diese Grundlagen, die jetzt der Landtag diskutiert wird, einen Ausfluss einer sehr langen, intensiven Auseinandersetzung mit sachpolitischen Fragen darstellen. Es gibt den berühmten Satz: „Das Bohren von harten Brettern mit Geduld und Leidenschaft.“ Ich war damals schon im Landtag, wo es wilde Gefechte, Dringliche Anfragen bis hin zu Rücktrittsaufforderungen gegeben hat – all das war inkludiert in diesem Themenbereich. Grundsätzlich haben wir bei diesen Unterlagen vor allem ein immenses fachliches Wissen und eine enorme Leidenschaft an den Tag gelegt. Ich darf zum Umweltbericht Herrn Hofrat Dr. Rupprecht persönlich nennen und ihm danken für diese sehr fundierte und umfassende Darstellung, vor allem für die Kost und für die Nahrung, die auch akzeptabel scheint. Es nützt nichts, wenn man fachspezifische Formulierungen verwendet und man dann laufend den Duden neben sich liegen haben muss, um überhaupt eine Ahnung zu haben, um was es konkret geht. Daher ist auch eine Kurzfassung mit der herrlichen Bezeichnung „Lust“ jetzt in

Kürze auf den Bänken, wo quasi 40 praktische Tipps aus dem ganzen Konvolut für die Tätigkeit und die Entscheidung in den Gemeinden, Betrieben und Haushalten angegeben sind. Ich glaube daher, dass der „Grüne Bericht“, den Hofrat Dr. Ressi und Dipl.-Ing. Hammer mit einem Ausschuss mit einem Gesamtüberblick dargestellt haben, dieses Fundament liefert. Ein besonderer Dank auch an Dozent Dr. Köck als Hygieneverantwortlichem für den Bodenschutzbericht, wo wir sehr sensibel die Visitenkarte unserer Lebensjahrzehnte untersuchen, wo wir in der Vergangenheit wesentlich ärger und wesentlich brutaler mit der Natur umgegangen sind. Ich möchte daher allen Diskussionsrednern, angefangen beim Abgeordneten Gödl, der einen Gesamtüberblick mit Verstärkung Wasser gegeben hat, bis hin zum Abgeordneten Wöhry, der mit dem Holz den Schlusspunkt gesetzt hat, sehr herzlich danken. Es ist in Wahrheit auch eine Fundgrube, was die Beiträge betrifft, des fachlichen Wissens und des persönlichen Engagements. Ich möchte aber trotzdem, will mir aber nicht die Gunst der Frau Abgeordneten Halper sozusagen ansaugen, denn das steht mir rein biologisch auch gar nicht zu (Abg. Gennaro: „Ein bisschen hat es dir schon gut getan!“), dass ich hier Kommentare abgebe, weil sie eurerseits so gelobt worden ist, auf den Zwischenruf eingehen, dass sie sich nicht verderben lassen soll und möchte dazu auch etwas untermauern: Herr Kollege Stöhrmann geht hierher und sagt: „Herr Landesrat, alles paletti, klass, hohes Lob!“ Aber zur Frage der Stoffflusswirtschaft, in der Frage 2004, was hast du gemacht, steht nichts drinnen. Mir tut das Leid, dass wir nicht nachgedacht haben, auch das zu dokumentieren, was Landesrat Pörtl mit der Fachabteilung 1c mit höchster Beratung Rechts- und wirtschaftlicher Experten vorgeschlagen hat – ein steirisches Modell der thermischen Abfallbehandlung – eingebunden die Verantwortlichen der Abfallwirtschaftsverbände, eingebunden die Unternehmer der abfallrechtlich besitzenden Unternehmungen, was unsere Unternehmer betrifft von Saubermacher bis ASA und all diese Gruppierungen und vor allem eingebunden auch die Energiewirtschaft, wo wir überzeugt waren, dass es ein Modell geben könnte. Ich habe leider die große Tafel nicht da, denn es hat dieses herrliche Dreier-Holding-Modell gegeben, wo wir den Städte- und den Gemeindebund vorgeschlagen haben, dieses Modell einer gewissen Eigenständigkeit umzusetzen. Es haben dann die verantwortlichen Gemeindevertretungen Beschlüsse gefasst, dass es nicht auf diesem Wege probiert werden soll, sondern man soll – ich rede jetzt wie ich sonst auch immer rede – am Bazar dieses Marktes beweglich sein mit Angebot, mit Vertragsabschlüssen. Daher mussten wir uns letzten Endes auch wegen Nichtzuständigkeit dieser Normierung der Gemeindevertreter beugen. Wir stehen aber nach wie vor zur Verfügung und haben zusätzlich eine Dienstleistung angeboten, um eben auch in der Nähe Europas und vor allem in Österreich anzuklopfen: Wie wäre es, wenn wir solche brennbaren Abfälle hätten und wie wäre die Möglichkeit der Vermarktung? Wir sind jetzt Gott sei Dank an einem Punkt angelangt, wo die Abfallverbände an eine gemeinsame Strategie denken. Daher möchte ich diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen, weil wir monatelang sehr intensiv in dieser Frage versucht haben, eine vernünftige und kluge Lösung zu finden. Ich glaube daher, dass wir in der Gesamthematik, was die Abfallwirtschaft betrifft, selbstverständlich auch in Zukunft vor diesen gesellschaftlichen Entwicklungen die Auswirkungen in der Abfallwirtschaft wahrnehmen. Für uns ist nach wie vor das Modell „Vermeiden, Verwerten und Deponieren“ das eigentliche Dogma. Ich bin sehr dankbar, dass man zusätzlich auf diese entscheidende Frage der Abfallberatung aufmerksam macht, auf die Bewusstseinsbildung draußen in den Gemeinden über Verbände, aber speziell über Gemeinden. Wir sind ganz massiv in den Schulen und pädagogischen Institutionen, vor allem an den Universitäten intensivst am Ball, um kluge Lösungen anzubieten und zu entwickeln. Das letzte Angebot ist mitten drinnen mit der ökologischen Landentwicklung. Das ist eine Gesamtbewusstseinsbildung, wo einerseits wirtschaftliche Entwicklung und Umweltressourcensicherung und andererseits die Entwicklung der Eigennutzstrategie im Mittelpunkt steht. Gerade im Bereich der Energiewirtschaft wurden wir sozusagen glücklicherweise von den hohen Energiepreisen mit begleitet. Wir haben bisher immer das Riesenproblem gehabt, wenn wir von der erneuerbaren Energie sozusagen gepredigt haben, spaltet Holz statt Atome, dass uns vorgeworfen wurde, liebe Freunde, so schmunzelnd, wenn auch diese Kritik hier im Raum gestanden ist, ihr seid naive Optimisten, findet wirtschaftlich nicht statt, das ist ein Liebhaberprogramm und geht nicht. Der Herr Abgeordnete Böhmer hat das wahrscheinlich in früherer Zeit wahrgenommen, als wir in Hartberg das große Heizwerk errichtet haben. Es gab massive Diskussionen über die Wirtschaftlichkeit, als das Öl so billig war. Ein Wahnsinn, was es da an Spannungen in der Bevölkerung gegeben hat. Jetzt ist die Erlösung, dass das eigentlich mittel- und langfristig der wichtigste Punkt überhaupt im Bereich der Umweltpolitik, sprich in der Energiepolitik wirtschaftlich darstellt, weil das eine enorme Chance der Wertschöpfung in der Region darstellt. Heute steht ein Baum von Waldbesitzern am Ende des Landhaushofes, wo dokumentiert wird, dass bäuerliche und auch Waldbesitzer, die im Großgrundbesitz den Wald bewirtschaften, an und für sich die Ressourcensicherer für das nächste Jahrhundert darstellen. Es steht auch fest, dass über diese verwandelte Sonnenenergie auch regionale Wirtschaftsdynamik und letzten Endes eine enorme Chance damit besteht. Die Kritik, dass wir also nicht ausreichend gefördert und initiiert haben, steht in diesem Bericht begründet, weil wir eine Förderungsperiode von 1995 bis 2005 erreicht haben und die Investitionsbereitschaft war so enorm, dass wir in der letzten Phase bremsen mussten in der Projektgenehmigung, damit eben vor allem auch die Finanzierung solcher Projekte gesichert bleibt. Wir haben eine Menge von Anmeldungen und so quasi wenn die Schleuse aufgeht mit dem Jahr 2001 und 2002, dass die Förderpalette bis zum Jahr 2006 wieder frei verfügbar ist, haben wir so quasi auch förderungsmäßig die nächsten Möglichkeiten der Unterstützung, wo letzten Endes auch der Gesamtpreis diese Entwicklung mit unterstützt.

Meine Damen und Herren, vielleicht zu einigen grundsätzlichen Fragen zusätzlich: Wir sind überzeugt und wir können es beweisen und auch in dem Bericht und in den Wortmeldungen war es belegt, dass wir, wenn wir nicht die geistige Mobilisierung mit wissenschaftlicher Begleitung und mit Belebungsstrategien vor allem Veränderungen im Lebensverhalten auslösen, sprich Grundwasserproblematik, Gesamtwasserproblematik bei den Fließgewässern, so ist ein Erfolg kaum möglich. Nach zehn Jahren haben wir jetzt nachweislich einen Rück-

gang an Atrazin und Nitratbelastung. Wir sind also heute in der Wasserqualität selbstverständlich in einer Phase, wo wir vor allem österreichweit und auch europaweit diesen Weg bezeugen können, dass es Sinn macht, mit 26 Schongebieten, mit 11.000 Hektar direkte Bewirtschaftungsvorgabe in diesen Schutz- und Schongebieten, das ist eine enorme politische Leistung, wo wir vor allem mit der gesamten Landesverwaltung und ganz speziell auch mit der Beratung der Kammer für Land- und Forstwirtschaft diese Veränderung in der Bewirtschaftungsform erreichen. Und wenn ich gleich den Bocksprung machen darf, so quasi mit den Mitbewerbern letzten Endes auf europäischer Ebene, wo auf europäischer Ebene zum Beispiel das große Agrarland Frankreich wesentlich weniger ÖPUL-Flächen in der Förderung hat als das kleine Land Österreich, beweist und bezeugt das vor allem auch unsere bäuerliche Grundeinstellung in der Form der Bewirtschaftung. Und daher ist also für uns das bei aller Bedrohung, was also BSE betrifft, ein kleiner Funken Chance drinnen. Die Frage ist nur, ob wir den Zeitpunkt schaffen, das durchzubringen. Wir wissen heute aus dem oberitalienischen Raum, dass diese Handelsketten, dass dort die Händler, die sich mit Fleisch beschäftigen, ganz massiv in den Alpengebieten um neue Verträge unterwegs sind, weil sie aus Frankreich und dieser Form der Rinderproduktion keine Verträge mehr derzeit abschließen, letzten Endes auch das Importverbot ausgesprochen ist, wo wir vor allem – ich könnte jetzt eine halbe Stunde lang vorlesen, welche Maßnahmen wir ergriffen haben vom Verbot, seit zehn Jahren Tiermehl zu verfüttern, von dem Verfolgen aller Tiere, die importiert worden sind in Österreich, von der letzten Endes konsequenten Haltung auch was die Überprüfung von Futtermittelwerten betrifft. Ich kann direkt eine Antwort geben. Die Kollegin Dietrich hat das in der Resolution angesprochen, wir haben bei uns über die Veterinärabteilung, über die Amtstierärzte, über die Organe des Bundesamtes im Rahmen des Forschungszentrums in der Steiermark insgesamt 1232 Futtermittelkontrollen vorgenommen und es waren 13 Betriebe beanstandet, aber nicht wegen Tiermehle in Rinderfutter, sondern wegen anderen Beanstandungen, was Aufbewahrung und andere Missstände betroffen hat. Das heißt, wir sind massiv dahinter, dieser Futtergrundlage der Tiere als Voraussetzung für gesunde Tiere vor allem auch oft sehr hart nachzugehen, wo wir oft vor Ort Kritik erhalten, wo argumentiert wird, ja mein Gott, die Italiener und die Engländer, die nudeln da drüber, das wird schon irgendwie gehen und wir werden das schon aushalten. Wir lassen uns auf dem Gebiet nichts nachsagen, genau so wie auch die letzte Kontrolle bei den Tiertransporten von der EU in Österreich uns ein hohes Lob ausgesprochen hat. Ich möchte mich wirklich anschließen, wer gestern diese Reportage gesehen hat, das ist in Wahrheit eine gottverfluchte Schweinerei, wie man in Wahrheit mit solch edlen Tieren, wie es die Rinder sind, umgeht. Da geht es einem durch und durch, wie brutal Menschen dort im Rahmen der Tiertransporte diese auf Schiffen mit Kränen und mit Baggern sozusagen umgeladen werden. Und wir haben da konsequente Auseinandersetzungen und höchste Strafen, wenn uns solche Dinge ins Haus stehen. Das ist in Wahrheit eine unästhetische Grundlage und das ist auch eine ganz massive Bedrohung, dass wir im Rahmen der pflanzlichen Veredelungswirtschaft ländliche Kulturräume verlieren würden. Wir haben das Problem, dass Hangneigungswiesen bei Nichtvorhandensein von Rindern oder Schafen im Grunde der Aufforstung in Wahrheit – ich will nicht sagen – zum Opfer fallen, aber wir kämpfen im Rahmen der Kulturlandschaft um jeden Quadratmeter Wiese. Und im Grunde, wenn wir diese Rinderzucht und die Rinderwirtschaft schwächen, ist sozusagen mit dem schönen Thermenland, mit den herrlichen weststeirischen Regionen oder vor allem mit den Gebieten der Obersteiermark wahrscheinlich nur befristet möglich, diese Vielfalt der steirischen Landwirtschaft im Grunde auch anzubieten. (Beifall bei der ÖVP.) Ich glaube daher, dass mein Einsteigen so quasi in die Naturschutzszone, weil da so an und für sich gesagt worden ist, alle sind so froh, dass ich das jetzt mache, ich will keine Vorschusslorbeeren verteilen, aber fest steht, dass ganz natürlich dieses Paket Naturschutz, Umwelt- und Landwirtschaft mit der Ressource Wasser und Wald an und für sich ein echtes Paket darstellt und ich persönlich in einigen konkreten Fragen auch diese Interessen ganz offen vertreten werde. Ich habe mich bereits geäußert, mich hat es sehr gewundert, dass keine gröbere Kritik aufgetreten ist über diese Möglichkeit offen zu denken in der Frage, ob wir in der ennsnahen Trasse mit der jetzt verordneten Trasse am schnellsten diese Verkehrslösung erreichen. Ich habe mir erlaubt laut nachzudenken in der Frage, was den Wachtelkönig und den Lebensraum betrifft. Dass wahrscheinlich ein Nocheinmal-Nachdenken genau so schnell zum Ziel führt, diesem Herrn Wachtelkönig die Gunst des Brütens und des Paarens in Weng da oben schmackhaft zu machen. Ich weiß es nicht, ob er das macht. Das ist ein sensibler Fall dann, meine Damen und Herren. Wenn es dem nicht taugt, tut er nichts. Da kannst du machen, was du willst. Und da haben wir gesagt, sollte diese Trasse bei der Eisenbahn in konkrete Phasen kommen, wäre es zu überlegen, dort zumindest noch einmal nachzudenken, ob nicht diese Lösung, in der Nähe der Bahntrasse eine Lösung zu finden, ein vernünftiger Ansatz wäre. Das war im Grunde mein offener Gedankengang in Bezug auf Naturschutz, wobei ich persönlich überzeugt bin und da möchte ich schon korrekterweise wirklich sagen, dass der Kollege Hirschmann in der Frage Vertragsnaturschutz, in der Frage übertriebene Naturschutzausweisung ohne konkrete Funktion wohl sehr Recht gehabt hat. Und ich glaube daher, dass mit Natura 2000, dass mit den Managementplänen, dass also mit den ganz konkreten Maßnahmen diese Möglichkeit im Grunde eine Voraussetzung darstellt, dass wir dieses Paket Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft und gesunde Ernährung tatsächlich schaffen. Ich habe eingangs bereits ausgesprochen, dass die Frage des Bodenschutzes im Grunde eine ganz entscheidende Frage darstellt, wobei ich aber trotzdem bitte, auch diese überhöhten Belastungsmerkmale relativ zu betrachten. Der entscheidende Punkt ist immer die Mobilität von Schwermetallen. Es ist ungefähr acht Jahre her, als wir arsenhaltige Steine gefunden haben – das wurde auch in den Bericht hineingeschrieben. Gesteine fließen aber nicht wie Wasser, Arsen ist in der Perchau anzutreffen und das Arsen ist an und für sich nicht flüchtig. Daher ist ganz entscheidend, bei den Untersuchungen die Mobilität von solchen Schwermetallen zu erreichen. Das ist an und für sich – und ich möchte nicht sagen – eine behutsame Selbstgeißelung im Umweltschutzbericht und Bodenschutzbericht, dass wir sozusagen keine Hymnen auf die Umweltverantwortlichen des Landes aussprechen, sondern dass wir letztlich auch diese sensiblen Punkte von Gefährdungen offen darlegen, ohne ein Verstecken-

spiel. Daher, glaube ich, ist unsere Darstellung eine überzeugende Bildungsarbeit, die uns gegenübersteht. Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend den Abgeordneten sehr herzlich danken für all diese Beiträge – ich möchte fast jeden Einzelnen nennen. Kollege Rieser hat sich zum Beispiel mit der Thematik „Ländlicher Wegebau“ beschäftigt. Das schaut auf der Ebene sehr einfach aus. In Wahrheit ist das die Frage der Lebensadern nicht nur für bäuerliche Betriebe, sondern wir wissen heute, dass die Besiedlungsdichte in ländlichen Gebieten und Bewirtschaftungssicherung und Attraktivität für den gesamten naturräumlichen Tourismusraum und Erholungsraum nur Bestand hat, wenn wir diese Lebensadern erhalten. Wir beraten derzeit so quasi als Vorberatung eine Überlegung, ob wir nicht auch die Möglichkeit haben, solche Wegebauerhaltungsverbände zu schaffen, um auch konzipiert mit Wettbewerbschancen, mit gemeinsamen Strategien solche Erhaltungsschwerpunkte zu setzen. Wir sehen das bei der Gräder-Aktion, wie erfolgreich diese Maßnahme greift. Es wäre klug, dass auch das Potenzial der Geräte und Einrichtungen der vielen Bauhöfe in den Gemeinden und vor allem auch in den Bauhöfen koordiniert und in der Frage des Fachwissens anzuklinken, wo die Wirtschaft dem Grunde nach hier auch mitgehen könnte. Abschließend: Wir sind überzeugt davon, dass unser Weg in der Land- und Forstwirtschaft, dass unser Weg in der Energiepolitik, in der Umweltpolitik, in der Wasserwirtschaft der richtige ist. Es ist eine Charakterfrage, weil ich kann nicht anders wie blumig sprechen, denn ich bleibe bei meinem weißen Gold, weil wir haben Jahrzehnte hinter uns, wo diese Naturressourcen überhaupt nichts wert sind: die Luft ist nichts wert, das Wasser ist nichts wert. Das ist alles zum Nulltarif erreichbar. Diese Dinge, so ähnlich wie unsere eigene Gesundheit, haben erst dann einen Wert, wenn sie gefährdet sind. Daher glaube ich, ist der Begriff Gold nach meinem Selbstverständnis sehr wertvoll. Der Napoleon, der Goldbarren der Wasserwirtschaft, ist Hofrat Dr. Rupprecht. Dir, lieber Manfred, möchte ich daher herzlich danken, weil es oft richtig wild zugegangen ist. Wir haben diese schweren Schlachten der Auseinandersetzung mit wütenden Bauern und narrischen Unternehmern und dem ganzen Aufwieglertpotenzial geschlagen, was im Land zum Teil vorhanden ist. Wir haben uns fachlich gestellt und haben auch Widerstand geleistet. Ich glaube daher, dass dieser Weg sehr wohl ein richtiger Weg ist. Wir haben gerade in letzter Zeit wieder hoch interessante Diskussionen geführt, dass in Europa so quasi auch neues Denken wieder gefragt ist, dass wir nicht Brachflächen bewirtschaften, sondern dass wir in Zukunft wieder natürliche Eiweißpflanzen zur normalen Lebensmittelversorgung für unsere Tiere bewirtschaften können. Man hat geglaubt, man kann sozusagen mit dieser agrarindustriellen Wut über die Berge hinwegrasen. Ich habe früher viele Diskussionen erlebt, wo man gesagt hat, die Bergbäuerlein und die kleinen Hascher werden schon herunterpurzeln und wir werden vor den Industriehallen uns sonnen und das schöne Leben genießen. In Wahrheit ist der andere Weg der wirkliche Weg. Wir lassen uns auch nicht in dieser Frage der BSE-Krise kleinkriegen. Wir leben in einem Land und in einem Gebiet, das diese besten Lebensmittel anbietet, all das, was rundherum ist. Daher haben wir Gott sei Dank auch in der Biolandwirtschaft selbstverständlich schwerpunktmäßig weiterzuentwickeln, weil dort gibt es eine starke Entwicklung, vor allem in den Köpfen und in der Leidenschaft weiter Konsumentenkreise. Wir sollten daher in der Zukunft das als Chance mit aller Konsequenz nützen. Ich glaube, dass diese Selbstversorgertheorie, die wir jetzt noch in den Museen, zum Beispiel bei Peter Rosegger oder oben am Kluppenegger-Hof bestaunen können, wie autark ein Dorf war, richtig ist. Heute schaut es so aus, dass wir fast vergessen haben, auch autark in der eigenen gesunden Lebensmittelversorgung zu sein. Das garantiert die steirische Land- und Forstwirtschaft, das garantiert auch der steirische Wald und das garantiert das steirische Wasser. Die Kraft der Nähe ist die Chance der Zukunft. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.49 Uhr.)

Präsident: Nach den Ausführungen des Herrn Landesrates Erich Pörtl gibt es zu den genannten Tagesordnungspunkten keine weiteren Wortmeldungen. Jetzt komme ich tatsächlich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 7/1, das ist der Tagesordnungspunkt 10, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend die 380-kV-Leitung durch die Oststeiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Dieser Entschließungsantrag wurde mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 11/1, das ist der Tagesordnungspunkt 11, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Soforthilfe für steirische Rinderbauern wegen der Rinderseuche BSE, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 12/1, das ist der Tagesordnungspunkt 12, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist einstimmig angenommen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

13. Wahl des Leiters des Landesrechnungshofes.

Es gilt heute, einen neuen Leiter des Landesrechnungshofes zu wählen. Gemäß Paragraf 18 Absatz 1 des Landesrechnungshofverfassungsgesetzes wird der Leiter des Landesrechnungshofes durch Wahl bestellt.

Für die nunmehr vorgesehene Wahl ist nach Paragraph 18 Absatz 2 des Landesrechnungshofverfassungsgesetzes die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Sollte der erste Wahlgang – das zur Ergänzung – zu keiner einfachen Mehrheit führen, ist gemäß Paragraph 63 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages eine engere Wahl zwischen den beiden Kandidaten durchzuführen, die im ersten Wahlvorgang die meisten Stimmen erhielten.

Gemäß Paragraph 62 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages wird die Wahl des Leiters des Landesrechnungshofes mittels Stimmzettels vorgenommen.

Vor dem Wahlvorgang ersuche ich um Wortmeldungen. Wir haben dies in der Präsidiale vereinbart. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (14.55 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Hoher Landtag!

Persönlich halte ich die Kontrollfunktion des Landtages zumindest für ebenso bedeutsam wie die Aufgabe des Landtages als Gesetzgebungsorgan. Die Einrichtung des Landesrechnungshofes war eine föderalistische Pionierleistung der Steiermark. Bei Erfüllung der dem Landtag zukommenden Kontrollaufgabe ist der Landesrechnungshof ein unverzichtbares Hilfsorgan. Der Landesrechnungshof muss den Landtag, aber auch die einzelnen Abgeordneten in die Lage versetzen, die Kontrolle tatsächlich auszuüben. Der Landesrechnungshof muss auch einen Beitrag zur Aufwertung des Steiermärkischen Landtages leisten. Diese grundsätzliche Einschätzung der Bedeutung des Landesrechnungshofes und der Kontrollfunktion, die wir als Landtag zu erfüllen haben, teile ich. Landtagsdirektor Dr. Heinz Anderwald, aus dessen Feder diese Feststellungen stammen, ist nach 14-jähriger Tätigkeit als Landtagsdirektor sicherlich einer der besten Kenner der Situation und kann beurteilen, welche Arbeit der steirische Landtag tatsächlich zu leisten im Stande ist, denn nach Paragraph 1 Landesrechnungshofverfassungsgesetz ist der Landesrechnungshof nämlich ein Organ des Landtages und nur diesem verantwortlich und bei der Durchführung von Kontrollen an keine Weisungen gebunden. Wir und nur wir als Landtagsabgeordnete haben daher die Verantwortung bei der Auswahl der Leitung des Landesrechnungshofes zu tragen. Nach Paragraph 18 Landesrechnungshofverfassungsgesetz werden der Leiter des Landesrechnungshofes und seine Stellvertreter vom Landtag in getrennten Wahlvorgängen durch Wahl bestellt. Landesrechnungshofstellvertreter Dr. Heinz Leikauf ist noch bis 2004 im Amt, daher geht es heute nur um die Wahl des Leiters des Landesrechnungshofes. Nach Paragraph 25 Landesrechnungshofverfassungsgesetz dürfen der Leiter des Landesrechnungshofes und sein Stellvertreter nicht Mitglied der Bundes- oder einer Landesregierung sein, keinem allgemeinen Vertretungskörper angehören oder eine dieser Funktionen in den letzten fünf Jahren innegehabt haben. Nach Absatz 2 dieser Bestimmung dürfen der Leiter, sein Stellvertreter und Bedienstete des Landesrechnungshofes nicht an der Leitung und Verwaltung von Unternehmungen beteiligt sein, die der Kontrolle durch den Landesrechnungshof unterliegen. Ebenso wenig dürfen sie an der Leitung und Verwaltung sonstiger auf Gewinn gerichteter Unternehmungen teilnehmen. Diese Bestimmungen zeigen eines sehr deutlich, dass der Gesetzgeber bei der Installierung des Landesrechnungshofes – und wir Steirer waren hier in Österreich die Ersten, die einen unabhängigen Landesrechnungshof eingerichtet haben, mittlerweile sind uns mehr als die Hälfte der anderen Bundesländer schon gefolgt – hier daran gedacht hat, dass der Leiter des Landesrechnungshofes möglichst unabhängig sein soll, denn ansonsten hätte man diese Bestimmungen nicht so dezidiert hier festgeschrieben und auch festgehalten, welche Voraussetzungen zum Zeitpunkt der Angelobung der künftige Leiter, die künftige Leiterin des Landesrechnungshofes erfüllen muss. Man wollte also von vornherein ausschließen, dass der Leiter/die Leiterin in irgendeinem Naheverhältnis zu einer Landtagspartei und schon gar nicht zu einer Regierungspartei steht. Der Landesrechnungshof hat in der vergangenen Legislaturperiode insgesamt 118 Berichte an den Kontroll-Ausschuss des Landtages übermittelt. Und dabei hat sich eines sehr deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, dass an der Spitze des Landesrechnungshofes jemand steht, der nicht nur die rechtsstaatlichen Prinzipien hoch hält, sondern der auch – und das war ja dann von außen her eine massive Kritik – von der Gerichtspraxis her das *audiatur et altera pars*, nämlich was man schon in Einführungsvorlesungen beim Jusstudium lernt, nämlich auch die andere Seite zu hören, sehr wohl wahrnimmt. Und dass hier keine Fehler passieren, wie sie zuletzt von der Öffentlichkeit kritisiert worden sind, was zwischendurch die Praxis beim Landesrechnungshof war. Die Position des Leiters des Landesrechnungshofes ist eine der höchsten Beamtenpositionen im Land. Das heißt für mich jedoch nicht, dass nur lang gediente Beamte, verdiente Beamte für diese Aufgabe in Frage kommen. Frischer Wind von außen hat dem Landesdienst wohl noch nie geschadet. Ich bin der Auffassung, dass das Gegenteil der Fall ist. Der Leiter des Landesrechnungshofes sollte daher meines Erachtens folgende Anforderungen unbedingt erfüllen: hohe moralische und fachliche Autorität, Unabhängigkeit, hohe Qualität bei der Prüfungstätigkeit, Führungsqualitäten und auch größtmögliche Verschwiegenheit. Was meine ich damit? Ein großes Problem in der vergangenen Legislaturperiode war der Umstand, dass Landesrechnungshofberichte, bevor sie noch dem Kontroll-Ausschuss zur Beratung vorgelegt sind, in der Rohfassung Medien zugespielt wurden und dass wir so quasi hinterher gearbeitet haben, oft auch dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit, denn die Rechnungshofberichterstattung war für die Medien schon erledigt zu einem Zeitpunkt, wo wir erst mit der Bearbeitung der Berichte begonnen haben. Die Vermeidung von Veröffentlichungen von Rechnungshofberichten vor den Beratungen im Kontroll-Ausschuss ist sicherlich eine der ganz großen Herausforderungen für den nächsten Leiter des Landesrechnungshofes. Und ich sehe den Landesrechnungshof auch als Klubobmann einer Landtagsfraktion als Gegenpol zu der Überlegenheit der Verwaltung in Bezug auf den Landtag. Daher ist die Personal- und die Sachkompetenz des Landesrechnungshofes von großer Bedeutung. Um dieses Ungleichgewicht zu verringern und eine effiziente Kontrolltätigkeit durch den Landtag

auch ausüben zu können durch die Persönlichkeit eines Landesrechnungshofleiters, der im gesamten Land auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit einen hervorragenden Ruf genießt, wird nicht nur der Rechnungshof in seiner Funktion, sondern auch der Landtag in seiner Aufgabenstellung als das Kontrollorgan im Land gestärkt. Und wir haben im Feber 1999 eine Novelle des Landesrechnungshofverfassungsgesetzes beschlossen, um hier den kleineren Fraktionen im Haus verstärkte Möglichkeiten zu geben, stärkeres Kontrollrecht auszuüben. Es wurde die Gebarungskontrolle des Landtages von einem Drittel der Mitglieder des Landtages, das sind 19, auf ein Viertel – 14 – herabgesetzt. Und wir haben auch beschlossen, dass die Berichte nicht geheim bleiben sollen, sondern dass jeder Bericht grundsätzlich hier in das Haus kommen soll und jeder Bericht dem Landtag zur Behandlung vorzulegen ist, sofern nicht der Kontroll-Ausschuss einstimmig – und wir waren es, die Volkspartei, die darauf gedrängt haben, dass in allen Ausschüssen erstmals alle Fraktionen vertreten sind, die hier im Landtag sind, dass also dann die Berichte ins Haus kommen müssen, wenn nicht einstimmig im Kontroll-Ausschuss beschlossen wird, dass man der gegenteiligen Auffassung ist. Das heißt also, wir haben beinahe jeden Rechnungshofbericht in Hinkunft hier im Land. Das verschafft erhöhte Transparenz, ist auch eine Ermutigung für jene, die im Landesrechnungshof arbeiten, dass ihre Arbeit auch entsprechend von uns weiter verfolgt wird, denn bei der Berichterstattung enden ja die Möglichkeiten des Landesrechnungshofes und dann sind wir gefordert, für entsprechende Konsequenzen zu sorgen. Und das stellt natürlich auch erhöhte Anforderungen an den Leiter des Landesrechnungshofes bezüglich der Abfassung und der Formulierung dieser Berichte. Aber ich glaube, wir brauchen noch eine weitere Novelle des Landesrechnungshofverfassungsgesetzes, um nämlich die Funktionsperiode des Leiters und seines Stellvertreters in Zukunft zu begrenzen. Ich sage es ganz offen, ich halte es demokratiepolitisch für bedenklich, wenn nur das 65. Lebensjahr die Begrenzung ist. Es hat sich diesmal eine Kollegin für diese Funktion beworben, die noch keine 40 Jahre alt ist. Aber selbst wenn jemand 40 ist, Klubobmann kann man sein, als Rechnungshofdirektor würde man auf 25 Jahre bestellt. Ich halte so lange Funktionsperioden für nicht richtig. Daher werden wir das Hearing selbstverständlich sehr ernst nehmen und auch weitere Anregungen, die gerade von Herrn Hofrat Dr. Heinz Anderwald, aber auch von Herrn Hofrat Dr. Peter Frank gekommen sind, in entsprechenden Anträgen von uns hoffentlich auch zur Umsetzung bringen, um einerseits die Funktionsperiode zu begrenzen, um aber auch andererseits zu einem Fortschritt zu kommen, was die Kontrolltätigkeit des Landesrechnungshofes betrifft. Wir waren die Ersten, wir waren 1982 Pioniere. Inzwischen sind andere Bundesländer uns gefolgt. Wir werden uns genau die anderen Landesgesetze anschauen, um hier wieder pionierhaft einen Schritt nach vorne zu setzen. Denn wir sind der felsenfesten Überzeugung, dass eine gut funktionierende Demokratie einerseits eine starke Regierung braucht, und die Regierung Klansic II ist eine starke Regierung – zweifelsohne, andererseits braucht aber auch eine starke Regierung eine starke Kontrolle durch den Landtag. Auch das ist in unserem Demokratieverständnis unabdingbar enthalten. Die Konkordanzdemokratie, wie wir sie heute hier noch im Haus haben, wo bis auf drei Landtagsabgeordnete, nämlich die drei Abgeordneten der Grünen, alle anderen Landtagsabgeordneten einer Regierungspartei angehören, zeigt ja, wie wichtig in Wirklichkeit ein völlig unabhängiger Landesrechnungshof ist, will der Landtag tatsächlich seiner Kontrollaufgabe nachkommen. Und wir sind daher sehr offen und unvoreingenommen in das gestrige Hearing gegangen. Heute kann ich Ihnen mit Überzeugung sagen, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten, die sich dem Hearing gestellt haben, eigentlich die Voraussetzungen mitgebracht haben, um diese Aufgabe zu erfüllen. Trotzdem gibt es Differenzierungen. Wir haben in unserem Klub vereinbart, dass jene Kollegen und Kolleginnen, die beim Hearing sind, nachher im Klub zusammenkommen, um zu einer Klubmeinung zu kommen. Und diese Klubmeinung war eine einhellige und daher darf ich Ihnen heute auch dann namens des Klubs einen Vorschlag machen. Wir sind der Auffassung, dass wir heute am Beginn einer neuen Legislaturperiode die Chance haben, auch von unserer Seite her ein klares Signal des Machtverzichtes zu setzen. Ein klares Zeichen zu setzen, dass für uns ein liberaler Rechtsstaat unbedingt eine unabhängige Kontrollinstanz braucht. Aus diesen Erwägungen heraus schlagen wir auch eine völlig unabhängige Führung dieser für das Land so wichtigen Kontrollinstanz vor, eine Persönlichkeit, die von außen kommt, eine Persönlichkeit, die unvoreingenommen an diese Arbeit herangehen kann, eine Persönlichkeit, die niemandem zu Dank oder sonst etwas verpflichtet ist. Seitens unserer Fraktion, seitens der steirischen Volkspartei, laden wir daher alle Fraktionen ein, für die Vizepräsidentin der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer, Dr. Elisabeth Simma, zu votieren. (Beifall bei der ÖVP.) Die Anhörung hat eines für uns sehr deutlich gemacht, dass Dr. Elisabeth Simma eine völlig unabhängige Kandidatin mit großem Fachwissen ist, die diese wichtige Führungsaufgabe bestens erfüllen kann. Eine starke, ungebundene Leiterin des Landesrechnungshofes wertet auch uns auf, den Steiermärkischen Landtag. Denn nur durch eine gute Arbeit des Landesrechnungshofes kann der Landtag seine wichtige Kontrollaufgabe erfüllen. Ich habe es eingangs schon gesagt und wiederhole es, ich teile 100-prozentig die Auffassung des Landtagsdirektors, wenn er meint, dass die Kontrollfunktion des Landtages zumindest ebenso bedeutsam ist wie die Aufgabe des Landtages als Gesetzgebungsorgan. Wir glauben, dass nur eine objektive, unbeeinflussbare und sachliche Amtsführung tatsächlich dieser Funktion und unserer Aufgabe als Kontrollorgan hilft. Bei Dr. Elisabeth Simma – sind wir uns sicher – ist das gewährleistet. Sie kann in den nächsten acht Jahren den Steirerinnen und Steirern durch ihre Arbeit Millionen ersparen und wird auch danach die Steuerzahler Millionen weniger kosten, da sie nicht den Genuss einer Beamtenpension der Dienstklasse IX beanspruchen wird. Sie kann das auch gar nicht, weil bekanntlich eine Beamtenpension erst nach einer gewissen Zeit an Dienstjahren möglich ist und bei Dr. Simma das nicht in Frage kommt. Daher ist Dr. Elisabeth Simma in vielfacher Hinsicht ein großer Gewinn für das Land. Ich ersuche Sie daher alle, unserem Antrag in geheimer Wahl Ihre Zustimmung zu geben. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.10 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann der SPÖ, Herr Abgeordneter Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (15.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich stimme dem Kollegen Lopatka zu, wenn er davon spricht, dass der Landesrechnungshof eines der wichtigsten und bedeutendsten Organe des Landtages ist. Darum haben wir ihn ja geschaffen, um Kontrolle in unserem Bewusstsein sichtbar zu machen, den Leuten sichtbar zu machen, dass es uns wichtig ist. Ich bin auch der Meinung, dass im Landesrechnungshof Unabhängigkeit, Korrektheit und Aufrichtigkeit notwendig sind. Das ist eine Grundvoraussetzung, wenn man dieses hohe Amt erstens anstrebt und zweitens dann auch bekleidet. Meine Damen und Herren! Wenn der Kollege Lopatka davon spricht, dass Rechnungshofberichte Medien erreicht hätten, dann muss ich für die ganze Beamtenschaft des Rechnungshofes eintreten, denn dir wird auch bewusst sein, dass diese Berichte, wenn sie an die Medien gehen, nicht nur dem Landesrechnungshof zur Verfügung stehen, sondern auch vielen anderen des Hohen Landtages und daher finde ich es als unerhört, wenn man den Landesrechnungshofbeamten, die als unabhängige und nicht weisungsgebundene Beamte dort ihren Dienst verrichten, so etwas unterstellt. Das weisen wir, meine Damen und Herren, zurück. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe das Hearing mit Abgeordneten gemeinsam mit unserer Fraktion gestern mitverfolgt und es waren durchaus interessante Überlegungen, die von den Bewerberinnen und Bewerbern dargelegt wurden. Ich möchte dazu sagen, dass es zwei unterschiedliche Betrachtungsweisen gegeben hat. Die eine Betrachtungsweise war, dass Leute, die bereits in der Verwaltung große Verfassungskennnisse haben, das heißt, im Hohen Landtag oder im Rechnungshof oder in der Verwaltung gearbeitet haben, hervorragende Überlegungen dargelegt haben, wie sie denn glauben, Dinge zu verbessern oder Dinge anders machen können und wie sie glauben, dass die beste Kontrolle gewährleistet ist. Das war kompetent, sachkundig und hat diese Personen ausgezeichnet und hat auch bewiesen, dass sie dort, wo sie bisher tätig waren, ordentlich, anständig und kompetent gearbeitet haben. Es hat selbstverständlich eine zweite Sicht der Dinge gegeben. Das eine, es haben Bewerberinnen, die Frau Dr. Simma, wie auch die Frau Mag. Robnik, die von außen die Dinge betrachtet haben, ihre Überlegungen dargelegt und haben auch durchaus interessante Aspekte, die vielleicht von jemand, der das Innenleben nicht so gut kennt, aber eine Erfahrung im Berufsleben mitbringt, in der Privatwirtschaft uns übermittelt. Und daher wird es nicht sehr leicht sein, wie wir uns letztendlich wirklich entscheiden werden, weil ich meine, dass vieles, was gesagt wurde, eine Richtigkeit hat und ich kann den Kandidatinnen und Kandidaten bestätigen, dass sie sich hier kompetent präsentiert haben und dass sie versucht haben in der kurzen Zeit, die ihnen zur Verfügung steht, vieles zu vermitteln. Aber eines verstehe ich nicht – und jetzt meine Frage an den Herrn Präsidenten: Herr Präsident, ich habe dir am 5. Dezember dieses Jahres einen Brief geschrieben, wo ich darauf hingewiesen habe, dass dieses Hearing, was in keinem Gesetz und in keiner Geschäftsordnung vorgesehen ist, daher auch nicht verbindlich ist, dass dieses Hearing, wie es angesetzt wurde, nicht wirklich ein Hearing ist, wo wir eine wirklich tief gehende Meinung uns bilden können. Es waren die Fristen zur Bewerbung nicht ausreichend, es sind Bewerber – ich weiß, da haben wir einen Juristenstreit – durch den Ausschreibungstext ausgeschlossen worden, weil man nämlich den Paragraphen des Rechnungshofgesetzes, was man alles nicht darf, wenn man die Funktion hat, nämlich Abgeordneter sein, Führung in Betrieben, wo der Rechnungshof prüft, das ist ausgeschlossen, das ist gut so, aber Sie haben das auf die Bewerber in der Ausschreibung übertragen und daher haben eine Reihe von Bewerberinnen und Bewerbern gar nicht die Möglichkeit gehabt sich hier zu bewerben. Das heißt, es hat hier keine Chancengleichheit gegeben. Und das ist doch das Wichtigste, meine Damen und Herren, wenn ich eine solche Funktion ausschreibe, dass für alle Chancengleichheit gegeben ist und dass sich alle, die nicht durch Gesetz ausgeschlossen sind, wenn sie diese Funktion haben, auch bewerben können. Weil durch diejenigen, die vorher eine führende Funktion bekleiden in einem Betrieb, den der Rechnungshof prüft oder in der Verwaltung, dass sie das nun zurücklegen müssen, dass das dann alles nicht geht, das ist wohl selbstverständlich. Aber auch einfach die Dinge so anzugehen, glaube ich, ist nicht richtig und auch für viele nicht zumutbar. Die Zeit der Vorstellung. Ich sage das, Herr Präsident, weil ich das geschrieben habe in diesem Brief, die Klubobmänner haben das bekommen. Und ich sage das auch deshalb, weil ich die Art des Hearings auch sofort unter Kritik gestellt habe, weil ich meine, die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich bewerben, haben ein Recht auf eine faire Behandlung. Wenn ich mir vorstelle, meine Damen und Herren, dass die Bewerberinnen und Bewerber zehn Minuten gehabt haben, um sich zu präsentieren. Jetzt habe ich kein Problem mich zu orientieren, wenn ich den Dr. Anderwald kenne, der seit 14 Jahren ein hervorragender Landtagsdirektor ist, jetzt kann ich mich durchaus präsentieren, kann ich mir vorstellen, wenn der Dr. Leikauf, der bereits 14 Jahre stellvertretender Leiter des Rechnungshofes ist, zwei Jahre davon auch Leiter, dann kann er uns in zehn Minuten mitteilen, aber beide haben ein 14-jähriges Hearing hinter sich und zehn Minuten, weil das kommt von gestern dazu. (Abg. Dr. Lopatka: „20 Minuten!“) 20, zehn Minuten war für Fragestellung, ist richtig, das muss man korrigieren.

Aber wie soll denn jemand, meine Damen und Herren, der jetzt von außen kommt, der uns nicht bekannt ist im Detail, wie soll der eine Chancengleichheit haben gegen andere, die bereits bekannt sind, wie sie hier in diesem Hohen Haus und in der Verwaltung ihren Dienst verrichten? Ich meine daher, meine Damen und Herren, dass es sich hier um eine Show gehandelt hat. Um eine Show deshalb, weil man damit ablenken wollte in der Öffentlichkeit, dass man bemüht ist, einen Kandidaten seines Vertrauens auf diese Position zu bringen. Und jetzt hat der Herr Lopatka erklärt – und ich glaube, das kann ich nicht im Detail nachvollziehen, aber ob die Frau Dr. Simma eine so unabhängige Kandidatin ist, wie du das jetzt dargestellt hast, mag ich bezweifeln. Ich zitiere: „Nicht ich war es“ – der in den Medien geschrieben hat in einer steirischen Zeitung – die Frau Landeshauptmann Klasnic hat die Frau Dr. Simma dazu bewogen, das heißt, ihre Kandidatur forciert. Und dann stand in dieser Zeitung noch zu lesen: „Und diese Auffassung ist nicht einmal dementiert worden!“ Meine Damen und Herren,

der Landesrechnungshof ist eine Einrichtung des Landtages und es ist unzulässig, dass die Regierung uns jemanden da hersetzt, der kontrolliert. Wir kontrollieren die Regierung, und nicht die Regierung den Landtag, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Und daher meine ich und daher fällt es mir schwer, diesem Vorschlag zuzustimmen, weil ich diese Unabhängigkeit, die du eingefordert hast, deshalb nicht mehr sehe, wenn sich Bewerberinnen auf Grund einer veröffentlichten Meinung, dass es also die Regierungschefin war, die sie dazu bewogen hat, sich zu bewerben und sich dann bewirbt, glaube ich nicht, dass diese Unabhängigkeit, die der Landesrechnungshof braucht, vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, wie man mit den Kandidaten umgeht, das ist für mich nicht in Ordnung. Den Kandidaten gibt man Hoffnung, um vielleicht dieses Amt zu erreichen. Man vermittelt ihnen den Eindruck sogar, dass die Chancengleichheit besteht, dass dort die Seriosität im Vordergrund steht und all das, was mit dem Hearing passiert ist, beweist, dass das nicht der Fall ist und ich meine, meine Damen und Herren, das tut man nicht. Und diese Bestellung darf niemals in diesem Hohen Haus ein Akt der Willkür werden. Diese Vorgangsweise setzt einen Akt der Willkür, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte daher einige Forderungen, die auch du, Kollege Lopatka, hier dargelegt hast, stellen, wir werden auch von unserem Klub herantreten an die Fraktionen, dass so etwas nie mehr passieren kann. Wir brauchen ein gerechtes Auswahlverfahren, in dem jeder Bewerber die gleichen Chancen hat, in dem ausreichend Bewerbungsfristen vorhanden sind, wo verbindliche Normen feststehen. All das gibt es jetzt nicht. Darum habe ich auch die Form der Abwicklung kritisiert. Die bisherige Vorgangsweise, meine Damen und Herren, lehnen wir ab. Noch dazu bei diesen Machtverhältnissen, wie sie jetzt nach dieser Landtagswahl in diesem Land vorherrschen. Da muss die Objektivität natürlich an vorderster Stelle stehen. Der Rechnungshof – ich wiederhole – ist das wichtigste Organ des Landtages. Und es gibt keine Kontrolle, meine Damen und Herren, wenn von einer Regierungschefin oder von Teilen der stärksten Partei eine Kandidatin uns vorgesetzt wird. Das hat der Landtag auch nicht notwendig zu akzeptieren. Du hast also gemeint, Kollege Lopatka, du musst die Rede des Kollegen Schützenhöfer von der letzten Sitzung gelesen haben, weil auch da drinnen ist die Rede von Machtverzicht, ich zitiere, Kollege Schützenhöfer sagt bei der letzten Bestellung des Landesrechnungshofdirektors: „Es ist aber demokratiepolitisch sicher nicht sinnvoll, auf Besitzständen und Parteijustamentstandpunkten zu bestehen, es ist vielmehr notwendig, dynamisch die neuen Erfordernisse zu gestalten. Wir werden mit der Wahl des Landesrechnungshofdirektors heute seitens der steirischen Volkspartei einen solchen Schritt setzen und als die stärkste Partei des Landes auf unser Nominierungsrecht zugunsten der kleinsten Parteien verzichten!“ (Abg. Dr. Lopatka: „Das hat Tradition bei uns!“) Und dann sagt er: „Wir packeln nicht, wir leisten Machtverzicht!“ Lieber Kollege Lopatka, leistet Machtverzicht und redet nicht nur davon. (Beifall bei der SPÖ.)

Für mich, um zum Schluss zu kommen, meine Damen und Herren, waren alle Kandidatinnen und Kandidaten hervorragende Kandidaten. Auf Grund dieser Vorgangsweise dieses Hearings ist es mir daher möglich festzustellen, weil nach einem 14-jährigen Hearing und 20 Minuten weiß ich, was ich von den Persönlichkeiten in dieser Funktion zu erwarten habe und darum meine ich, dass Dr. Anderwald wie auch Dr. Leikauf hervorragende Kandidaten für dieses Amt sind. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.24 Uhr.)

Präsident: Herr Klubobmann Schrittwieser, ich werde nach den Wortmeldungen, die mir vorliegen, zu deinen Feststellungen dann Stellung nehmen. Ich mache das sehr gerne und in Überzeugung. Ich komme damit zur nächsten Wortmeldung, Herr Klubobmann Lafer.

Abg. Lafer (15.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Bei all den Ausführungen, die jetzt von Herrn Klubobmann Lopatka und Herrn Klubobmann Schrittwieser getätigt wurden, muss ich dir, lieber Siegfried, in sehr vielen Dingen Recht geben. Jetzt könnte man hergehen und hier genau das Gleiche noch einmal erzählen, was bereits gesprochen worden ist. Ich glaube, das ist nicht Sinn und Sache. Daher werde ich versuchen, eine Stellungnahme abzugeben, wie wir das aus Sicht der Freiheiten, die wir alle am Hearing teilgenommen haben, bewerten. Ich habe bereits vor 14 Tagen bei einer Pressekonferenz erwähnt, warum eigentlich diese Eile vorgegeben worden ist. Es war die erste Präsidialsitzung und sofort ging man zur Tagesordnung über, nämlich zur Neubestellung des Leiters des Landesrechnungshofes. Kein Mensch, der in dieser Präsidiale saß, hat davon gewusst, ausgenommen den Herrn Präsidenten und den Klubobmann der ÖVP. Dazu kam die sehr kurze Frist, wo ich behauptete, dass hier nicht für alle die Möglichkeit bestanden hat sich zu bewerben. Wie auch immer, die Zeit für die Bewerbung war zu kurz. Das Hearing selbst war, wie schon von meinen Vorrednern ausgeführt, auf zehn Minuten Vorstellung und zehn Minuten Fragestellung angesetzt. Wenn man sich hier ein objektives Bild machen wollte, so war das nicht möglich. Es waren Kandidaten dabei, die aus dem Haus stammen, denen man Kompetenz nachweisen konnte, denen man nachweisen konnte, dass sie fachlich eine Ahnung haben. Es waren zwei Kandidaten dabei, nämlich Frau Dr. Simma und Frau Mag. Robnik, die nicht aus dem Haus stammen oder der Verwaltung angehören und die naturgemäß eine andere Position vertreten haben. Man muss aber allen Kandidaten zugestehen, dass sie fachlich wirklich hervorragend waren. Was die Personen betrifft und auch im Umfeld dieses Hearings besprochen worden ist, stellt sich folgendermaßen dar: Hofrat Dr. Anderwald gehört zur ÖVP, Hofrat Dr. Frank gehört zur FPÖ und Hofrat Dr. Leikauf gehört zur SPÖ. Man hat grundsätzlich diese Personen Parteien zugeordnet, unabhängig davon, welche Tätigkeit sie ausüben und wie sie diese bewältigen. Zum Zweiten, und da muss ich Herrn Klubobmann

Schrittwieser Recht geben, konnte man einer Zeitung entnehmen, dass die Kandidatur der Frau Dr. Simma, die heute und hier von der ÖVP vorgeschlagen wird, von der Frau Landeshauptmann inszeniert worden ist. Ich finde es aber sehr bedenklich, wenn man diese Vorgangsweise wählt. Wo bleibt hier die Parteiunabhängigkeit? Sie ist überhaupt nicht vorhanden. Jeder Kandidat, der aus dem Kreise der ÖVP gekommen ist, wird auch der ÖVP zugeordnet. Man kann es aber auch so formulieren, dass man sagt, na gut, die Kandidaten der ÖVP sind nicht parteiabhängig, es sind parteiunabhängige ÖVP-Kandidaten. Das Komische dabei ist, dass gestern Abend bereits in der Presse zu lesen war, wer heute wirklich gewählt wird. Ich habe mich gefragt, ob schon gestern die Wahl stattgefunden hat oder ob die Wahl heute stattfindet. Es war schon eigenartig, heute Morgen der Zeitung zu entnehmen, wer die neue Leiterin des Landesrechnungshofes wird. Das ist ein eindeutiger Versuch, dem Landesparlament vorzugreifen. Ich bin überzeugt davon, dass die Abgeordneten die Wahl zu treffen haben und zwar, wie schon erwähnt, in geheimer Abstimmung. Darauf sollte man sich verlassen können. Das Hearing selbst betreffend, und Kollege Schrittwieser hat das angeführt, finde ich die Vorstellung mit zehn Minuten als ausreichend. Aber alle anderen Aufgaben, die man bei einem Hearing an den Bewerber zu stellen hat, müssen länger, ausgeprägter und konsequenter sein, damit eine Beurteilung überhaupt möglich ist. In diesem Fall gehe ich davon aus, dass eine Beurteilung durch Abgeordnete selbst überhaupt nicht möglich war. Ich sage ganz ehrlich, als ich mir gestern Herrn Hofrat Dr. Frank angehört habe, ich gebe zu, dass ich ihn wirklich gut kenne, dann war er für mich die herausragende Persönlichkeit, weil er neben der Vorstellung seiner Tätigkeit auch Visionen mitgebracht hat, wie man den Landesrechnungshof neu organisieren kann. Es hat mir aber auch Herr Hofrat Dr. Anderwald ausgesprochen gut gefallen, als er mit Folien demonstriert hat, wie er sich eine Neuorganisation des Rechnungshofes vorstellt. Eine objektive Meinung von einem Abgeordneten zu verlangen, der natürlich immer einer Fraktion angehört, ist nicht möglich. Hier müsste man überlegen, sich eines Personalberatungsbüros zu bedienen, um eine wirklich objektive Beurteilung der Kriterien zu erreichen. Die Klubmeinung der ÖVP hat Herr Kollege Lopatka angeführt. Auch wir haben eine Klubmeinung gehabt. Klubmeinung hat die SPÖ und Klubmeinung haben auch die Grünen. Die sind aber nicht immer ident mit dem, was der Herr Kollege Lopatka sagt. Ich gestehe dir zu, dass du deine Meinung kundtun kannst, wie auch immer. Deine Meinung muss aber nicht immer Meinung der anderen sein. Zukünftig wollen wir die Tätigkeit des Landesrechnungshofdirektors befristet sehen – das ist eine freiheitliche Forderung. Denn eine Kandidatin, die gestern beim Hearing war, ist 32 Jahre alt und nicht 40. (Abg. Dr. Lopatka: „Sagte ich doch, noch nicht 40!“) Im Falle ihrer Wahl wäre die Zeit bis zu ihrem Ruhestand enorm lang. Auch bei anderen hohen Funktionen des Landes ist die zeitliche Dauer begrenzt. Wir, als freiheitliche Fraktion, können heute der Kandidatin keine Zustimmung geben, da wir davon ausgehen, dass eine Beurteilung durch Abgeordnete nicht objektiv, sondern subjektiv ist und wir der Meinung sind, dass der ganze Vorgang ein viel zu schneller war. Demokratiepoltisch heißt auch verständlich zu handeln, verständlich für alle. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 15.31 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Klub der Grünen, Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (15.31 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, sehr verehrte Damen und Herren!

Wir haben heute schon sehr viel über den Landesrechnungshof gehört. Ich denke, es ist selbstverständlich und ich müsste es gar nicht gesondert erwähnen, dass gerade einer Partei, die sich als Kontrollpartei bezeichnet und die sich in der Oppositionsrolle befindet, die Arbeit des Landesrechnungshofes sehr wichtig ist. Wir glauben auch, dass diese Arbeit durch eine kompetente Person abzusichern ist, die an der Spitze dieses Landesrechnungshofes steht. Gleich vorausschicken möchte ich, dass das Verfahren, das hier dem zugrunde gelegt wurde, was heute in eine Entscheidung münden soll, in unseren Augen nicht geeignet war, zu einem zufrieden stellenden Ergebnis zu kommen. Die Grünen haben in allen Phasen dieses Verfahrens laut und deutlich ihre Kritik kundgetan und auch eine Vielzahl von Veränderungsvorschlägen eingebracht. Ich muss zu meinem Bedauern sagen und zur Kenntnis nehmen, dass nichts davon offensichtlich akzeptabel war. Ich möchte einmal vorausschicken, was für mich grundlegende Voraussetzungen sind, wenn man eine Funktion besetzen will, wie die der Leiterin oder des Leiters des Landesrechnungshofes. Ich denke, Grundvoraussetzung Nummer eins ist, dass es ein Einverständnis aller im Landtag vertretenen Parteien darüber geben muss, wie das Procedere sein soll. Das heißt, wenn man sich in so einer Situation befindet und feststellt, wir brauchen eine Leitung für den Landesrechnungshof, dann sollten sich die Parteien darüber ins Einvernehmen setzen, wie sie glauben, zu einem guten Ergebnis zu kommen, was sie brauchen, um wirklich entscheidungsfähig zu sein. Und sie sollten so lange daran arbeiten, bis sie ein Verfahren gefunden haben, das von allen das Vertrauen hat und das alle für tauglich halten.

Schritt Nummer zwei: Ich glaube, man müsste sich auch ins Einvernehmen setzen darüber, was erwarten wir uns eigentlich von einer Person, die den Rechnungshof leiten soll? Was sind die Anforderungen, die wir an diese Person stellen? Man könnte jetzt natürlich sagen, ja, im Verfassungsgesetz zum Landesrechnungshof steht ja einiges drinnen, da ist ja einiges davon enthalten, was der Landesrechnungshof leisten soll. Ich glaube, dass das zu wenig ausformuliert ist und ich glaube, dass es uns überhaupt nicht geschadet hätte, Zeit zu investieren, gemeinsam darüber nachzudenken, was genau sind die Anforderungen, die wir an diese Person stellen. Es hätte ein Besseres immer geschaffen und es hätte zu einer klareren Beurteilung geführt, die dann auch für alle transparent gewesen wäre. Aus diesen Anforderungen hätte man meiner Meinung nach auch Kriterien für die Auswahl entwickeln können und auch das hätte man gemeinsam machen sollen. Man muss sich zum Beispiel auch fragen, woran erkennt man, dass jemand diese oder jene Anforderung erfüllt, denn ich glaube nicht, dass das automatisch gleich ist, dass wir alle das gleich einschätzen würden. (Abg. Tasch: „Ihr wart ja gegen alles!“)

Und ein vierter wesentlicher Punkt ist für mich, dass man sich darüber ins Klare bringen hätte müssen, miteinander ein Einvernehmen herstellen hätte müssen, wie geht man mit den Daten um, die im Rahmen eines solchen Verfahrens auf den Tisch kommen und besprochen werden. Das konkrete Verfahren hat so ausgeschaut, einiges ist ja heute schon erwähnt worden, dass die Ausschreibung fehlerhaft war, mit Sicherheit viele Personen davon abgehalten hat sich zu bewerben, dass es einen sehr kurzen Bewerbungszeitraum gegeben hat und – was heute noch nicht erwähnt wurde – dass diese Ausschreibung nicht geschlechtsneutral erfolgt ist. Es wurde in der letzten Gesetzgebungsperiode des letzten Landtages eine Gesetzesgrundlage beschlossen, die das für den Verwaltungsdienst vorsieht. Es ist einzuhalten, es ist heutzutage auch üblich, jede andere Stelle in der Privatwirtschaft geschlechtsneutral auszuschreiben. Hier ist es verpasst worden und ich halte das nicht für ein sehr gutes Zeichen.

Zweitens, es sind Informationen in die Öffentlichkeit getragen worden, die nicht sinnvoll waren sie zu veröffentlichen. Ich spreche damit die Fragen an, die während des Hearing gestellt wurden. Es war eine der grünen Anregungen, dass man mit Fragen arbeiten soll, die an alle Bewerberinnen und Bewerber gestellt werden, damit man auch eine Vergleichbarkeit im Verfahren hat. Ich denke, der Herr Lopatka wird das gewesen sein, er ist zitiert worden in der „Kleinen Zeitung“, er hat gesagt, ja, das ist eine Anregung der Grünen und in Oberösterreich wurde das auch gemacht und wir werden das auch machen und dann sind gleich noch die Fragen so ansatzweise mit Überbegriffen auch genannt worden. Damit sind diese Fragen natürlich hinfällig geworden, das ist ganz klar. So kann man nicht arbeiten. Natürlich, der Bewerber und die Bewerberin braucht nur mehr nachzuschauen in der Zeitung, was am nächsten Tag als Frage daherkommen wird und wenn sie oder er es noch ein bisschen genauer wissen will, was da daherkommen wird, in genauer Formulierung, hat er oder sie sich vermutlich versorgt mit der Unterlage vom Oberösterreichischen Landtag, die ja auch zugänglich ist. Also so kann es nicht funktionieren, wenn man Fragen vorher bekannt gibt. Das Hearing selbst, es wurde schon erwähnt, war unheimlich kurz. Auch das haben wir von vornherein beeinsprucht und gesagt, das kann doch bitte nicht möglich sein, innerhalb von 20 Minuten jemanden für diese Funktion auszusuchen. Die 20 Minuten wurden kurzfristig noch einmal – und es wurde in Aussicht gestellt, eine Verlängerung auf 30 Minuten vorzunehmen, wenn wenige Personen sich bewerben, wir haben nur fünf Personen gehört, es wäre also mit Sicherheit möglich gewesen, es wurde dann aber im Endeffekt auch nur eine 20-Minuten-Sache, zehn Minuten davon Selbstpräsentation und zehn Minuten, damit wir, die Mitglieder der Präsidiale, unsere Fragen stellen konnten. Ich habe mir es genau mitnotiert, jeder Bewerber beziehungsweise jede Bewerberin hat im Schnitt zwischen fünf und sieben Fragen gestellt bekommen. Dafür waren zehn Minuten zur Verfügung. Eine ganz einfache Rechnung. Das hat zu der Situation geführt, dass der Herr Präsident, der zuständig war, den zeitlichen Rahmen auch zu kontrollieren und für die Einhaltung zu sorgen, die Bewerberinnen und Bewerber aufgefordert hat, möglichst kurz zu antworten. Jetzt muss ich Ihnen sagen, das ist nicht mein Verständnis von Hearing, wie das Wort schon sagt, ich möchte in dieser Situation gerne hören und so viel wie möglich und so genau wie möglich, wie ein Bewerber/eine Bewerberin sich vorstellt, diese oder jene Sache später einmal durchzuführen in dieser Funktion. Das ist sicher nicht gegeben, wenn die Zeit so knapp ist.

Ein Weiteres, was das Hearing eigentlich zu einer relativ sinnlosen Angelegenheit werden hat lassen war, dass wir keine Grundlagen hatten. Es war nicht festgelegt, wonach wir suchen miteinander. Es waren keine Kriterien definiert. Es waren keine Anforderungen definiert. Und wir sind dann auch auseinander gegangen ohne das auch einmal miteinander durchzudiskutieren beziehungsweise miteinander eine Einschätzung vorzunehmen, was wir glauben, hier wahrgenommen zu haben. Es war also in meinen Augen eine fachliche Auswertung dessen, was wir geboten bekommen haben im Hearing, gar nicht möglich. Ich halte das für sehr schade. Ich glaube auch, dass das, was die Personen beim Hearing geboten haben, sehr interessant war, dass es viele interessante und gute Anregungen gegeben hat und ich hätte mir gewünscht, dass das auch mit der gebotenen Achtung und mit dem gebotenen Respekt weiterbearbeitet worden wäre.

Das Ergebnis, wir haben sehr wenig Kandidaten bekommen. Das ist ein Ergebnis der Ausschreibung. Wir haben sechs Bewerberinnen und Bewerber gehabt, fünf davon haben sich dem Hearing gestellt. Ein kleiner Sprung, Sie wissen ja vermutlich, dass ich eine Anhängerin des oberösterreichischen Modells bin, eine Leitungsperson für den Rechnungshof zu finden. In Oberösterreich haben sich 35 Personen beworben. Das ist natürlich ganz toll, da hat man wirklich eine Auswahl. Und nach einer ersten Vorauswahl sind noch immer 16 Personen übrig geblieben. Das sind noch mehr als dreimal so viel als Personen, die sich bei uns dem Hearing gestellt haben. Man hat in Oberösterreich auch viel mehr Zeit investiert, nicht 20 Minuten pro Person, sondern zwei Tage insgesamt. So viel zum Thema, Herr Lopatka, die anderen Bundesländer sind uns nachgefolgt, Steiermark war Pionier, in manchen Dingen haben sie uns offensichtlich mittlerweile überholt. (Abg. Dr. Lopatka: „Da können wir uns anstrengen!“) Wir müssen uns anstrengen, richtig! Aber es ist schade für dieses Verfahren. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie sind Vorsitzende des Kontroll-Ausschusses!“) Man muss sich auch fragen, warum es überhaupt nur sechs Personen sind, die sich in der Steiermark dieser Sache stellen oder die in der Steiermark sich für diese Funktion bewerben. Ist es so, kann man die Theorie aufstellen, es gibt nur sechs Personen in der Steiermark, die das können, die so kompetent sind? Oder kann man die Theorie aufstellen, es sind nur sechs Personen in der Steiermark an dieser Funktion interessiert? Schaut auch nicht wirklich gut aus. Oder kann man die Theorie aufstellen, dass mehr als diese sechs Personen nicht gedacht haben, dass sie überhaupt eine Chance haben? Das ist eine interessante Frage, finden Sie nicht? Wir haben im Endeffekt wenig Auswahl gehabt. Die sachliche Ebene für so eine Entscheidung ist völlig ausgelassen worden. Ich denke, das habe ich ausgeführt. Und das in einer Zeit, wo zum Beispiel der Begriff „Assessmentcenter“ fast schon allgemeiner Sprachgebrauch ist. Für diejenigen von Ihnen, die das noch nicht kennen, es gibt einfach anerkannte Bewerbungsverfahren, die durch-

geführt werden und nicht nur für die Topjobs und nicht nur in der öffentlichen Verwaltung, dort vielleicht sogar noch weniger, mit Sicherheit in der Privatwirtschaft. Es gibt Firmen und Berater, die sich mit diesen Dingen beschäftigen und ich hätte es mir sehr gewünscht, dass die Auswahlgruppe beziehungsweise der Landtag sich hier von einer kompetenten Beratung oder von einer kompetenten Firma beraten hätte lassen. Man könnte natürlich sagen, ja, die Oberösterreicher haben das so gemacht und in der Steiermark ist das alles anders. Ich bin besonders stolz Ihnen mitteilen zu dürfen, dass zum Beispiel die Stadt Gleisdorf, die nur 5500 Einwohner hat, vor zwei Jahren ein Verfahren beschlossen hat, das genau diese Dinge sicherstellt, nämlich parteipolitische Entscheidungen sollen nicht Personalentscheidungen sein, Personalentscheidungen sollen nicht parteipolitische Entscheidungen sein. Da wird genau an einem Anforderungsprofil gearbeitet, da werden Kriterien erstellt, es gibt ein Hearing, es gibt eine Auswahl und es gibt eine gemeinsame Entscheidung. Ich bin sehr stolz darüber, dass das ein Ergebnis ist einer Verwaltungsreform, die in Gleisdorf durchgeführt wurde, wo ich die Ehre hatte, das auch zu leiten.

So, in welcher Situation befinden wir uns jetzt? Durch das Procedere, durch die gewählte Vorgangsweise, an der festgehalten wurde trotz vieler Einwände aller drei Parteien außerhalb der ÖVP sind wir in eine Situation geraten, wo Personen von vornherein an der Teilnahme an diesem Hearing ausgeschlossen wurden, wo die sachlichen Grundlagen eigentlich für eine Bewertung gar nicht vorhanden waren und wo die Möglichkeit einer Auswahl jetzt zum Beispiel durch die Landtagsabgeordneten und durch die Mitglieder der Präsidiale von vornherein zeitlich eingeschränkt und dadurch natürlich schlechter möglich waren. Ich denke, das ist eine Situation, in der sichtbar wird, dass die größte Partei hier im Landtag über das Procedere dafür gesorgt hat, dass sie bekommt was sie will. Ich halte das für ein sehr bedenkliches Signal, vor allem wenn es um die Position geht, die so der Inbegriff der unabhängigen Kontrolle sein soll. Wir Grünen werden für keine der Bewerberinnen beziehungsweise keinen der Bewerber stimmen, nicht weil wir finden, dass sie alle nicht kompetent gewesen wären, sondern weil wir damit ganz klar ausdrücken wollen, dass wir mit einer solchen Vorgangsweise mit Sicherheit nicht einverstanden sind. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 15.44 Uhr.)

Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich bezüglich der Bedenken, die geäußert wurden, nur kurz erläutern. Ich darf in Erinnerung bringen, dass am 16. November in der Präsidialkonferenz die Leiterbestellung des Landesrechnungshofes Thema war, es auf der Tagesordnung war, die Fristen genannt wurden und der Ausschreibungstext vorgetragen wurde. Ein Teil der anwesenden Damen und Herren in der Präsidiale haben Überlegungsfristen beansprucht und wir haben diese vereinbart. Bis zur vereinbarten Nachfrist – das betone ich – ist kein Einspruch gekommen, somit wurde diese Ausschreibung ordnungsgemäß in Gang gesetzt. Die Voraussetzungen, meine Damen und Herren, die in der Ausschreibung genannt wurden, sind als Voraussetzungen für Amtsinhaber zu verstehen und wurden von den Bewerbern als solche ohne Problem verstanden. Was die Geschlechtsneutralität betrifft, überrascht es mich schon, dass erst heute das zur Sprache kommt. In der Präsidiale wurde das von niemandem erwähnt. Dennoch ist zur Ausschreibung auf eines deutlich hinzuweisen: Hätte es von irgendjemand Bedenken gegeben, es stand in der Ausschreibung deutlich so formuliert, dass die Landtagskanzlei für etwaige Rückfragen und Anfragen jederzeit zur Verfügung steht, wäre natürlich darauf Rücksicht genommen worden. Meine Damen und Herren, zum Hearing ein Wort: Das Hearing erfolgte meiner Meinung nach fair, ohne dass die Einzelnen dort übermäßig Zeit beansprucht hätten, sich persönlich länger darzustellen. Es hat auch den Mitgliedern der Präsidiale die Möglichkeit geboten Fragen zu stellen, reichlich, ohne Einschränkung Fragen zu stellen, bei der Vorgabe einer vorläufigen 20-Minuten-Frist. Ich konnte als Vorsitzender dieser Präsidiale feststellen, dass Fragen nicht sehr zahlreich gekommen sind und dass vor allem Fragen teilweise ständig wiederholt wurden, denn es ging um ein und dieselben Inhalte. Lassen Sie mich noch eines sagen, auch zur Präsidiale: Ich glaube, Voraussetzung dafür ist, um ins Detail gehen zu können, dass man über juristische Fachkenntnisse und Erfahrungen auf dem Verwaltungsgebiet verfügt. Wenn das nicht gegeben ist, so dient in erster Linie dieses Hearing dazu, um einen Eindruck von den Personen zu gewinnen, die zur Wahl anstehen und die sich auch beworben haben. Ich habe, meine Damen und Herren, damit ausreichend von meiner Seite aus Stellung genommen und komme damit zum eigentlichen Wahlvorgang. (Abg. Schrittwieser: „Herr Präsident, zur Geschäftsordnung!“) Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (15.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich melde mich zur Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gemäß Paragraph 52 betreffend Wahl des Landesrechnungshofdirektors. Die Regelungen des Paragraphen 18, Landesrechnungshofverfassungsgesetz in Verbindung mit Paragraph 62 und 63 der Geschäftsordnung sind unvollständig und daher interpretationsbedürftig. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, soll die Wahl des Leiters des Landesrechnungshofes so erfolgen, dass auf den Stimmzetteln entweder ja oder nein zu schreiben ist. Ich bitte um Abstimmung. (15.48 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren!

Nach einer kurzen Besprechung teile ich mit, dass dem Landtag die Möglichkeit eingeräumt sein soll, jede Person, die die Voraussetzungen erfüllt, zu wählen. Das heißt, es ist theoretisch jede dieser Personen wählbar, und zwar auch die, die sich nicht einem Hearing gestellt haben. Ich darf das ergänzen, weil das Hearing keine Voraussetzung ist, um gewählt zu werden. Es geht um eine Wahl. Deshalb kommt es zur Wahl mittels Stimm-

zettels und auf diesem Stimmzettel ist dann der Name eines Kandidaten zu schreiben. Ich sage nicht des, sondern eines Kandidaten zu schreiben. Ich weise darauf hin, dass gemäß Paragraph 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages leere Stimmzettel ungültig sind. Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt die Sitzung für zehn Minuten. Ich werde überprüfen lassen, was rechtens ist zum gestellten Antrag vom Abgeordneten Schrittwieser. (Abg. Schrittwieser: „Es ist ungeheuerlich, wir haben einen Antrag gestellt!“ – Abg. Gennaro: „Das ist unerhört so etwas!“ – Unruhe bei der SPÖ.) Es kann nicht ohne rechtliche Grundlage agiert werden. Ich unterbreche daher jetzt die Sitzung genau bis 16.15 Uhr und berufe die Präsidiale ein. (Unterbrechung der Sitzung: 15.51 Uhr bis 16.15 Uhr.)

Präsident: Da es den Wunsch nach weiteren Besprechungen in den Klubs gibt, bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, dass die Unterbrechung bis 16.45 Uhr dauert und die anwesenden Abgeordneten sind gebeten in ihre Klubs zurückzukehren. 16.45 Uhr Fortsetzung der Sitzung. Danke! (Unterbrechung der Sitzung: 16.15 Uhr bis 16.48 Uhr.)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die Sitzung wieder auf und habe nach einer eingehenden Beratung Folgendes mitzuteilen:

Nach der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist die Abstimmung über den vom Klubobmann Schrittwieser eingebrachten Antrag nicht zulässig. Dazu hat sich der Herr Klubobmann zu Wort gemeldet. Bitte!

Abg. Schrittwieser (16.49 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Um dieser Beugung oder unterschiedlichen Rechtsauffassung ein Ende zu machen, ziehe ich den Geschäftsordnungsantrag zurück und bringe folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag ein. Aber bevor ich diesen einbringe, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch eine Feststellung. Jeder weiß, wie im Land Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgesucht und ausgewählt werden, weiß, dass wir Richtlinien vorgegeben haben für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sekretariaten als Sekretärinnen, wo sie auch immer tätig sein mögen, es Auswahlverfahren gibt, die Stunden dauern. Wir wissen, wenn es um Führungskräfte in diesem Land geht, da gibt es Auswahlverfahren, die Tage dauern. Und ich glaube, wie wir das festgelegt haben, hat sich die Regierung, aber auch der Landtag etwas gedacht dabei, nämlich um möglichst ausreichend Zeit zu haben, diese wichtige Position mit den richtigen Leuten zu besetzen. Und da geht es nicht darum, steht der denen nah oder denen nah oder hat er dies oder hat er jenes, sondern unsere Aufgabe als Abgeordnete ist es, Objektivität, ausreichend Zeit zu haben, um diese auch zu beurteilen. Und das, meine Damen und Herren, war bei diesem Auswahlverfahren nicht der Fall. Und daher auch dieses Verhalten und diese Entscheidung unsererseits und vieler in diesem Hohen Haus.

Ich möchte daher folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Lafer und Lechner-Sonnek einbringen:

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Wahl des Leiters oder der Leiterin des Landesrechnungshofes findet heute nicht statt.

Zweitens: Die Stelle des Landesrechnungshofdirektors/der Landesrechnungshofdirektorin wird neu ausgeschrieben. Die Ausschreibung von November 2000 ist zu verwerfen.

Drittens: Ein Vorauswahlverfahren ist durch ein Personalberatungsunternehmen durchzuführen. Am Ende des Vorauswahlverfahrens sind die fünf bis zehn besten Kandidatinnen und Kandidaten dem Landtag für ein Hearing vorzuschlagen. Das Hearing ist in Zusammenarbeit mit dem Personalberatungsunternehmen zu konzipieren.

Ich bitte, meine Damen und Herren, um diese wichtige Angelegenheit wieder auf objektive Beine zu bringen, dass diese Spielchen, die da rundherum betrieben werden, ein Ende haben, dass wir hier zu einem Auswahlverfahren kommen, was auch dem, der es dann wird, würdig ist, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Es geht ja nicht darum, dass irgendwer irgendwem ein Parteimascherl umhängt oder die oder jene sagt, er ist unabhängig oder abhängig oder was immer. Es geht darum, dass – wenn dann die Bestellung oder Wahl in diesem Haus erfolgt ist – wir der Meinung sein können, ja, die oder der ist der Beste, aber auch die es wird, damit ausgestattet sein kann mit größtem Vertrauen in diesem Hause, nämlich möglichst mit allen Fraktionen. Ich bitte um Zustimmung! (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 16.53 Uhr.)

Präsident: Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Herr Klubobmann Lafer hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Lafer (16.53 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Sie haben den Antrag von Klubobmann Schrittwieser gehört. Die Freiheitliche Fraktion wird diesen Antrag unterstützen.

Grund: Ich darf auf meine Ausführungen von vorhin verweisen. Wir wollen ein objektives Verfahren, wir wollen Fristen, die lange genug sind. Wir wollen, dass jene Person, die die Position des Leiters/der Leiterin des Landesrechnungshofes besetzen wird, auch die Möglichkeit hat sich zu präsentieren, alle Vorstellungen bekannt zu geben, damit dem Hohen Landtag wirklich genug Informationen zur Verfügung stehen, um zu einer objek-

tiven Entscheidung zu kommen. Das muss Ziel und Zweck des Steiermärkischen Landtages sein. Ich bin davon überzeugt, dass der Leiter eines Landesrechnungshofes von allen vier Fraktionen anerkannt werden sollte, denn dann ist er glaubwürdig und kann auch für den Landtag arbeiten. Danke! (Beifall bei der FPÖ, SPÖ und den Grünen. – 16.54 Uhr.)

Präsident: Danke! Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Lopatka, bitte!

Abg. Dr. Lopatka (16.54 Uhr): (Abg. Tasch: „Es freut mich, dass die Roten die Freiheitlichen nicht ausgrenzen!“)

Herr Präsident! Ich ersuche, die Sitzung zu unterbrechen, um in einer Präsidialsitzung diesen Antrag zu diskutieren. (Abg. Schrittwieser: Irgendwann gehört einmal abgestimmt!“ – 16.54 Uhr.)

Präsident: Ich darf erklären, das Herabnehmen von der heutigen Tagesordnung zum jetzigen Zeitpunkt ist nach der Geschäftsordnung nicht möglich, weil diese vorsieht, dass ein Herabnehmen von der Tagesordnung nur bei Beginn der Sitzung möglich ist. Zum jetzigen Zeitpunkt ist dies laut Geschäftsordnung nicht möglich und ich unterbreche die Sitzung nunmehr auf weitere 20 Minuten. (Allgemeine Unruhe bei der SPÖ. – Unterbrechung der Sitzung: 16.57 Uhr bis 17.17 Uhr.)

Präsident: Die Unterbrechung dauert bis 17.35 Uhr. Ich darf Sie um Ihr Verständnis bitten. (Unterbrechung der Sitzung: 17.17 Uhr bis 17.35 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich bitte wieder Platz zu nehmen. Ich nehme die Sitzung wieder auf. Zum eingebrachten Unselbstständigen Entschließungsantrag darf ich folgende Stellungnahme abgeben: Es ist für den Präsidenten unmöglich, über etwas abstimmen zu lassen, was nicht rechtens ist. Die Geschäftsordnung sieht eine Zulassung dieses Entschließungsantrages in dieser Form nicht vor und auch der Verfassungsdienst, mit dem wir telefonisch sofort Kontakt aufgenommen haben, ist der Meinung, dass dieser Antrag nicht in diesem Zusammenhang hier abgestimmt werden kann. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass ich als Vorsitzender in diesem Falle zu keiner Abstimmung komme.

Es hat sich jetzt die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (17.38 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptfrau! Meine Damen und Herren!

Wir haben gehört, dass der Antrag nicht der Geschäftsordnung entspricht, vielleicht auch der Verfassung. Ich möchte deponieren, dass es natürlich nicht in unserem Sinne ist etwas zu tun, was der Verfassung oder der Geschäftsordnung nicht entspricht und somit nehmen wir natürlich zur Kenntnis, dass über diesen Antrag nicht abgestimmt wird.

Ich möchte aber trotzdem festhalten, dass es für uns aus politischen Gründen undenkbar ist, dass ein Verfahren, gegen das wir ab der Ausschreibung in jeder Phase laut und deutlich – der Herr Lopatka hat uns vorher bestätigt – ein Veto eingereicht haben und Alternativvorschläge eingereicht haben, jetzt abgeschlossen werden soll und zwar in der Form, dass die ÖVP als einzelne, zwar größte aber doch einzige Partei hier im Landtag bestimmt, wer Leiter oder Leiterin des Rechnungshofes sein soll, wenn alle drei anderen Parteien gegen das Verfahren sich aussprechen und fordern, dass es zu einer Neuausschreibung dieses Postens kommt. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 17.39 Uhr.)

Präsident: Danke. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Klubobmann Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (17.39 Uhr): Meine Damen und Herren!

In der Präsidiale hat es unterschiedliche Rechtsauffassungen gegeben. Wenn der Präsident seine Auffassung als die geltende hier verkündet und nicht abstimmen lässt, dann sage ich, wir haben mit diesem Antrag versucht einen Weg zu finden, zu einem Landesrechnungshofdirektor zu kommen, der auch die Akzeptanz und Anerkennung aller hat. Das geht anscheinend nicht. Daher können auch wir nicht für diese Vorgangsweise stimmen und sind auch der Meinung, dass nicht eine Partei hier in diesem Hohen Haus den Rechnungshofdirektor bestimmen soll. (Beifall bei der SPÖ. – 17.40 Uhr.)

Präsident: Ich bitte Herrn Klubobmann Lafer.

Abg. Lafer (17.40 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich kann nicht beurteilen, ob dieser Antrag verfassungsmäßig oder verfassungswidrig ist. Ich ersuche daher den Herrn Präsidenten, diesen Antrag durch den Verfassungsdienst nochmals prüfen zu lassen, denn ich glaube, in dieser kurzen Zeit, in der jetzt geprüft worden ist, ist es nicht möglich, eine korrekte und objektive Antwort darauf zu erfahren. Sollte er jedoch verfassungswidrig sein, dann bin ich jederzeit gerne bereit, diesen Antrag zurückzuziehen. Derzeit kann ich es aber nicht beurteilen. Ansonsten bleibe ich bei all dem, was vorher schon erwähnt worden ist und ersuche, dass man von diesem Tagesordnungspunkt abgeht. (Beifall bei der FPÖ. – 17.41 Uhr.)

Präsident: Zur Äußerung des Herrn Klubobmannes Schrittwieser, der sagte, der Präsident lässt nicht abstimmen: Ich darf erklären, dass ich gebundene Hände habe, nämlich gesetzlich gebundene Hände. Ich kann nicht ungesetzlicherweise über etwas abstimmen, was nicht rechtens ist und was den Verfassungsdienst betrifft: Der Verfassungsdienst hat uns diese Auskunft erteilt, dass dieser Antrag nicht rechtens ist. Gibt es dazu noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zum eigentlichen Wahlvorgang, meine Damen und Herren. (Auszug der Abgeordneten der SPÖ, FPÖ und der Grünen.) Es ist natürlich erforderlich, dass wir in diesem Fall eine Beschlussfähigkeit haben. Ich darf das nunmehr überprüfen lassen. Meine Damen und Herren! Wir sind nicht beschlussfähig. Deshalb ist es erforderlich, zu einer weiteren Landtagssitzung zusammenzukommen. Ich darf mündlich gemäß Paragraf 40 Absatz 2 diese Einladung aussprechen: Samstag, 23. Dezember, 10 Uhr. Ich bitte um Kenntnisnahme durch die Damen und Herren Abgeordneten und durch die Klubs. Gegenstand dieser Sitzung ist der Tagesordnungspunkt Wahl des Leiters des Landesrechnungshofes. Damit, meine Damen und Herren, schließe ich die heutige Landtagssitzung. (Ende der Sitzung: 17.43 Uhr.)

